

Nr. 5 '89

Mai
Postver-
triebsstück
G 7426 E
Erscheint
monatlich
20. Jahrgang
Jahresabo
33,- DM
Einzelpreis
3,- DM



AIB DRITTE WELT ZEITSCHRIFT

Namibia

Unabhängigkeit mit
Krisen

4600 DORTMUND 1

HUMBOLDTSSTR. 44

BUCHLADEEN

TARANTABABU

G 7426 E 508128 408

PABL-RUG: GOTTESW: 54 5000 KÖLN

Afghanistan: Durchhalten

bis zum politischen Kompromiß

El Salvador: „Wahlsieger ist die FMLN“

Erklärungen gegen den Treibhauseffekt

DRITTE WELT**Kommentar**

„Ökologischer Imperialismus“

3

NamibiaBeginn des Unabhängigkeitsprozesses
SWAPO: Wirtschaftspolitik nach der
Unabhängigkeit

5

Interview mit Hanno Rumpf (SWAPO)
Unterstützt den Wahlkampffonds
der SWAPO

7

9

11

MosambikWesteuropäische Unterstützung
für den RNM

12

Tunesien

Erste Wahlen nach der Unabhängigkeit

15

AfghanistanDurchhalten bis zum
politischen Kompromiß

16

El Salvador„Eigentlicher Wahlsieger
ist die FMLN“

19

Stellungnahme des FMLN-
Generalkommandos

20

ChileIm Dezember wird gewählt
Die Repression dauert an
Solidaritätsaufruf der IU

21

22

23

WeltwirtschaftNeuer US-Schuldenplan
Frühjahrstagung von IWF und Weltbank

24

26

ÖkologieGiftmüllexporte in den Süden
UN-Konferenz beschließt lückenhafte
Giftmüllkonvention
Absichtserklärungen gegen den
Treibhauseffekt
Regenwaldappell

27

28

31

32

WeltpolitikPaulos Mar Gregorius: Frieden und
Gerechtigkeit sind untrennbar

34

EntwicklungspolitikNord-Süd-Kampagne: Thesen für eine
umwelt- und sozialverträgliche
Weltarbeitsteilung

37

InternationalismusThesendiskussion:
Beitrag von E. Schneider

40

KulturFernando Birris Kino der Befreiung
Interview mit Fernando Birri

41

42

Stichwort

Zucker

44

Infos zur SolidaritätAnerkennung für Palästina-Staat;
Buchtip: Namibia; Umstrittene
„Woche für die Dritte Welt“

45

KurzinformationenPalästina, Türkei, Libanon,
Madagaskar, Äthiopien, Kuba,
Nicaragua

46

**Namibia**

Im April d.J. begann der Unabhängigkeitsprozeß in Namibia. Doch anstatt des geplanten Waffenstillstandes kam es im Norden des Landes erst einmal zu schweren Gefechten zwischen südafrikanischen Einheiten und SWAPO-Guerilleros. Die Versuche Pretorias, die vorausgesagte Regierungsmehrheit der SWAPO zu unterlaufen, könnten damit neuen Auftrieb erhalten.

Seite 5

**Ökologie**

Auf den internationalen Konferenzen zum Schutz der Atmosphäre in London und Den Haag wurde erneut die drohende Gefahr beschworen. Die notwendigen Maßnahmen lassen jedoch weiter auf sich warten.

Gleiches gilt auch für die Genfer Giftmüllkonferenz, auf der der Norden ein Exportverbot in die Dritte Welt verhinderte.

Seite 10

**Afghanistan**

Alle Prognosen, das Revolutionsregime Nadjibullah werde binnen kurzem wie ein Kartenhaus zusammenbrechen, erwiesen sich als Trugschluß. Knapp zwei Monate nach dem Abzug der Sowjets ist der Ansturm der Mudschahedin auf die städtischen Zentren vor Jalalabad ins Stocken geraten. Damit keimen neue Hoffnungen auf, das Tor zu einer politischen Kompromißlösung könnte doch noch aufgestoßen werden.

Seite 16

I M P R E S S U M

DRITTE WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antikolonialistisches Informationsbulletin (AIB). Erscheint monatlich.

Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21-2 46 72.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnér, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulf.

Redaktion: Wolfram Brönnér (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp.

Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Frank Braßel, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Petra Sitti, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werner.

Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Mark Arenhövel, Uta George, Helmut Groschup, Juliane Kippenberg, Michael Voregger.

Redaktionsschluss: 6. April 1989
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.
Titel: Gestaltung Udo Tremmel

Satz: Die Feder, Wetzel
Druck: Plambeck & Co, Neuss.
Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtsparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98).
Anzeigen: Volksuni, atom, ASK, AKP, ZEP, Südostasien-Informationen.

Fotonachweis: Newsweek, Time, El País, Afrikabild, H. Groschup, Peace Courier, Libération, AIM.

KOMMENTAR**„Ökologischer Imperialismus“**

NICO BIVER
stellvertretender
Chefredakteur von DRITTE WELT

Als „heimtückisch, grausam und verlogen“ hat der brasilianische Präsident Sarney die internationalen Bemühungen bezeichnet, der weiteren Zerstörung der tropischen Regenwälder Amazoniens Einhalt zu gebieten. Er hat einen „ökologischen Imperialismus“ ausgemacht, der die Ökologie als „trojanisches Pferd“ benutzt.

In der Tat hat sich international eine ungewöhnliche Koalition gegen den Raubbau an der Natur gebildet. Dem Druck von Umwelt- und Naturschutzorganisationen in den USA und Westeuropa können sich die Regierenden nur noch schwerlich entziehen. Zumindest in Worten haben sich deshalb Kohl, Klein und Konsorten zu Hütern des Regenwaldes gemacht. Die Weltbank gibt gar zu, ökologisch gesündigt zu haben, und gelobt Besserung.

Die Forderung des US-Senators Robert W. Kasten nach einer „internationalen Lösung“ für den Amazonas lieferte den Herrschenden in Brasilien genug Munition, um zurückzuschließen. „Gefahr für die Erde geht nicht von Amazonen aus“, so Sarney, „sondern von der Aufheizung der Atmosphäre durch Tonnen von Kohlendioxid der industrialisierten Länder; vom sauren Regen, der Wälder in der ganzen Welt zerstört; von Gasen, die die schützende Ozonschicht zerstören; vom phantastischen Arsenal nuklearer Waffen.“

Dies sind zugkräftige Argumente in der brasilianischen Vorwahlzeit, doch geben sie nur die halbe Wahrheit wieder. In der Tat dürfte es den Norden billiger zu stehen kommen, Brasilien an der Zerstörung des Regenwaldes zu hindern, der große Teile des Kohlendioxides absorbiert, als selbst die Verbrennung fossiler Energieträger einzuschränken. Der Verdacht, daß die imperialistischen Staaten den ökologischen Kollaps auf Kosten der Dritten Welt verhindern wollen und sie die dortige Umweltzerstörung nur interessiert, wenn sie sich auch auf den Norden auswirkt, läßt sich durchaus untermauern.

Der Export von Giftmüll, mit dem Umweltbelastungen aus dem Norden in den Süden verlagert werden, ist ein Beispiel. Außerdem haben die zahllosen internationalen Klimakonferenzen gezeigt, daß vielfach noch der Wille fehlt, effektive Maßnahmen zur Verhinderung des Treibhauseffektes durchzusetzen. Die Industrialisierung des Nordens hat der Natur derart schwere Schäden zugefügt, daß eine Entwicklung des Südens mit den gleichen Mitteln zu einer weltweiten ökologischen Katastrophe führen würde. Weniger CO₂ und FCKW bedeuten für die Dritte Welt aber auch weniger Entwicklung, es sei denn der Norden finanziert die notwendigen Tech-

niken, indem er die dafür notwendige, von außen finanzierte Infrastruktur in Form von Straßen und riesigen Wasser- und Kraftwerken zur Verfügung stellt. Die damit einhergehende Armut schließlich ist ein weiterer Motor der Regenwaldzerstörung. Auch hierfür ist nicht allein die Schuldenlast verantwortlich zu machen. Die Weigerung des Regimes, eine Landreform durchzuführen, hat Millionen Landloser in den Regenwald getrieben, unterstützt von der Regierung, die damit sozialen Sprengstoff abbauen will. Entlang der Straßenseiten brennen sie den Urwald niederr, bebauen für 4–5 Jahre das Land bis es ausgelaugt ist, um dann weiterzuziehen.

Als Reaktion auf den internationalen Druck, auf die Proteste im eigenen Land aber auch auf den Appell lateinamerikanischer Intellektueller, darunter G. Garcia Marquez, I. Allende und M. Vargas Llosa, die Sarney in einem Brief „Barbarei“ vorgeworfen hatten, legte die brasilianische Regierung jetzt ein Umweltprogramm vor. Dieses dürfte wenig an den Zuständen ändern. Zwar soll die Niederbrennung von Urwald für die Rinderfarmen nicht mehr steuerlich begünstigt, die Abholzung nicht mehr subventioniert werden und eine Sondervereinbarkeit der Polizei das Abbrennen von Urwald verhindern. Dies administrativ durchsetzen zu können, ohne die sozialen Ursachen zu beseitigen, käme in einem Land, in dem Großgrundbesitzer ungestrafft tausende Bauern morden dürfen, einem Wunder gleich.

Bereits heute kann einiges zur Rettung des Regenwaldes getan werden, ohne daß Brasilien oder anderen Regenwaldzerstörern zusätzliche Kosten aufgebürdet würden (siehe Regenwald-Memorandum in DRITTE WELT 4/1989, S. 36 ff.). Dazu gehören der Verzicht auf Riesenstaudämme zugunsten kleiner Wasserkraftwerke, die kostengünstige Nutzung von Energiesparmöglichkeiten, die Förderung ökologisch unbedenklicher Entwicklungsprojekte durch die Weltbank und die westlichen Regierungen sowie Ausgleichszahlungen für den Verzicht auf Nutzholzexporte.

Entscheidend für die Rettung des Regenwaldes werden jedoch eine umfassende Schuldentlastung, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine Umwälzung der Machtverhältnisse in den betreffenden Staaten sein. Eine Unterstützung der brasilianischen PT, die den Schuldendienst einstellen und mit den Kreditgebern eine „Entwicklungsvereinbarung“ ist, aushandeln will, dürfte deshalb ebenso sinnvoll sein wie der Druck auf Bundesregierung und Weltbank.

SONDERHEFTE

SH 3/85 – Krise in Mittelamerika.
Nicaragua, El Salvador, Guatemala. 2 DM

SH 4/85 – Rüstung im All.
Gefahr für die Dritte Welt. 2,50 DM

SH 3/86 – Iran-Irak. Krieg ohne Ende? 2 DM

SH 1/87 – Nicaragua.
Die Kunst des Überlebens. 2,50 DM

SH 3-4/87 – Frontstaaten im südlichen Afrika.
Destabilisierung und Widerstand. 2,50 DM

SH 1/88 – Mittelamerika. Endlich Frieden? 2,50 DM

SH 2/88 – Olympialand Korea. 2,50 DM

SH 3/88 – Schuldenkrise. Bezahl wird nicht. 2,50 DM

SH 1/89 – Von der Intifada zum Palästinastaat. 2,50 DM

Bei Bestellung unter 10 DM bitte V-Scheck
oder Briefmarken beilegen.

Bei der Abnahme von mindestens 10 Exemplaren
gewähren wir 33% Rabatt.

BESTELLCOUPOON

Einsenden an Dritte Welt LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Ich/Wir bestellen:

- Expl. Sonderhefte
- Expl. Sonderhefte
- Expl. Sonderhefte



Sonderheft 1/1988
MITTELAMERIKA
Friedensprozeß ● Abkommen von Esquipulas ● Sandinisten unterwerfen sich nicht ● Wirtschaft ● Friedensstifter Costa Rica? ● Hinhaltetechnik Honduras ● Duarte läviert ● Dialogchance in Guatemala? ● Kampagnen, Materialien



Sonderheft 3/1988
SCHULDENKRISE und IWF-KAMPAGNE
Die Verschuldung ist kein Modethema ● Exemplarisch: Afrika und Lateinamerika ● Die Metropolen bleiben nicht verschont ● Alternativen zur Verschuldung ● Dokumentation von Lösungsansätzen ● Aufruf der IWF/Weltbank-Kampagne



Sonderheft 1/1989
PALÄSTINA
Ein Jahr Intifada ● Die Proklamation des Palästinistaates ● US-Nahostpolitik und die Haltung der EG ● Die BRD-Politik und das Sonderverhältnis zu Israel ● UNO-Resolutionen, Interviews, Kultur

NAMIBIA

JÜRGEN OSTROWSKY

Beginn des Unabhängigkeitsprozesses

Pretoria gibt sich noch nicht geschlagen

Am 1. April d.J. begann der Unabhängigkeitsprozeß in Namibia wie es das im Dezember 1988 in New York unterzeichnete Abkommen vorsah. Jedoch kam es statt zum geplanten Waffenstillstand im Norden des Landes zwischen südafrikanischen Einheiten und SWAPO-Kämpfern zu schweren Gefechten. Die Versuche Pretorias, auf Kosten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) seine Interessen zu wahren, könnten damit neuen Auftrieb erhalten.

Ein Sieger steht in Namibia schon jetzt, lange vor dem Wahltermin am 1. November d.J., fest: die Branche der Immobilienmakler und -spekulanten. 500 Polizeikontrolleure, 620 Wahlüberwacher, mindestens 760 zivile Verwaltungsangestellte der UNO sowie 820 in Namibia rekrutierte Angestellte suchen Büros sowie Wohnungen.

Zwischen Cunene-Fluß und Oranje steigen die Mieten. Angesichts der Scharen von BRD-Touristen im Land, stöhnen UN-Beamte, sei die Raumsuche besonders schwierig. Mitunter dem, das da auf die Schnelle nochmal erlesen urlaubt, bevor es mit dem schönen alten Rassismus vorbei sein könnte: CSU-Minister Zimmermann – wie weiland sein Mentor Strauß.

Mit solchen Problemen wird man gleichwohl fertig werden. Anders verhält es sich schon bei denen, die vor allem das Apartheidregime geschaffen haben und noch bereiten könnte.

Die politische Unabhängigkeit Namibias wird kommen. Ob sich Südafrika jedoch getreulich an den durch die UN-Resolution 435 von 1978 vorgezeichneten Weg dorthin hält, steht dahin. „Wir konnten Südafrika nicht trauen, seit es unser Land gestohlen hat. Warum sollen wir dem Pretoria-Regime jetzt trauen?“, bringen schwarze Nambier ihre Erfahrungen auf den Punkt.

Es geht um die Frage, ob Südafrika einen (erwarteten) Wahlsieg der Befreiungsbewegung SWAPO hinzunehmen bereit ist – zumal diese einen Verfassungsentwurf erarbeitet hat, für dessen politisch-ökonomische Vorstellungen sich der Begriff „pragmatisch“ eingebürgert hat –, oder ob nicht. Alan Begg vom Südafrikanischen Institut für internationale Fragen: „Ich nehme an, daß (Pretoria) ein Element der „Kontrollierbarkeit“ einer jeden neuen Regierung für sich annimmt, und so wie es aussieht, haben sie dafür gute Argumente.“ Südafrika, so Begg, habe im Falle Namibia einmal auf seine langfristigen Interessen gesetzt und werde die wirtschaftliche Kontrolle militärischen Optionen vorziehen.

Kundgebung zur Unterstützung der SWAPO in der Hauptstadt Windhuk (l.); südafrikanische Streitkräfte beim Durchkämmen der Nordregion, um SWAPO-Guerilleros aufzuspüren



sache, daß der SWAPO-Anhang bei den Jüngeren am größten ist (in Südafrika selbst wird übrigens mit 18 gewählt). Die UNTAG-Kontrollgruppe wird ihre Mühe haben, die jeweilige Wahlberechtigung zu überprüfen.

Nach zum Teil mehr als 20jährigem Exil kehren die Flüchtlinge nach Namibia zurück – nicht nur ein erhebliches Reintegrationsproblem für ein unabhängiges Namibia. Südafrika schleust nach Angaben von Grenzgebietbewohnern offenbar in großem Stil Angehörige der angolanischen UNITA-Banden ein, um sie als Wähler auszugeben; für die Auflösung der im nördlichen Namibia befindlichen UNITA-Lager trifft die UN-Resolution 435 von 1978 zudem keine Vorsorge.

Daß Südafrikas Verwaltung und Militär die SWAPO massiv behindern, geht aus einer Vielzahl von Ereignissen hervor, die zugleich darauf hinweisen, daß Pretoria bei der vorgeschriebenen Auflösung seiner Truppen ein falsches Spiel treibt.

Kundgebungen der SWAPO werden beispielsweise von der Polizei mit Lautsprechermusik überbrüllt, SWAPO-Mitglieder und -Anhänger schikaniert – bis zum offenen Terror: Am Tag nach dem offiziellen Inkrafttreten des Waffenstillstands am 1. April schossen Soldaten aus einem Helikopter acht SWAPO-Anhänger nieder. Südafrikas Militär bestreitet den Vorfall. Aussage steht gegen Aussage, Überprüfungen



UNO-Soldaten in Windhuk

sind schwierig.

Die Umstände verweisen auf ein weiteres Manipulationsmittel Pretorias: Sein Militär kontrolliert weitgehend den Informationsfluß in Namibia und mehr noch nach außen. Gewisse Zeitungen hierzulande bestätigen dieses Verhältnis durch den Verlautbarungsjournalismus ihrer Korrespondenten.

Wird die Mauer des Verschweigens durchbrochen, wie durch gerichtliche Zeugenaussagen zweier ehemaliger Angehöriger der berüchtigten Sondereinheiten „Koevoet“ (Brechstange), so bestätigen sich die schlimmsten Vorwürfe. Die beiden Ex-Soldaten bezeugen nicht nur, daß die Einheit, die jahrelang Terror verbreitete, umstandlos in die südwestafrikanische Polizei integriert worden ist, sie sagen außerdem aus, daß ihre Truppe danach noch Ende Februar bei brutalen Einschüchterungsaktionen eingesetzt war. Für die „Territorialstreitkräfte“ (SWATF) hat sich Südafrika etwas Besonderes einfallen lassen. Noch im Januar setzte man die Einberufung neuer Rekruten in großem Maßstab fort. Das hat zwei Vorteile: Die Auflösung dieser Truppe verzögert sich, und die Rekruten sind vorerst der politischen Propaganda im Sinne Pretorias ausgesetzt.

Angesichts solcher Merkwürdigkeiten gewinnt das Gerücht an Glaubwürdigkeit, daß Pretoria seinen Jonas Savimbi für ein unabhängiges Namibia unter SWAPO-Herrschaft bereits erkoren habe. Mishake Muyongo, ein früheres SWAPO-Mitglied und Vizepräsident der Demokratischen Turnhalle-Allianz-Partei, soll den Aufbau einer Terrororganisation zu Destabilisierungszwecken organisieren. Bewährt

hat er sich bereits. Ihm werden separatistische Aktivitäten im östlichen Caprivi-Gebiet angelastet.

Und es bleibt das Problem der Entlassung aller politischen Gefangenen gemäß Resolution 435. Wieviele aber in Südafrikas Gefängnissen sitzen, weiß niemand genau. UN-Beobachter schätzen 200 bis 300 – zumeist SWAPO-Mitglieder bzw. -Anhänger. Offen aber ist zudem, zu welchem Zeitpunkt im Vorwahlprozeß das Apartheidregime diese namibischen Oppositionellen zu entlassen gedenkt.

Der Prozeß zur Unabhängigkeit ist also durchaus mit Problemen belastet. Sam Nujoma schrieb in einem Beitrag für die „New York Times“: „Wir erwarten Gewalttätigkeiten.“

Wie heikel die Lage ist, erwies sich schon in den ersten drei Apriltagen, als südafrikanische Truppen 146 angeblich abkommenswidrig aus Angola eingesickerte SWAPO-Guerilleros töteten. Seltsam genug: Seit rund einem halben Jahr war von beiden Seiten bereits Waffenstillstand gehalten worden. Am bemerkenswertesten jedoch sind die Folgen, die Pretoria wie synchronisiert unverzüglich ankündigte.

Die Drohung, gegebenenfalls die UNTAG aus Namibia hinauszukomplimentieren, wird dabei als verbale Begleitmusik eingeschätzt – vorerst. Unverzüglich gestoppt wurden jedoch der Abzug der südafrikanischen Truppen sowie der Abbau der SWATF, und: UNTAG-Oberaufseher Ahtisaari stimmte einer Regelung zu, daß Pretorias Soldaten unter Aufsicht der UNTAG ihre Stützpunkte verlassen dürfen (in denen sie kaserniert zu sein hätten), wenn die namibische Polizei ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen könne.

Das fragile Gebäude 435 bröckelt. Der Nutznißer heißt Pretoria, das sich Sonderkonditionen verschafft und der SWAPO die Schuld zuschieben bemüht ist. Es könnte sich rächen, daß entgegen den Warnungen vor allem afrikanischer Regierungen, die Weltöffentlichkeit müsse Südafrika auf die Finger schauen, der UN-Sicherheitsrat einer drastischen Verringerung der ursprünglich vorgesehenen UNTAG-Kopfstärke zugestimmt hat, insbesondere des militärischen Kontingents von 7 500 UN-Soldaten auf 4 650. Namibia ist groß und unwegsam.

Welches Ziel verfolgt Pretoria mit seinem massiven militärischen Vorgehen – statt eine rasche Beilegung unter Vermittlung durch die UNTAG-Gruppe zu suchen, die Anfang April freilich erst mit knapp 1 000 Soldaten und etwa 100 Zivilisten präsent war? SWAPO-Sprecher Daniel Tjongarero erklärte, die Zusammenstöße sollten den Frieden nicht aufs Spiel setzen. Pretoria ließ erklären, daß auch die Ausweisung der UNTAG lediglich „eine Suspenderung, nicht die Aufkündigung des Abkommens“ bedeute, und zwar solange, „bis die SWAPO zur Vernunft gebracht wird“. Was immer also der konkrete

DURCH DIE KÄMPFE IM NORDEN DES LANDES BRÖCKELT DAS FRAGILE GEBÄUDE 435, DA SÜDAFRIKA SICH SONDERKONDITIONEN VERSCHAFT UND MIT DEM HINAUSWURF DER UN- TRUPPEN DROHT.

Sachverhalt, Südafrikas Linie bleibt, den Einfluß der SWAPO zu schwächen.

Dabei hat nicht einmal mehr Namibias Kapital etwas gegen eine SWAPO-Regierung, und nicht erst, seit im Verfassungsentwurf von einer „gemischten Wirtschaft“ die Rede ist. So hat sich die Führung des De-Beers-Konzerns (Zwilling des südafrikanischen Anglo-American-Imperiums) mehrfach mit derjenigen der SWAPO getroffen – und parallel dazu erheblich in die Modernisierung ihrer Diamantenminen investiert, nicht gerade ein Zeichen von Zukunftsangst. Und Sprecher der Rössing-Urangrube, einer der größten der Welt, erklären, mit den SWAPO-Vorstellungen „können wir gut leben“.

Unbehaglich dürfte die Vorstellung eines freien, von der SWAPO regierten Namibia eher jenen wackeren Streitern sein, die – etwa vom Bonner „Namibia Information Office“ aus und mit südafrikanischem Geld – bislang Propaganda gegen die SWAPO verbreiten. Ihnen droht möglicherweise Arbeitslosigkeit „wg. Freiheit“.



Von südafrikanischen Besatzern zerstörtes Gehöft in Nordnamibia

Positionspapier der SWAPO

Wirtschaftspolitik nach der Unabhängigkeit

Am 28. November 1988 hat die SWAPO ein Positionspapier vorgelegt, das die Wirtschaftspolitik einer von ihr gestellten Regierung skizziert. Es erläutert die geplanten Reformen, die Bedingungen, unter denen ausländische Unternehmen tätig sein können und Möglichkeiten, sich von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Südafrika zu befreien.

Dem durchschnittlichen Geschäftsmann ist Namibia eher bekannt wegen seiner wirtschaftlichen Ressourcen als wegen der entsetzlichen Lage seines Volkes in den letzten 104 Jahren. Die breite Rohstoffbasis, die ergiebige Erzlägerstätten, einen der ertragreichsten Fischfanggründe der Welt, Rinder und Karakulhäute (Persianerpelze) umfaßt, hat schon immer eine große Anziehungskraft auf ein breites Spektrum von Finanz- und Handelsunternehmen ausgeübt. (. . .)

In diesen Unternehmerkreisen glauben viele, daß die unmittelbaren Aussichten für die Erholung der namibischen Wirtschaft nicht schlecht stehen, wenn, wie es jetzt den Anschein hat, der Frieden und die Beilegung aller Kontroversen in den nächsten beiden Monaten erreicht werden. (. . .)

Der Bergbau war immer die Hauptstütze der namibischen Wirtschaft. Auf ihn entfallen ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und 85 % oder noch mehr aller aus dem Land ausgeführten Güter. Die Steuereinnahmen aus dieser Quelle belaufen sich auf etwa die Hälfte der geschätzten Staatseinkünfte. Insgesamt kommen mehr als 50 Minerale in Namibia vor. Die wichtigsten sind Uran, Diamanten und unedle Metalle wie Kupfer, Blei und Zink.

Die namibische Bergbauindustrie wird von drei großen transnationalen Gesellschaften beherrscht, nämlich der Consolidated Diamond Mine (CDM), die zur Gruppe De Beers mit Sitz in Südafrika gehört (die wiederum eine Tochtergesellschaft des Konzerns Anglo American Corporation ist), der Rössing Corporation, die von der britischen Rio Tinto Zinc Corporation kontrolliert wird, und der Tsu-

mbe Corporation, die von der englischen Consolidated Goldfields über ihre südafrikanische Tochtergesellschaft, Gold Fields of South Africa, kontrolliert wird.

Die politische Führung der SWAPO verhehlt nicht ihren Glauben an die moralische Überlegenheit von gesellschaftlichem Eigentum und Kontrol-

le der Wirtschaft. Die Lehre von der Gleichheit aller bildet die Basis ihrer Vision von einer gerechten Gesellschaftsordnung. Aber die Bewegung ist realistisch genug, um zu wissen, daß das unabhängige Namibia in unmittelbarer Zukunft nicht über ausreichende Finanzen oder technische Sachkenntnis und Kompetenz bei der Wirtschaftsleitung verfügen wird, um wirtschaftliche Erträge auf einem befriedigenden Stand zu halten.

Schon jetzt besteht etwa die Hälfte des namibischen Kapitalstocks aus öffentlichen oder staatlichen Vermögenswerten. Dazu gehören Eisenbahnen und Häfen sowie Straßenverwaltungen, Post und Fernmeldeeinrichtungen, Wasser- und Elektrizitätswerke, einige Minderheitsanteile an mindestens drei Bergbaugesellschaften, Ländereien und einige Finanzinstitutionen. So besteht also schon von Anfang an ein großer Bedarf an Fachkönnen, um diese staatlichen Unternehmen im zukünftigen jungen Staat Namibia effizient und wirksam zu leiten.

Aber trotz dieser Schwierigkeiten wird Namibia unter einer SWAPO-Regierung nicht erlauben, daß der Status quo fortbesteht, bei dem die Wirtschaft auf die Bedürfnisse und Forderungen des aus- und inländischen Privatkapitals zugeschnitten ist. (. . .)

In einem unabhängigen Namibia wird sich die Wirtschaftspolitik der SWAPO auf staatliche, gesellschaftliche und private Beteiligung an der Wirtschaft des Landes und auf die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen ausrichten. Der Staat wird sich um das Eigentum an einem größeren Teil der Reichtümer des Landes bemühen, als das jetzt der Fall ist. Eine umfassende Verstaatlichung von Bergwerken, Land und anderen produktiven Wirt-

schaftszweigen ist jedoch in absehbarer Zukunft nicht vorgesehen.

Stattdessen wird der unabhängige Staat Namibia bereit sein, neue und angemessene Verträge sowohl mit den schon ansässigen ausländischen Firmen als auch mit neuen Investoren auszuhandeln, die daran interessiert sind, sich an der Weiterentwicklung des Erzabbaus in Namibia auf einer gleichberechtigten Basis und zu beiderseitigem Nutzen zu beteiligen. Der zentrale Programmypunkt der Politik der SWAPO bezüglich der wirtschaftlichen Umstrukturierung und Entwicklung zielt darauf ab, ein notwendiges Maß an nationaler Kontrolle über die Reichtümer des Landes zu erlangen und ein Gleichgewicht zwischen gerechten ökonomischen Erträgen für das namibische Volk einerseits und angemessenem Gewinn für aus- und inländische Privatinvestoren andererseits herzustellen. Das ist unentbehrlich, um die herrschende große Ungleichheit zwischen dem Nationaleinkommen Namibias und dem Bruttoinlandsprodukt und das Verhältnis von 25 zu 1 von weißen zu schwarzen Einkommen zu beseitigen.

Der Bergbau

Die Erträge und Deviseneinnahmen aus dem Bergbau Namibias müssen die wichtigste Quelle für den Wiederaufbau und die Umstrukturierung der namibischen Wirtschaft werden. Zu diesem Zweck werden Investoren einen erheblichen Teil ihrer Gewinne wieder in Namibias Wirtschaft investieren müssen. Wirtschaftsbereiche, wo die Reinvestition der Gewinne notwendig ist, sind die weitere Entwicklung und Erforschung von Erzvorkommen. (. . .)

Die Strategie der SWAPO bei der Weiterentwicklung des Abbaus von Mineralien wird auch auf die Integration dieses Schlüsselsektors in die übrige Wirtschaft abzielen. Dies wird die Entwicklung von Mineralien verarbeitenden Industrien einschließen. (. . .)

Landreformpolitik

Bezüglich des Landes hat sich die SWAPO auf eine Reformpolitik festgelegt, um das Ungleichgewicht vergangener Maßnahmen bei der Landzuteilung auf rassischer Grundlage aus der Welt zu schaffen. Ziel der neuen Politik wird es sein, einen Teil des Landes von den wenigen, die zuviel davon haben, an die Mehrheit der Landlosen zu übertragen.

Gegenwärtig gehören beinahe 60 % der Ländereien den Weißen. Etwa 5 000 weiße auf kommerzieller Basis arbeitende Farmer besitzen ca. 6 000 Rinder- und Karakulzuchtbetriebe. Nach offiziellen südafrikanischen Angaben gehören sogar 48 % dieser Farmen ausländischen Grundherren, die nicht in Namibia leben. Sie werden natürlich Kandidaten für die Landumverteilung sein. Außerdem gibt es weiße Rechtspersonen, die bis zu drei Farmen besitzen. Auch diese Farmer werden verpflichtet werden, einige ihrer Ländereien an die Besitzlosen abzugeben.

Aber auch hier kommt, wie bei der Bergbauindustrie, eine Landeignung auf breiter Basis nicht in Frage. Stattdessen wird es staatliche Landwirtschaftsbetriebe, Kooperativen, Bodenbearbeitung durch Bauernfamilien und private Farmen auf kommerzieller Basis geben. (. . .)

Die SWAPO hat mit weißen kommerziellen Farmern und Geschäftsleuten aus Handel und Dienstleistungsindustrien gesprochen und darauf hingewiesen, daß ihnen ein unabhängiges Namibia ungeteilt der vorher umrissem Politik immer noch weit bessere Möglichkeiten für günstige und sichere wirtschaftliche Unternehmungen bieten als jene Länder (Südafrika und Westdeutschland),

die sie als ihre zweite Heimat betrachten. Die Bewegung hat wiederholt an diese Leute appelliert, Namibia als ihr wirkliches Heimatland zu betrachten, ihre Vermögenswerte hier zu belassen und bereit zu sein, ihre Fähigkeiten in den Dienst ihres Landes zu stellen.

Die SWAPO hat sich in den Fällen, in denen die Übertragung von Vermögenswerten aus Privat hand an den Staat für den Wiederaufbau und die Umstrukturierung der namibischen Wirtschaft für notwendig erachtet wird, auf eine angemessene und gerechte Entschädigung festgelegt. (. . .)

Fischereipolitik

Die Unabhängigkeit wird der vernachlässigten und überausgebeuteten Fischereiindustrie Namibias den dringend notwendigen Auftrieb verleihen. Die Erträge dieser umfangreichen Wirtschaftsquellen wurden dem namibischen Volk lange vorenthalten. Sie wurde stattdessen in erster Linie von südafrikanischen Fischereigesellschaften durch Überfischung erschöpft. Zur Zerstörung des namibischen Fischvorkommen haben ganz besonders auch die Zuteilung hoher Fangquoten an südafrikanische Fischereiflotte und laxen Kontrollen anderer Fischereiflotte durch die südafrikanische Regierung beigetragen. Auch damit wird jetzt Schluß gemacht werden.

Ein unabhängiges Namibia wird die Hoheitsgewalt über die weltweit reichsten Hechtdorsch-Fanggründe ausüben, deren Wert auf ca. 2 Mrd Rand jährlich geschätzt wird. (. . .)

Namibias künstliche Abhängigkeit von Südafrika

Südafrika und seine Freunde pflegen aus Eigennutz und in höchst verallgemeinernder Form immer wieder zu behaupten, Namibias Wirtschaft sei von der Wirtschaft Südafrikas hoffnungslos abhängig. Ganz gleich, wie die aus den von der UNO überwachten Wahlen hervorgehende Regierung politisch und ideologisch eingefärbt sein werde, sie müsse sich Pretorias Direktiven unterwerfen, wenn Namibia wirtschaftlich überleben wolle. Eine derartige Argumentation ist im wesentlichen falsch.

Wenngleich zutrifft, daß etwa zwei Drittel aller Investitionen in die namibische Bergbauindustrie auf transnationale Konzerne mit Sitz in Südafrika entfallen, so werden diese Unternehmen selbst doch dauernd von der Sanktionsdrohung gegen Südafrika geplagt und sind deswegen schon jetzt dabei, ihre Investitionsrisiken möglichst breit zu streuen. Wie schon vorher erwähnt, sind sie damit beschäftigt, außerhalb Südafrikas getrennte Gesellschaften zu gründen und eintragen zu lassen. Und weil ein unabhängiges Namibia nun einmal nicht den Wunsch haben kann, gemeinsam mit Südafrika die Bürde von Sanktionen zu tragen, wird eine SWAPO-Regierung die transnationalen, in Südafrika ansässigen Konzerne, die in Namibia tätig sind, ersuchen, diese politische Option im Hinblick auf ihre eigenen unternehmerischen Interessen, die sich von denen des Apartheid-Staates unterscheiden, ernsthaft zu überdenken. Dies bedeutet, daß die geschäftliche Tätigkeit dieser Konzerne Pretoria nicht den wirtschaftlichen Würgegriff ermöglichen wird, den es gerne gegen Namibia einsetzen würde.

Auch beweist eine genaue Prüfung der Bergwerksausrüstungen in Namibia, daß diese in erster Linie von Herstellern in Europa und Nordamerika geliefert werden. Also hat es Namibia nicht nötig, diese Ausrüstung über Südafrika zu importieren. Sie können direkt von den Herstellern bezogen wer-

den. Außerdem benötigt Namibia im Gegensatz zu anderen Staaten im zentralen Südlichen Afrika nicht den Zugang zum Eisenbahnnetz oder den Häfen Südafrikas, um seine Güter auf die internationalen Märkte zu bringen, und zwar unbeschadet des Anspruchs Südafrikas auf Ausübung der Hoheitsgewalt über Walvis Bay. Die gegenwärtige Benutzung südafrikanischer Eisenbahnen und Häfen ist eher künstlich als natürlich und verursacht unnötige, hohe Kosten. So hat der Transport von Zehntausenden lebender Rinder per Eisenbahn in die südafrikanischen Schlachthäuser und Fleischverarbeitungsanlagen den einzigen Zweck, dem südafrikanischen Meat Board das alleinige Monopol über Namibias Rinderexport zu verleihen. Durch diese Politik haben namibische, auf kommerzieller Basis arbeitende Farmer in der Tat schwere Verluste erlitten. (. . .)

Weil ein großer Teil der namibischen Produktion von Fischmehl und Öl, geringere Mengen an Dosensfisch und fast der gesamte für den Export bestimmte Rinderbestand nach Südafrika zur Deckung des Bedarfs dieses Landes zu Preisen, die gewöhnlich weit unter den Weltmarktpreisen liegen, geschickt werden, werden namibischen Lebensmittelproduzenten sehr oft höhere Einkünfte aus ihren Ausfuhren verwehrt, weil sie am Direktexport auf Märkte in Übersee gehindert werden.

Ein unabhängiges Namibia wird die Hoheitsgewalt über die weltweit reichsten Hechtdorsch-Fanggründe ausüben, deren Wert auf ca. 2 Mrd Rand jährlich geschätzt wird. (. . .)

Namibias künstliche Abhängigkeit von Südafrika

Südafrika und seine Freunde pflegen aus Eigennutz und in höchst verallgemeinernder Form immer wieder zu behaupten, Namibias Wirtschaft sei von der Wirtschaft Südafrikas hoffnungslos abhängig. Ganz gleich, wie die aus den von der UNO überwachten Wahlen hervorgehende Regierung politisch und ideologisch eingefärbt sein werde, sie müsse sich Pretorias Direktiven unterwerfen, wenn Namibia wirtschaftlich überleben wolle. Eine derartige Argumentation ist im wesentlichen falsch.

Wenngleich zutrifft, daß etwa zwei Drittel aller Investitionen in die namibische Bergbauindustrie auf transnationale Konzerne mit Sitz in Südafrika entfallen, so werden diese Unternehmen selbst doch dauernd von der Sanktionsdrohung gegen Südafrika geplagt und sind deswegen schon jetzt dabei, ihre Investitionsrisiken möglichst breit zu streuen. Wie schon vorher erwähnt, sind sie damit beschäftigt, außerhalb Südafrikas getrennte Gesellschaften zu gründen und eintragen zu lassen. Und weil ein unabhängiges Namibia nun einmal nicht den Wunsch haben kann, gemeinsam mit Südafrika die Bürde von Sanktionen zu tragen, wird eine SWAPO-Regierung die transnationalen, in Südafrika ansässigen Konzerne, die in Namibia tätig sind, ersuchen, diese politische Option im Hinblick auf ihre eigenen unternehmerischen Interessen, die sich von denen des Apartheid-Staates unterscheiden, ernsthaft zu überdenken. Dies bedeutet, daß die geschäftliche Tätigkeit dieser Konzerne Pretoria nicht den wirtschaftlichen Würgegriff ermöglichen wird, den es gerne gegen Namibia einsetzen würde.

Auch beweist eine genaue Prüfung der Bergwerksausrüstungen in Namibia, daß diese in erster Linie von Herstellern in Europa und Nordamerika geliefert werden. Also hat es Namibia nicht nötig, diese Ausrüstung über Südafrika zu importieren. Sie können direkt von den Herstellern bezogen wer-

(QUELLE: SWAPO of Namibia, Information & Comments, Namibia's economic Prospects brighten up. An Economic Policy-Position-Document of the Political Bureau of the Central Committee of SWAPO, 28. November 1988, Luanda, People's Republic of Angola, Bonn, o.D.)

INTERVIEW MIT HANNO RUMPF (SWAPO)

Die USA und Südafrika sind mit ihrer Politik gescheitert

Der politische Stellenwert der Unabhängigkeit Namibias, Südafrikas Intervention während und nach dem Übergangsprozeß, die Politik der SWAPO und der Solidaritätsbewegung sind Themen unseres Interviews mit Hanno Rumpf. Er ist Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in der Bundesrepublik und Österreich.

RAGE: Am 1. April hat die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 435 begonnen, die die Unabhängigkeit Namibias zum Ziel hat. Wie bewerten Sie den weltpolitischen Stellenwert der Tatsache, daß es trotz der „Rollback“-Politik der USA erneut einer nationalen Befreiungsbewegung gelungen ist, sich durchzusetzen?

H. RUMPF: Die USA werten das Abkommen von Brazzaville/New York als Erfolg ihrer Politik des „Constructive Engagement“ oder auch ihrer „Linkage“-Politik. Dieses sind die Bezeichnungen, mit der die USA im Südlichen Afrika ihre Politik des „Rollback“ verschleiern. Aus der Sicht der USA ist der Erfolg dieser Politik insofern zu verstehen, als die kubanischen Internationalisten aus Angola nach Hause zurückkehren werden.

Der Ansicht der SWAPO nach basiert dieses „Erfolgserlebnis“ der USA und ihrer Politik auf der inkorrekt Prämisse eines kubanischen „Imperialismus“, in Afrika oder anderswo. Die USA hatten die künstliche „Linkage“-Politik geschaffen, das heißt, sie hatten eine Unabhängigkeit Namibias an den Abzug der Kubaner aus Angola gekoppelt.

Tatsächlich sind es andere Faktoren, die das Apartheidregime an den Verhandlungstisch gezwungen hatten. Das Apartheidregime führte seit der Unabhängigkeit Angolas mit der Unterstützung der USA einen unerklärten Krieg gegen die rechtmäßige Regierung des Landes. Man wollte die den USA und Südafrika freundlich gesonnene Banditenbewegung der UNITA an die Macht pustchen. Aus diesem Grund war Angola gezwungen (im Jahr 1975; d. Red.), die Unterstützung Kubas zu erbitten, um sich eben gegen die imperialistischen Interessen der USA und Südafrikas zu wehren.

Tatsache ist, daß das Apartheidregime und seine Armee im vergangenen Jahr eine entscheidende Niederlage bei Cuito Cuanavale in Angola erlitten hat. Tatsache ist auch, daß die 100 000 südafrikanischen Okkupationstruppen in Namibia einen aussichtslosen Krieg gegen den militärischen Flügel der SWAPO, die PLAN, kämpften. Sie südafrikanischen Verluste in Namibia und Angola hatten selbst für das Regime unvertretbar hohe Ausmaße angenommen.

Diese Tatsachen zwangen Südafrika an den Verhandlungstisch. Aufgrund dieser Tatsachen wird Namibia jetzt in den Unabhängigkeitsprozeß eintreten. Nach dem südafrikanischen Abzug aus Namibia wird Angola bald Frieden haben – somit werden die kubanischen Internationalisten nicht benötigt und können zurückkehren.

Unter dem Schlußstrich kann es somit nur eine gültige Analyse geben: Die USA und Südafrika sind spektakulär gescheitert in ihrem Ziel, die Regierung Angolas zu stürzen.

Die SWAPO wird nach Einschätzung selbst von südafrikanischen politischen Beobachtern als Gewinner der Unabhängigkeitswahlen (1. November 1989) eingeschätzt. Somit sind auch in Namibia die USA und Südafrika in ihrem Ziel gescheitert. Somit kann nur von einem Mißerfolg der „Rollback“-Politik der USA gesprochen werden. Wenn die USA dieses anders sehen, ist das ihr Problem.

RAGE: Welche Probleme ergeben sich jetzt für die SWAPO darau, auf einen ausschließlich politischen Kampf umzuschalten? Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit mit anderen politischen und ge-



SWAPO-Repräsentant Hanno Rumpf, Sohn eines deutschsprachigen namibischen Farmers

seellschaftlichen Organisationen in Namibia?

H. RUMPF: Die SWAPO hat seit 22 Jahren einen bewaffneten Kampf gegen die kolonialistischen Besatzungstruppen Südafrikas geführt. Wir haben aber auch einen aktiven und erfolgreichen politischen Kampf geführt; dieses wird z.B. durch die Arbeitskämpfe der wiedererstarkten Gewerkschaftsbewegung in Namibia belegt oder durch unsere politischen Massenveranstaltungen. Wir haben kein Problem, auf einen rein politischen Kampf umzuschalten.

Anfang April d.J. nahe Ondeshifila (Ovamboland) ermordete SWAPO-Kämpfer, die sich nach dem Waffenstillstand angesammelt hatten





Ankunft australischer Soldaten nahe Windhuk, die den UN-Truppen angehören

Natürliche Bündnispartner der SWAPO sind vorhanden. Die Gewerkschaftsbewegung, die Studentenbewegung, der Kirchenrat Namibias, der sich über Jahre für die Durchführung von Resolution 435 eingesetzt hat. Es gibt auch kleinere politische Gruppierungen selbst unter den weißen Namibieren, die mit der SWAPO kooperieren.

FRAGE: Erklärtes Ziel Pretorias ist die Verhinderung einer Machtübernahme durch die SWAPO. Mit welchen Mitteln versucht es, einen Wahlsieg der SWAPO bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 1. November oder zumindest eine 2/3-Mehrheit zu verhindern. Inwieweit spielt die Verringerung der UNTAG-Einheiten Südafrika dabei in die Hände?

H. RUMPF: Das Regime wird sicherlich versuchen, in den Wahlkampfverlauf und -Ausgang in Namibia einzugreifen, um somit eine 2/3-Mehrheit der SWAPO zu verhindern, die notwendig ist, um eine Verfassung zu verabschieden.

Die Polizei des Regimes, ca. 12 000 Mann stark, wird während der Übergangszeit in Namibia verbleiben. Teil dieser Polizei werden die Mitglieder der notorischen „Koevoet“ sein, einer 3 000 Mann starken Tropeneinheit. In Namibia werden auch 1 500 südafrikanische Soldaten sowie die Mitglieder der SWATF (in Namibia rekrutierte Söldner des Regimes) verbleiben. Diese werden zwar „demobilisiert“, d.h. entwaffnet, aber sie werden weiter bis zur Unabhängigkeit bezahlt. Außerdem hat das Regime längst umfangreiche Waffenlager in Namibia eingerichtet, so daß eine Wiederbewaffnung der SWATF kein Problem für Südafrika darstellt. Die SWATF ist ca. 30 000 Mann stark.

Die SWAPO hat auch klare Erkenntnisse, daß das Regime die UNITA in Namibia mit namibischen Identitätsdokumenten ausstattet, damit diese gegen die SWAPO wählen. Diese UNITA-Rebellen, die nach dem südafrikanischen Rückzug nach Namibia ausweichen mußten (auf der Flucht vor der Armee Angolas), bringen außerdem ihre Waffen nach Namibia. Weiterhin gibt es reine Killer-Kommandos wie die „Weißen Wölfe“, die wohl mit politischen Morden in den Wahlkampf eingreifen sollen.

Gegen diese Handlanger des Regimes werden nur 4 650 UNTAG-Soldaten stehen. Diese müssen einen fairen und demokratischen Wahlprozeß garantieren. Mit Sicherheit steht ihnen eine sehr schwierige Aufgabe bevor. Die Verringerung der UNTAG von 7 500 Soldaten auf nur 4 650 Mann ist nicht nur im Rahmen einer „Kostenreduzierung“ zu verstehen, sondern natürlich auch als ein Versuch, die Situation in Namibia zu Ungunsten der SWAPO zu gestalten.

FRAGE: Ein Hemmnis für eine eigenständige Entwicklung Namibias wird in Zukunft die wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika sein. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese Abhängigkeit zu verringern? Wie soll das zukünftige Wirtschaftssystem Namibias aussehen?

H. RUMPF: Nach der Unabhängigkeit Namibias wird eine Regierung sofort beginnen müssen, die wirtschaftliche Abhängigkeit – insfern diese gegeben ist – zu verringern.

Gegenwärtig hat Südafrika die volle Kontrolle über Namibias Import- und Exportinfrastruktur. Namibia wird Mitglied der Koordina-

tionskonferenz zur Entwicklung des Südlichen Afrika (SADCC) werden. Wir werden wahrscheinlich einen eigenen Hafen bauen müssen, bis wir Walfish Bay wieder in unserem rechtmäßigen Besitz haben.

Namibia wird eine „Dual Economy“ haben. Das heißt, daß es einerseits eine vom Staat gelenkte Wirtschaftspolitik geben wird, zum Beispiel eine Landreform. Andererseits wird es aber auch einen Privatsektor geben.

FRAGE: Welche Gefahren gehen von den Verbündeten Pretorias in Namibia aus? Ist es möglich, daß Südafrika – ähnlich wie im Fall Angola – Söldnertruppen aufbaut, die gegen das unabhängige Namibia operieren?

H. RUMPF: Es ist sicherlich anzunehmen, daß Südafrika auch in Namibia eine Rebellenbewegung schaffen möchte, nach der Unabhängigkeit. Nach der Unabhängigkeit wird Namibia einer der Frontstaaten sein. Sicherlich wird das Apartheidregime versuchen, Namibia in gleicher Weise zu destabilisieren, wie das bei anderen Frontstaaten der Fall ist.

Die SWAPO ist jedoch zuversichtlich, daß es dem Regime nicht gelingen wird, in gleicher Weise, wie in Mosambik z.B., gegen uns zu agieren.

FRAGE: Ein weiteres militärisches und wirtschaftliches Druckmittel verbleibt Südafrika mit dem Hafen Walfish Bay. Was kann und wird die SWAPO unternehmen, um die Souveränität Namibias über Walfish Bay durchsetzen?

H. RUMPF: Nach Meinung der SWAPO und der UNO ist die internationale Rechtslage zu Walfish Bay ganz klar. Walfish Bay ist Teil Namibias. Es wird die Aufgabe einer Regierung sein, zu beschließen, welche Mittel einzusetzen sind, die Souveränität über Walfish Bay wiederzuerlangen.

FRAGE: In der Vergangenheit hat die SWAPO umfangreiche Unterstützung von Angola erhalten. Wie wird sich diese Zusammenarbeit in Zukunft entwickeln? Ist eine gemeinsame Bekämpfung der UNITA-Banden beabsichtigt, die für beide Staaten eine Bedrohung darstellen?

H. RUMPF: Auch in Zukunft wird es eine enge Kooperation zwi-

Demonstration jugendlicher Sympathisanten der SWAPO



schen Angola und Namibia geben. Sicherlich gibt es ein klares Potential in der wirtschaftlichen Kooperation, im Handel.

Falls die UNITA-Banden auch nach der Unabhängigkeit ihre terroristischen Aktionen gegen BürgerInnen Namibias fortsetzen, wie es schon gegenwärtig der Fall ist, wird eine namibische Regierung dieses natürlich verhindern müssen. Wir gehen aber davon aus, daß die UNITA ohne das aktive Eingreifen der südafrikanischen Armee zu ihrer Unterstützung nach Zaire ausweichen wird. Mittelfristig wird die UNITA sowieso zum absoluten Scheitern verdammt sein.

FRAGE: Die Bundesregierung will die Zusammenarbeit mit einem unabhängigen Namibia zu „einem besonderen Modellfall deutscher Entwicklungshilfe“ machen. Wie ist diese Absichtserklärung vor dem Hintergrund der fortgesetzten Kollaboration Bonns mit dem Apartheidregime und der widerrechtlichen Ausbeutung der namibischen Naturschätze durch bundesdeutsche Konzerne zu verstehen?

H. RUMPF: In dem Antrag der Bundesregierung und der SPD, der im Bundestag ohne Gegenstimme verabschiedet wurde, beruft sich die Regierung auf ihre „historische Verantwortlichkeit“ und möchte diese als Ausgangsbasis und Erklärung für ihr Vorhaben sehen, Nami-

DAS REGIME WIRD VERSUCHEN, IN DEN WAHLKAMPF EINZUGREIFEN, UM EINE 2/3-MEHRHEIT DER SWAPO ZU VERHINDERN.

bia zu „einem besonderen Modellfall deutscher Entwicklungshilfe“ zu machen.

Vergessen wird dabei geflissentlich die sicherlich noch größere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich ihrer jahrzehntelangen Kollaboration mit dem Apartheidregime. Es sind sehr viele NamibierInnen mit G3-Gewehren von Heckler und Koch in Namibia erschossen worden. Unimogs aus der Bundesrepublik transportierten südafrikanische Soldaten. Es gibt viele andere Beispiele. Auch

Freiheit für Namibia!

Unterstützen Sie den Wahlkampffonds für die SWAPO!

Im November 1989 sollen erstmals freie und demokratische Wahlen in Namibia durchgeführt werden. Die Unabhängigkeit ist zum Greifen nahe.

Aber der demokratische Wahlprozeß ist gefährdet. Südafrika will einen Wahlsieg der Befreiungsbewegung SWAPO mit allen Mitteln verhindern:

- Südafrikanisches Militär bleibt weiter im Land.
- Südafrikanische Polizei kontrolliert weiter das Land.
- Die paramilitärische Spezialeinheit „Koevoet“, die die Bevölkerung jahrelang mit nächtlichen Überfällen, Diebstahl, Vergewaltigungen, Folter und Mord terrorisiert hat, wird Bestandteil der Polizei.
- Südafrika beeinflusst die Wahlvorbereitungen mit Hilfe von Falschinformationen und manipulativen Eingriffen zu seinem Gunsten.

Auch Südafrikas Verbündete, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, greifen in den Wahlkampf ein, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie sähen am liebsten die von ihnen geförderten pro-südafrikanischen Parteien als Wahlsieger. Bundestagsabgeordnete, Vertreter von Partiestiftungen und Vertreter von Industrie und Handel betätigen sich in diesem Sinne.

Die SWAPO hat für die Befreiung Namibias bis zu dem Punkt gekämpft, an dem Südafrika an den Verhandlungstisch gezwungen wurde und dem Weg zur Unabhängigkeit zustimmen mußte. Die SWAPO steht für ein demokratisches Namibia ohne Rassendiskriminierung.

Gegen die massive Einmischung Südafrikas und seiner Verbündeten setzen wir unsere Solidarität mit der SWAPO. Für den Wahlkampf braucht die SWAPO Fahrzeuge, Druckmaschinen, Informationsmaterial und anderes.

Wir rufen auf zu Spenden auf das Sonderkonto:
I. Wick, Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, Konto-Nr.: 1206021800, BLZ: 38010111, Stichwort: „Wahlkampffonds SWAPO“

UnterzeichnerInnen: Anti-Apartheid-Bewegung, Arbeiterwohlfahrt-Bundesjugendwerk, Antimperialistisches Solidaritätskomitee, Jungsozialisten in der SPD, Christliche Initiative „Freiheit für Südafrika und Namibia“, Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika, Deutsche Jungdemokraten, Service Civil International, Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Entwicklungshilfe von Volk zu Volk, Informationsstelle Südliches Afrika, Namibia Projekt an der Universität Bremen, Initiative 435, A. Albrecht, Stellvertretender Vorsitzender der GEW, Demokratische Fraueninitiative, Deutsche Kommunistische Partei, Fraktion Die Grünen im Bundestag, Die Grünen – Bundesvorstand (Stand 30.3.1989)

hierfür sollte die Bundesrepublik eine „historische Verantwortung“ übernehmen.

Die SWAPO hat erklärt, daß, wenn wir eine Regierung stellen sollten, wir mit allen Staaten wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen haben möchten. Die Bundesregierung mag zwar zu diesem Zeitpunkt Absichtserklärungen verabschiedet, aber es wird erst im Rahmen von Verhandlungen zwischen zwei souveränen Regierungen zu Verträgen und Vereinbarungen kommen.

FRAGE: Um die Absicht Südafrikas zu durchkreuzen, den Unabhängigkeitsprozeß Namibias zu behindern und eine Machtübernahme der SWAPO zu verhindern, ist eine Verstärkung der Aktivitäten auch der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung notwendig. Sollte der Schwerpunkt dabei auf der politischen Unterstützung für die SWAPO oder eher auf einer Verstärkung der Sanktionskampagne gegen das Apartheidregime liegen?

FRAGE: Die SWAPO bedarf zu diesem historischen Zeitpunkt unseres Unabhängigkeitskampfes aller Unterstützung der Solidaritätsbewegung hier in der Bundesrepublik.

Wir benötigen finanzielle Solidarität, um gegen die finanziell bestens von Südafrika ausgestatteten Marionettenparteien anzureten. Wir brauchen eine starke politische Unterstützung. Natürlich ist auch ein fortgesetztes Saktionsengagement für uns wertvoll.

Es liegt jedoch letztendlich in den Händen der Solidaritätsbewegung, auf welchem Gebiet sie ihre Schwerpunkte setzen möchte.

ECASAAMA-DOSSIER

Die Contras salonfähig machen

Westeuropäische Unterstützung für den RNM

Wie der „Außenminister“ der mosambikanischen RNM-Contra, Arturo da Fonseca, kürzlich mitteilte, betreibt seine Organisation unbewilligt von bundesdeutschem Boden aus die „Lieferung von Waffen“ nach Mosambik. Außerdem halte die RNM-Führung seit dem Jahr 1981 regelmäßig „Gipfeltreffen“ auf bundesdeutschem Boden ab, zuletzt am 27.8.1988 im Heidelberger Riga-Hotel. Ihr ständiger Sitz ist in Eppelheim bei Heidelberg. Damit wurde die BRD klammheimlich zum zweiten westeuropäischen Stützpunkt der RNM neben dem Stammsitz Lissabon/Portugal ausgebaut. Ein Grund mehr, die im hier dokumentierten Dossier der Europäischen Kampagne „Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola“ (ECASAAMA) aufgezeigten westeuropäischen Beihilfen für den Contra-Krieg ernst zu nehmen.

Der RNM („Nationaler Widerstand Mosambiks“) wird in den internationalen Massenmedien bisweilen in den Status einer politischen Opposition zur Frelimo (mosambikanische Regierungspartei; d. Red.) und zur Regierung Mosambiks erhoben. Der Charakter ihrer Aktivitäten spricht jedoch für das Gegenteil. Ihre Politik der systematischen Zerstörung zielt auf die Vernichtung aller sozialen und menschlichen Beziehungen in Mosambik ab. Eine Frau, der RNM-Banden in Espungabera in der Provinz Manica beide Ohren abgeschnitten hatten, faßt ihre Meinung in einem Interview so zusammen: „Wenn sie sagen, sie wollen dieses Land regieren, so werden sie ein Volk ohne Ohren regieren müssen.“

Heute gibt es genügend Dokumente, die beweisen, daß der RNM eine Schöpfung des illegalen weißen Regimes von Ian Smith im früheren Rhodesien ist. Nach der Unabhängigkeit Simbabwes 1980 wurde der gesamte RNM – Männer, Waffen und Ausrüstung – in einer Luftbrücken-Operation nach Südafrika gebracht. Abgesehen von einigen der rücksichtlichsten Verteidiger des südafrikanischen Apartheidregimes wird weithin anerkannt, daß Südafrika als Organisator und treibende Kraft hinter dem RNM-Terror in Mosambik steht.

Weniger bekannt sind die Kontakte, die der RNM in Europa mit Politikern, Geheimdiensten, kirchlichen Organisationen, Akademikern und Organisationen der politischen Rechten unterhält. Vornehmliches Ziel solcher Kontakte ist es nicht,

materielle Unterstützung für die Banditen zu sammeln, sondern der Öffentlichkeit glauben zu machen, daß Südafrikas Hauptinstrument zur Aggression gegen Mosambik, nämlich der RNM, eine politisch glaubwürdige Bewegung sei. In diesem Sinne müssen Regierungen, die den RNM-Terroristen Aufenthalt gewähren, mitverantwortlich gemacht werden für die Verbrechen, die Südafrika in Mosambik begeht.

Portugal ist das europäische Land, in dem der RNM am längsten präsent ist. Es war leicht, die Förderung nach Vergeltung unter den portugiesischen Siedlern, die während der Unabhängigkeit nach Portugal zurückkehrten, auszunutzen. Diese Um-

In Inhaminga eingetroffene Flüchtlinge, die dem RNM entkamen



gebung gab eine hervorragende Tarnung für die südafrikanische Destabilisierungskampagne ab. Der internationale Öffentlichkeit erschien es ganz „natürlich“, daß eine mosambikanische „Widerstandsbewegung“ ihre Auslandsbasis in der Hauptstadt der früheren Kolonialmacht errichten konnte.

Portugal war jedoch nicht nur bloße Tarnung. Es gewährte dem RNM in Lissabon vielfältige Unterstützung. Obwohl es offiziell nie zugegeben wurde, unterhielten hochrangige Mitglieder portugiesischer Parteien einschließlich amtierender und ehemaliger Kabinettsmitglieder persönliche Verbindungen zur RNM. Dies schließt auch den Vizepräsidenten der Sozialdemokratischen Partei ein, der im November 1980 eine RNM-Delegation in Lissabon traf.

Die RNM-Vertretung in Portugal entwickelte sich in einem Maße, daß die mosambikanische Regierung im November 1984 bei dem portugiesischen Botschafter in Maputo offiziell gegen ihre Präsenz in Lissabon protestierte. In die Unterstützung für den RNM sind in Portugal auch Angehörige des Militärs und Geheimdienstbeamte verwickelt.

Während sich der RNM in Lissabon durch die intensive Pflege von Pressekontakten ins Rampenlicht zu setzen wußte, zog man es in der Bundesrepublik Deutschland vor, die Aktivitäten geheim zu halten. Nur gelegentlich sind in der bundesdeutschen Presse Informationen über die Anwesenheit des RNM erschienen. Wenn, dann geschah dies offensichtlich gegen den Willen der betroffenen Parteien.

Die ersten Kontakte reichen zurück bis zum November 1980, als eine RNM-Delegation in der Bundesrepublik empfangen wurde. Später wurde Kontakt zu zwei Akademikern an der Universität Kiel geknüpft, zu Professor Werner Kaltefleiter und André Thomashausen. Verschiedene RNM-Treffen in der Bundesrepublik fanden in Prof. Kaltefleiters Institut an der Universität Kiel statt.

Aber erst 1983 geriet die Bundesregierung durch die Aufdeckung von Kontakten zur RNM in Verlegenheit. Es war vielleicht nicht das schlimmste, daß die Öffentlichkeit von diesen Kontakten erfuhr, sondern eher die Tatsache, daß sie in Zusammenhang mit einem von einem Abgesandten des US-Außenministeriums, Frank Wisner, übermittelten offiziellen Protest ans Licht kamen. Wisner berichtete Regierungsbeamten, daß seine Regierung über Aktivitäten des Vertreters des Bundesnachrichtendienstes BND in Südafrika beunruhigt sei. Dieser Mann sei in einer Weise in die Unterstützung für den RNM verwickelt, die der US-amerikanischen Politik gegenüber Mosambik schaden könnte.

Zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß der Bandenchef Afonso Dhlakama im November 1983 für sechs Wochen in die Bundesrepublik gereist war. Professor Kaltefleiter, der einer der politischen Berater von Bundeskanzler Kohl war, hatte diese Reise organisiert und ein Empfehlungsschreiben für die Delegation an das CSU-Mitglied Hans Graf Huny geschrieben, in dem er diesen um die Vermittlung von Kontakten mit wichtigen Bundestagsabgeordneten bat. Auf dieser Reise traf die RNM-Delegation Vertreter der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung und der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Höhepunkt der Besuchsreise war ein Treffen mit Franz Josef Strauß.

Chanunja Chivaca João, der kürzlich übergelaufenen bisherige Leiter der Organisations- und Mobilisierungsabteilung des RNM für Europa, sagte auf einer Pressekonferenz am 30. November 1988 in Maputo, daß Afonso Dhlakama im Oktober 1988 in

Heidelberg gewesen sei, um ein Treffen der RNM-Führung zu leiten. Joãos Aussagen bestätigen die Tatsache, daß sich die RNM-Führung bis heute unbehindert in der Bundesrepublik treffen kann. Auf dem Heidelberger Treffen wurde beschlossen, daß Dhlakama sein Image eines Banditenchefs in das eines politischen Führers wandeln müsse. Laut João wurde beschlossen, daß der RNM ein diplomatisches Image pflegen müsse, „um in der Lage zu sein, mit der FRELIMO zu konkurrieren“. Ein anderer Beschuß auf dem Heidelberger Treffen betraf eine Änderung der militärischen Strategie des RNM, indem eine starke Truppeneinheit in Simbabwe stationiert werden sollte.

Wie in Portugal, so war auch in der Bundesrepublik der Geheimdienst an der Kontaktpflege mit dem RNM und der Unterstützung seiner Vertretung interessiert. Paulo Oliveira erklärte nach seinem Überlaufen, daß die Kontakterson zum RNM in der Bundesrepublik ein BND-Agent namens Wolfgang Richter gewesen sei. Er wäre ständig mit Evo Fernandes in Kontakt gewesen. In einer bestimmten Phase soll Richter Evo Fernandes eine Million Deutsche Mark zum Kauf von SAM-7-Flugabwehraketten polnischer Ursprungs auf dem Schwarzmarkt übergeben haben. Paulo Oliveira's Enthüllungen über die Kontakte zwischen dem RNM und dem BND sind durch die Aussagen von Chivaca João nach dessen Bruch mit dem RNM bestätigt worden.

Eine andere Figur aus Geheimdienstkreisen ist Dr. Ludwig Holger Pfahls, der nach Angaben des „Indian Ocean Newsletter“ die Vorbereitungen für ein Treffen von RNM-„Dissidenten“ im Juni 1986 in Köln unterstützt hat.

Der schlagendste Beweis für Kontakte zwischen dem RNM und politischen Kreisen aus der Bundesrepublik ist jedoch ein Brief des Leiters des Büros für Auswärtige Beziehungen der CSU, Dieter A. Schmidt, an Francisco Nota Moises, der damals Leiter der Informationsabteilung des RNM in Kenia war. Schmidt behauptet in diesem Brief, daß er keinen Kontakt mit Nota Moises benötige, da die CSU „schon in direkter Verbindung mit dem Präsidenten des RNM in Mosambik stehe und daher „ausreichend informiert“ sei.

Bei dem heutigen Tag war die Art von Kontakten, wie sie hier beschrieben wurden, vorherrschend bei den Versuchen, Unterstützung für den RNM in Europa aufzubauen. Diese Bemühungen zielen nie direkt auf die öffentliche Meinung, eher handelt es sich um gelegentliche Kontakte zu politischen Kreisen.

Seit dem vergangenen Jahr läßt sich eine andere Art von Bemühungen um die Imagepflege des RNM in Europa beobachten. Sie verfolgen zwei Zielsetzungen: Die eine besteht darin, durch den Einsatz von Bürgern des betreffenden Staates engere Verbindungen mit Abgeordneten zu knüpfen, um die Sache des RNM zu fördern. Die zweite besteht darin, die europäische Öffentlichkeit glauben zu machen, der RNM werde von respektablen Organisationen unterstützt. Vier Gruppen sind direkt mit dieser Kampagne befaßt: „International Freedom Foundation“, Großbritannien; „Western Goals“, Großbritannien; Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM); „Mozambique Solidarity Campaign“.

Da wir uns mit Mosambik befassen, beginnen wir mit der Mozambique Solidarity Campaign. Der Name „Mosambik-Solidaritäts-Kampagne“ wurde bewußt gewählt, um die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Das Wort „Solidarität“ taucht in der konservativen Politik nicht gerade häufig auf. Das Augenmerk der Öffentlichkeit wird daher eher auf „linke“ Werte als auf den wahren Sendegehalt



Aus dem Inhalt

★ AKW Biblis:
Knapp am GAU vorbei

★ Schacht Konrad:
Vor der Entscheidung

★ WAA Wackersdorf:
Großdemonstration 3.6.

★ Hochtemperaturreaktor:
Groschengrab in Uentrop

★ Brokdorf u.a.:
SPD windet sich

★ West meets East:
Atomseminar mit KPdSU

★ Kriminallisierung:
Knast für Fritz Storim
Hungerstreik
Startbahn-Prozesse

Außerdem: Berichte von den Standorten Gorleben, Emden, Mülheim-Kärlich, Ellweiler, Cattenom, Gronau, Karlsruhe...

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 4,-
Abo (5 Ausgaben): 25 DM

Neue Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

der Botschaft gelenkt. Verwirrung stiftete auch der Gebrauch des bekanntesten FRELIMO-Wahlspruchs „A Luta Continua“ (Der Kampf geht weiter).

Aus dem verbreiteten Material werden zwei Hauptzüge ersichtlich: zum einen der Menschenrechtsansatz in der Kritik an der mosambikanischen Regierung, zum anderen der Versuch, Afonso Dhlakama als glaubwürdigen und ehrenwerten Freiheitskämpfer darzustellen. Das stimmt interessanterweise damit überein, daß Dhlakama gerade zu diesem Zeitpunkt auf einer südafrikanischen Militärbasis in Transvaal ein spezielles Trainings-

ein weiterer Direktor der britischen Western Goals, über Malawi nach Mosambik, um sich mit Vertretern des RNM zu treffen. Organisiert wurde seine Reise von dem südafrikanischen Geschäftsmann Duncan Beckman. Notholt gab an, daß Beckman wahrscheinlich Verbindungen zur südafrikanischen Regierung habe. Notholt war mit seinen Kontakten zum RNM zwar nicht zufrieden, gab hier aber keine weiteren Auskünfte.

Eine Schlüsselposition in diesem Netz nimmt offensichtlich die International Freedom Foundation (IFF), Großbritannien, ein. Sie hat ihren Sitz in den USA, Zweige existieren in Großbritannien, Südafrika und Israel. Der noch junge konservative Direktor der IFF, Marc Gordon, wurde von Jack Abramoff von der US-amerikanischen Mutterorganisation rekrutiert. Gordon und seine Kameraden wurden, sozusagen zur ersten Stimulation, in die USA gebracht und nach Nicaragua zu den Contras „auf Patrouille“ geschickt. Im Nachspiel des Iran-Contragate-Hearings wurde zudem bekannt, daß Jack Abramoff sich regelmäßig mit Oliver North getroffen hatte.

Die IFF verteilt in Großbritannien das „Freedom Bulletin“, in dem der FRELIMO vorgeworfen wird, Massaker an der mosambikanischen Zivilbevölkerung zu verüben. Hinsichtlich der Finanzierung der Organisation betont Gordon, die britische IFF erhalte Beiträge von britischen Geschäftsleuten, gibt jedoch auch zu, daß der größte Teil des Budgets aus den USA komme.

Diese Organisationen sind keine Organisationen im eigentlichen Sinne des Wortes. Einige sind lediglich eine Postfachadresse, andere haben eine Telefonnummer oder gar eine Anschrift. Statt engagierter Mitarbeiter haben sie ein oder zwei Angestellte, die die Geschäfte führen. In Großbritannien kommen diese Leute fast ausschließlich aus dem Juni

gendverband der Konservativen Partei.

Die Konservative Studentenföderation wurde lange von einem äußerst rechts stehenden Ausschuß dominiert. Selbst für Margaret Thatcher rückte sie zu weit nach rechts und brachte die Konservative Partei in Verlegenheit. Diese Jugendlichen boten den geeigneten Boden für die Rekrutierung von Personal für verschiedene Organisationen der extremen Rechten, die in den letzten Jahren gegründet wurden; darunter sind viele, die unmittelbar für die US-amerikanische Rechte arbeiten.

Obwohl sie in Großbritannien noch am deutlichsten sichtbar ist, hat sich die Lobby-Arbeit rechter Organisationen für den RNM auf verschiedene europäische Länder und auf Jugendverbände der konservativen Parteien in diesen Ländern ausgedehnt.

Diese Kampagne ist zwar noch nicht sonderlich stark entwickelt, aber das britische Beispiel sollte die Solidaritätsorganisationen zur Wachsamkeit gegenüber den Entwicklungen in ihren eigenen Ländern veranlassen. Man kann davon ausgehen, daß die genannten Organisationen den Renamo die Türen zu konservativen Abgeordneten öffnen können. Diese werden dann mit ausreichend Hintergrundmaterial versorgt, das sie in die Lage versetzt, staatliche Entwicklungshilfe für Mosambik in Frage zu stellen und Unterstützung für den RNM zu fordern. Die Frage von Menschenrechtsverletzungen in Mosambik ist dabei eines der wichtigsten Vehikel für diese Kampagne.

Im '87er Jahresbericht von Amnesty International spiegelt sich diese Kampagne in einem gewissen Maße wider. Er enthielt einseitiges Material über Mosambik, das den RNM in einem recht günstigen Licht erscheinen ließ. Al-Generalsekretär Ian Martin gab dies nach einem Besuch in Mosambik im Oktober 1988 zu.



Joaquim Mapinda wurde von RNM-Banden Nase und Ohren abgeschnitten

programm absolviert, in dem er das Auftreten vor Journalisten und ausländischen Politikern erlernen soll.

Die in London verbreiteten Materialien enthalten außer einer schier endlos langen Auflistung von der mosambikanischen Regierung zugeschriebenen Morden, Terror und Schreckenstaten fast nichts. Dies, so wird erklärt, sei ein bedeutender Grund für den Kampf des RNM. Ein kurzer Blick auf das Material zeigt, daß es im RNM-Büro in den Vereinigten Staaten hergestellt und für den Einsatz in Großbritannien fotokopiert wurde.

Die Postadresse der „Mozambique Solidarity Campaign“ lautet 27-Old Gloucester Street in London. In diesem Gebäude haben eine Reihe von Organisationen ihren Sitz. Eine davon ist der britische Zweig der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Die IGFM wurde 1972 in Frankfurt gegründet. Ihre Ursprünge können bis in die 30er Jahre zurückverfolgt werden. (Siehe Angolo-Dossier in: DRITTE WELT 3/1989, S. 37-39; d. Red.)

Die IGFM hat ihren Hauptsitz in Frankfurt und besitzt Zweige in den USA, Großbritannien, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, Schweiz, Österreich, Malta, Norwegen, Schweden, Israel und Australien. Weil dieses Netz schon besteht, wird das Propaganda-Material für den RNM über die IGFM-Zweige in wahrscheinlich verschiedenen Ländern auftauchen. In Großbritannien und der Bundesrepublik hat die IGFM bereits eine breite Menschenrechtskampagne gegen die SWAPO durchgeführt, mit der Personen, die mit der Situation in Namibia nicht vertraut sind, manipuliert werden sollten.

Die dritte zum Netzwerk der RNM-Unterstützer gehörende Organisation ist Western Goals, Großbritannien. Sie wurde 1985 als Zweig der „American Western Goals Foundation“ gegründet. Im Juni 1987 begann sich die US-amerikanische Mutterorganisation auf Mittelamerika zu konzentrieren, während der britische Zweig die rechten Aufständischen im Südlichen Afrika unterstützen sollte. Andrew Smith, Direktor der britischen Western Goals, macht keinen Hehl aus der Arbeit seiner Organisation für den RNM. 1987 fuhr Stuart Notholt,

Zeitschriftenschau

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 1/März 1989

Thema: Berauschende Profite – Das weltweite Geschäft mit der Drogen • Heroin, Kokain und Haschisch korrumptieren ganze Ökonomien in der Dritten Welt. Die westliche Anti-Drogen-Politik läuft auf die Zurückdrängung traditioneller Rauschmittel zugunsten von Alkohol-, Tabakprodukten und Heroin als illegaler „outsider“-Drogen hinaus • Die Akteure: Die USA mit ihren Ausrottungskampagnen • Die UNO-Drogenabteilung als Polizeilobby • Zimmermann mit seinem Rauschgift-Verbindungsbeamten • Schauplätze im Süden: Drogenexport-abhängiges Bolivien • Kokainland Kolumbien • Indien und Jamaika mit „ganja“ als Volksdroge • Malaysia mit „dada“ als Staatsfeind Nr. 1 • Pakistan • Der Opiumkrieg in China
Einzelpreis 5 DM; Abo 27 DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

ila, Nr. 124/April 1989

Schwerpunktthema: Die „Neue Rechte“ in Lateinamerika • Militärische, klerikale, philosophische, ideologische Konterstrategien: Was ist „LIC“? • Santa Fé Nr. II • Konferenz amerikanischer Heeresführungen • Vatikan gegen Basiskirche • Protestantische Fundamentalisten • Konrad Adenauer in Nicaragua • Außerdem: Nach den Wahlen in El Salvador • Hungerstreik in Chile • Besuch von Lula in Bonn • Bericht vom Symposium „Menschenrechte in Peru“ • Länderberichte aus Brasilien, Venezuela, Argentinien • Erklärungen zum Hungerstreik • 8seitige Beilage der Mittelamerika-Infostellen zur bundesdeutschen bzw. europäischen Entwicklungshilfepolitik in Zentralamerika
Einzelpreis 4 DM, Abo 40 DM
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 5/1989

Analyse: 30 Jahre Brot für die Welt und Misereor • Indianerkonferenz in Altamira/Brasilien • Flüchtlingshafen zum Stimmenfang • Friedenschancen in El Salvador • Presseberichterstattung über IWF/Weltbank-Kampagne • Informationen: Regierungspolitik fördert Abholzung amazonischer Regenwälder • Statistische Schleier bei Waffenexporten • Dokumentation: Manifest zur Verteidigung des Amazonas
Einzelpreis 3,30 DM; Abo 55 DM
Bezug: epd-Entwicklungspolitik, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Blätter des iz3w, Nr. 156/März-April 1989

Schwerpunkt Südliches Afrika: Entkolonialisierung Namibias • Namibia und die Deutschen • Die RENAMO in Mozambique • Kommunalwahlen in Azania • Die Krankheit Apartheid • Außerdem: Geschichte der Bevölkerungspolitik • Grenada nach der US-Invasion • Strukturangepassungskredite der Weltbank • Türkische Flüchtlingspolitik • Nicaragua • Rezension „Sur“ von Solanas • Entwicklungstheorie und Diskussion
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 53 28, 7800 Freiburg

Tunesien

INGRID EL-MASRY

Erste Wahlen nach Bourguiba

„Festtag der Demokratie“?

Die „Erneuerung und die Verfolgung der Legitimität, die wir mit dem Machtwechsel“ des 7.11.1987 erlangten, sollten die vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des 2. April d.J. in Tunesien markieren. Von einem „Festtag der Demokratie“ gar hatte Präsident Zine el-Abidine Ben Ali gesprochen.

Ob der Geist des 7. November durch die jüngsten Wahlen gefestigt wurde, kann erst die Zukunft zeigen. An jenem Tag ließ der damalige Innen- und Premierminister Ben Ali den seit der Unabhängigkeit amtierenden, greisen Staatspräsidenten Habib Bourguiba unter Berufung auf die Verfassung wegen Unfähigkeit und Senilität absetzen. Skepsis ist angebracht.

Zwar dürfte die überwältigende Mehrheit (99,3 %), mit der Ben Ali als einziger Präsidentschaftskandidat und mit Unterstützung der Opposition in seinem Amt bestätigt wurde, durchaus eine breite Zustimmung der Bevölkerung zu seiner 15monatigen Reformpolitik widerspiegeln. Die Parlamentswahlen waren hingegen bereits im Vorfeld durch heftige Auseinandersetzungen zwischen seiner Demokratischen Verfassungsbewegung (RCD) und den sechs angetretenen Oppositionsparteien überschattet.

Die Wahlergebnisse dürften kaum dazu angehalten sein, die Kritik der Opposition an Parteiengesetz, Wahlmodus und Wahlbedingungen verstummen zu lassen. (1) Die RCD erreichte nach Angaben des Innenministeriums 80,5 % und wegen des Mehrheitswahlrechts sämtliche 141 Parlamentssitze. Die islamischen Fundamentalisten, die als Unabhängige unter Führung Rashid Ghannouchis kandidierten, wurden mit über 14 % stärkste Oppositionspartei vor der sozialliberalen Bewegung Demokratischer Sozialisten (MDS) Ahmed Mestiris mit weniger als 4 % der Stimmen.

Um die versprochene Parlamentsbeteiligung der Opposition dennoch zu ermöglichen und sie an sich zu binden, hatte Ben Ali den wichtigsten Parteien vorgeschlagen, zusammen mit der Regierungspartei auf einer Einheitsliste zu kandidieren. Dies scheiterte am Widerstand vor allem der MDS, die mit Vehemenz auf die Etablierung eines wirklich pluralistischen Mehrparteiensystems drängt. (2) Die Kommunistische Partei Tunesiens (PCT) unter Mohammed Harmel sowie die AnhängerInnen Ghannouchis standen einer Koalitionsliste zwar prinzipiell positiv gegenüber. Sie stellte jedoch Bedingungen, die nicht erfüllt wurden.

Destabilisierend für das Regime wirkte sich vor allem die sozialökonomische Lage aus. Die Inflationsrate war nach den Brotzuhringen des Jahres 1984 auf 12 % gestiegen; die Arbeitslosigkeit, von der 60 % der unter 25-jährigen betroffen sind, lag bei 25 %. Das

Wirtschaftswachstum war 1987 negativ. Eine akute Zahlungsbilanzkrise konnte im November 1986 nur durch ein IWF-Beistandsabkommen überwunden werden. Seitdem betreibt das Land eine rigorose Spar- und Liberalisierungspolitik nach den Auflagen des Fonds. Außenwirtschaftlich hat sich die Lage entspannt. Die sozialen Probleme sind geblieben.

Doch im Gegensatz zu Bourguiba ist Ben Ali bemüht, die restriktive Wirtschaftspolitik durch soziale Zugeständnisse abzumildern. Die Mindestlöhne in Industrie und Verwaltung wurden um 10 % erhöht, ein Programm zur Schaffung von 40 000 neuen Arbeitsplätzen entwickelt. (5) Eben aufgrund der ungeklärten sozialen Probleme mußte es für Ben Ali eine Überlebensfrage bilden, die demokratische Öffnung voranzutreiben, die Staatspartei vom Vorwurf der Korruption und Ämterpatronage zu befreien, den Dialog mit der Opposition, insbesondere den Fundamentalisten, zu suchen.

Im Dezember 1987 begnadigte er 2487 überwiegend politische Gefangene, darunter 608 Mitglieder der MTI. Wenig später suchte er das Gespräch mit dem von Bourguiba entmachten Gewerkschaftschef Habib Achour. Gleichzeitig entließ er, bis auf drei, sämtliche Funktionäre in Bourguibas Sozialistischer Destour-Partei aus ihren Ämtern, taufte die Partei im Februar 1988 in die RCD um. Die neue Verfassung vom 25.7.1988 schuf u.a. die Präsidentschaft auf Lebenszeit ab. Ein neues Pressegesetz tat ein übriges, um das politische Klima zu entspannen. Gleichzeitig wurden die Parteien jedoch durch den „Nationalpakt“ vom 7.12.1988 auf einen demokratischen Konsens verpflichtet.

Die Stimmen derer, die die Reformpolitik als zaghafte und inkonsequent kritisieren, sind im Wachsen begriffen.

Ben Alis Kurs befindet sich in einer vielleicht entscheidenden Phase. Der „Festtag der Demokratie“ steht noch aus.

Anmerkungen

- 1) Wahlergebnisse siehe: Jeune Afrique (JA), Paris, 12.5.1989 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.4.1989
- 2) Vgl. JA, 8.3.1989 und Le Monde (LM), Paris, 9.3.1989
- 3) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 6.6.1988 und Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 6./7.8.1988
- 4) Vgl. L'Orient-Le Jour, Beirut, 21.23.1989 und LM, 9.4.1989
- 5) Vgl. Handelsblatt, Düsseldorf, 23.7.1987 und 21.3.1988; SZ, 21.12.1987

WOLFRAM BRÖNNER

Die Schlacht um Jalalabad als Testfall

Durchhalten bis zum politischen Kompromiß

Alle Voraussagen, das Revolutionsregime Nadjibullah werde unmittelbar nach dem vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen (15. Februar d.J.) wie ein Kartenhaus zusammenbrechen, erwiesen sich als Trugschluß. Knapp zwei Monate nach dem Abzug läßt der von den Mujahedin angekündigte Ansturm auf Kabul noch immer auf sich warten. In Jalalabad ist ihr Vormarsch vorerst ins Stocken geraten. Damit keimen neue Hoffnungen auf, das Tor zu einer politischen Kompromißlösung in Afghanistan könnte doch noch aufgestoßen werden.

Mit Bildern der Aussichtslosigkeit aus dem belagerten Kabul hatten die westlichen Medien ihr Publikum auf die Erwartung getrimmt, daß mit dem Verschwinden der Rotarmisten die letzte Stunde der von der Demokratischen Volkspartei (DVPA) geführten Regierung schlagen werde.

Repräsentanten der afghanischen Rebellen und der Bush-Administration sagten ihren Zusammenbruch bzw. Sturz im Handumdrehen, binnen Tagen oder weniger Wochen, voraus. Mit der vorzeitigen Evakuierung ihrer Kabuler Botschaften suchten die USA, die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien diesen Eindruck zu nähren. „Das Nadjibullah-Regime“, so der Geschäftsträger der geräumten US-Botschaft, John Glassmann, „ist wie ein Gebäude ohne Träger.“ (1)

25 000 rund um die Hauptstadt postierte Rebellen schienen mittels Raketenbeschuß und Versorgungsblockade zu garantieren, daß ihr Wunscheszenario vom jähnen Fall Kabuls einträte. Der Prognose Abdul Haqs, des bedeutendsten Kommandanten der Mujahedin vor Ort, zufolge, sollten die alleingelassenen afghanischen Verteidiger ursprünglich in 5–15 Tagen, hernach in 2–3 Wochen oder aber 2–3 Monaten abgeräumt werden. (2) Doch es mehrten sich die Zweifel.

Mitte April d.J. wirkte die über eine sowjetische Luftbrücke notdürftig versorgte „Festung“ Kabul trotz der Brennstoff- und Lebensmittelknappheit relativ gelassen, für eine Großoffensive der Belagerer gewappnet. Präsident Nadjibullah hatte am 18. Februar den Ausnahmezustand verhängt, die Leitung des Ministerates und eines Obersten Militärrates selbst übernommen. Neben Ministerpräsident Scharq wurden sieben weitere unabhängige Kabinettsmitglieder durch DVPA-Mitglieder ersetzt; sechs Parteilose verblieben allerdings in der Regierung. Parteibasis und Milizen wurden für die bevorstehenden Verteidigungskämpfe mobilisiert und bewaff-

net, die Kontrollvorkehrungen verstärkt.

Damit demonstrierte die DVPA-Führung ihren Verteidigungswillen und eine unverhoffte Geschlossenheit in einer ernsten Lage. Die von den Mujahedin ausgestreuten Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch oder über Aufstandsaktionen eingeschleuster Rebellen von Innen heraus, führten erst einmal nicht zu der erhofften Panik oder massenhaften Fahnensflucht, sondern, ganz im Gegenteil, zum Zusammenrücken im Überlebenskampf. Die fundamentalistischen Führer in Peschawar trugen unfreiwillig zur Durchhaltebereitschaft bei, indem sie für den Fall ihres Einzugs in Kabul eine Nacht der „30 000 durchgeschnittenen Hälse“ androhten. Angesichts dessen trat auch der notorische Fraktionshader der DVPA in den Hintergrund. „Es gibt keinen anderen Ausweg: Wir werden gemeinsam kämpfen und auch gemeinsam untergehen“, versicherte z.B. Anahita Ratebzad, die mit der Absetzung Babrak Karmals im Jahr 1986 ihren Sitz im DVPA-Politbüro verloren hatte. (3)

Von Selbstaufgabe kann um so weniger die Rede sein, nachdem es den Mujahedin zwei Monate danach noch immer nicht gelungen ist, auch nur eines der allesamt von den Regierungskräften gehaltenen städtischen Zentren

zu erobern. Auffällig war längst zuvor, daß die bewaffnete Opposition nicht vermocht hatte, die schon in der ersten Abzugsphase von den sowjetischen Truppen im Sommer 1988 geräumten Provinzhauptstädte Kandahar, Herat oder Jalalabad einzunehmen. Nun aber sollte zuerst mit Jalalabad, das rund 135 km östlich von Kabul und in der Nähe der Grenze zu Pakistan gelegen ist, die drittgrößte Stadt des Landes von den Rebellen überrannt werden.

Die hier zusammengezogenen 12–20 000 Mujahedin setzten am 5. März d.J. zum Sturm auf die Provinzhauptstadt von Nangarhar an. Doch sie sahen sich von den zahlenmäßig unterlegenen Regierungstruppen und -Milizen in der bislang wohl lustreichsten Schlacht des Afghanistankrieges immer wieder zurückgeworfen. In den ersten zwei Wochen fielen mindestens 1500 Angreifer. Und nach mittlerweile fünfwochigem Belagerungskampf sind die Hoffnungen der Rebellen auf einen raschen Triumph erheblich gesunken. Auch ihre Eröffnung einer zweiten Front im südlichen Kandahar Ende März d.J. brachte keine Wende. (4)

Nach den geläuterten Vorstellungen der Fundamentalisten der Siebener-Allianz von Peschawar soll der Fall von Jalalabad den Weg

Verteilung von UN-Hilfsgütern in Kabul



freiräumen für die Entscheidungsschlacht um Kabul. Damit könnte der Nachschub an Waffen und Verpflegung von Peschawar aus über den Khaiber-Paß an die Belagerer der Hauptstadt relativ ungehindert fließen. Weiter soll auf diese Weise die Moral der Regierungsstreitkräfte soweit angeschlagen werden, daß dies den Kollaps des Revolutionsregimes näherbrächte. Und schließlich benötigt die Peschawar-Allianz dringend die Eroberung einer der großen Städte Afghanistans, damit sie diese zum Sitz bzw. zur Hauptstadt ihrer am 23. Februar d.J. gebildeten provisorischen Gegenregierung erklären kann.

Nach wochenlangem Tauziehen hatte sich im pakistanschen Rawalpindi, nahe Peschawar, die Ratsversammlung (Schura) zwar auf dieses Provisorium verständigt. Sie hatte den gemäßigten Traditionalisten Sibghatulla Modjadidi zum Präsidenten, den Fundamentalisten Abdul-Rasul Sayyaf zum Premierminister bestimmt. Doch konnte sie sich nicht einigen, wer von beiden in der „Schattenregierung“ das Sagen haben soll. Uneins blieben die beiden Flügel weiter darüber, welche Strategie zur Machtergreifung in Kabul gefahren und welche Art von Regierungspolitik dann kommen soll.

Die provisorische Gegenregierung krankt ferner daran, daß ihr die acht Gruppierungen der vom Iran unterstützten schiitischen Meschad-Allianz nicht angehören. (5) Noch schwerer wiegt die Tatsache, daß die Mujahedin-Kommandanten und ihr Anhang weiter in der Schura noch in der Schattenregierung vertreten sind. Die einflußreichsten Kommandanten haben ihr bislang die Zustimmung versagt, sich also nicht politisch an sie gebunden. Und dies obgleich sie nach wie vor auf die Zuteilung von Waffen und Geld durch die Peschawar-Sieben zurückgreifen. Da die Kommandanten indessen die eigentliche Gegenmacht zur Regierung Nadjibullah im Landesinnern bilden, vermag sich die Exilregierung ohne sie kaum in Szene zu setzen. Die Schlacht um Jalalabad förderte noch einige andere Schwächen der Rebellen zutage. Die Mujahedin sind zwar geübt in punktuellen Überfällen und Sabotageakten, äußerst effektiv beim Blockieren von Versorgungskonvois in die Städte. Aber sie erwiesen sich als schlecht präpariert für Großoffensiven auf befestigte Zentren. Im Ringen um Jalalabad hörte es an der Koordination wie an abgestimmten Entlastungsangriffen andernorts.

Ferner gab es aufs Neue Berichte über Racheakte der Rebellen wie Todesfoltern und gruppenweise Hinrichtungen an gefangengenommenen, ja auch übergelaufenen Soldaten. Auf diese Weise untergraben sie selbst ihre Chance, die Belagerten durch ein massenhaftes Überlaufen bzw. Auflösungsscheinen bei den Regierungstruppen empfindlich zu schwächen, was ihre Eroberungsaussichten schmälert. Schon im November 1988 hatte ein Massenmord an 120 Armeeabtrünnigen in Turcham durch die fundamentalistische Khalis-Gruppe für Furore gesorgt.

Verspielt wird auf diese Weise von den Mujahedin außerdem eine aktive Unterstützung durch Teile der städtischen Bevölkerung, wel-

che zwar der Regierung Nadjibullah kritisch begegnen, die Belagerer aber als bedrohlicher, unberechenbarer ansehen müssen. Besonders abschreckend wirkte der Vandalismus der Rebellen, den sie bei ihrer kurzweiligen Eroberung der nördlichen Provinzhauptstadt Kunduz im Sommer 1988 vorgeführt hatten. (6)

Unpopulär ist überdies das Mittel der Hungerblockaden gegen die Zentren, zumal es von den Regierungskräften mit Luftbrücken und Lebensmittelkonvois immer wieder durchbrochen werden kann. Inzwischen tobt in den Reihen der Mujahedin der Streit darüber, ob die langwierige wirtschaftliche Strangulierung der Großstädte oder abkürzende Sturmangriffe vorzuziehen seien. Die beiden Flügel der Peschawar-Allianz lehnen weiterhin die Angebote der Regierung Nadjibullah zum Waffenstillstand und zu Verhandlungen über eine politische Lösung strikt ab, ohne selbst eine tragfähige politische Alternative oder ein gemeinsames Bündniskonzept anbieten zu können.

Während die Traditionalisten um Modjadidi geneigt scheinen, sich auf ein Arrangement mit den Meschad-Acht und monarchistischen Kräften einzulassen, setzen die Fundamentalisten um Hekmatiar offenbar auf eine militärische Endlösung, die auf ihre Alleinherrschaft in einem theokratischen sunnitisch-islamischen Staat hinausliefe. Gerade weil ihre politische Verankerung im Inneren Afghanistans wie unter den 5,5 Mio Flüchtlingen gegenüber den Traditionalisten dürfte (7) ist, neigen sie am meisten zur kriegerischen Machtergreifung. Dabei können sie als größtes Plus ihre stetige Bevorzugung durch die Militärsippe und den Geheimdienst Pakistans (ISI) sowie den CIA bei der Waffenzuteilung.

DIE FUNDAMENTALISTEN DER PESCHAWAR-ALLIANZ, DIE PAKISTANISCHE ARMEESPITZE UND DIE REGIERUNG BUSH SETZEN VOLL AUF EINE MILITÄRISCHE LÖSUNG

barten islamischen Gebiete um Buchara und Taschkent vom Joch der Ungläubigen zu befreien.

Auf Betreiben von ISI-Offizieren hin drückten im Februar d.J. die Fundamentalisten der Schura und der Gegenregierung ihren Stempel auf, bestimmten sie die Eroberung des nahegelegenen Jalalabad zu ihrem ersten Etappenziel. ISI und Fundamentalisten setzten auch am 22. März d.J. durch, daß die fundamentalistisch dominierten Belagerer sich dort endlich zur Bildung eines vereinigten Militärkommandos durchzogen.

Mitte März bezeichnete der sowjetische Vizeaußenminister Juri Woronzow die pakistansche Seite, sie habe reguläre Truppenteile und Milizionäre auf afghanisches Gebiet entsandt. Diese griffen, ergänzend zur technischen und Waffenhilfe Pakistans für die Rebellen, in Belagerungskämpfe ein. In Kabul führte die Regierung zwei gefangengenommene Pakistaner vor, die gestanden, als Unteroffizier bzw. Milizionär im Raum Kandahar mitgewirkt zu haben. (8)

Inwieweit dies alles hinter dem Rücken der neuen Ministerpräsidentin Benazir Bhutto geschieht, sei dahingestellt. Fest steht, daß pakistaniische Militärs und ISI, welcher den Waffenzufluß an die Mujahedin kontrolliert, damit die Gefahr eines afghanisch-pakistanischen Krieges heraufbeschwören. Präsident Nadjibullah sah hinter diesem Interventionismus überdies die Absicht einflußreicher pakistanischer Kreise, sein Land zur „fünften Provinz“ Pakistans umzufunktionieren.

Jedenfalls wäre es an der Zeit, daß die Regierung Bhutto derartigen Verwicklungen ins afghanische Kriegsgeschehen endlich einen Riegel vorzuschieben beginnt. Gemäß dem Genfer Abkommen vom April 1988 (9) hätte sie sowohl jede Einmischung zugunsten der afghanischen Rebellen zu unterbinden, als auch für die Beseitigung von deren ca. 180 militärischen Objekten (Basen, Ausbildungszentren, Waffendepots usw.) auf pakistanschem Boden zu sorgen. Dies wäre umso mehr angebracht, als die Sowjetunion eine ähnliche Zahl von Militärobjekten auf afghanischem Terrain vertragsgerecht restlos geräumt hat.

Ebenso im Widerspruch zum Genfer Vertragswerk haben die USA im vergangenen Jahr ihre weiter über Pakistan laufende Militärl Hilfe für die Rebellen nicht gedrosselt, sondern drastisch aufgestockt, von im Jahr 1987 offiziell 700 Mio \$ auf 1–1,5 Mrd \$ im Jahr 1988. Washington hat auch nach dem sowjetischen Abzug die seit Vietnam größte CIA-Operation gegen Afghanistan nicht eingestellt, wie es der Nichteinmischungsklausel von Genf entspricht. Zum neuen Hauptziel anstelle der Austreibung der Sowjets wurde der Sturz des Revolutionsregimes in Kabul, und nicht etwa eine politische Verhandlungslösung erklärt. (10)

Demgemäß hat die Bush-Administration bislang keinerlei Verhandlungsinitiative der Gegenseite unterstützt. Von ihr hintertrieben wurde der pakistano-sowjetische Vorschlag vom Februar d.J., im Rahmen einer Nationalversammlung (Loya Jirga) alle afghani-

Bonn muß eine politische Lösung in Afghanistan unterstützen

Nach dem vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan riefen bei einer Aktuellen Stunde des Bundestages die RednerInnen aller Parteien die Weltmächte UdSSR und USA sowie die AfghanInnen selbst dazu auf, einen langwierigen Bürgerkrieg zu vermeiden. Die Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP) wollte den gegenwärtigen Beitrag der Bundesregierung auf die Mitarbeit im Flüchtlingshilfeprogramm der UNO beschränkt wissen. Eine Gruppe linksabhängiger und sozialdemokratischer Persönlichkeiten wandte sich daraufhin an Außenminister Hans Dietrich Genscher. In ihrem Brief faßten sie die Rolle der Konfliktbeteiligten differenzierter und die Forderungen an Bonn wesentlich weiter.

Sehr geehrter Herr Dr. Genscher,
der Afghanistan-Konflikt nimmt nach dem Abzug der sowjetischen Truppen eine Entwicklung, die uns, die wir uns seit längerem mit dem Konflikt beschäftigen, mit Sorge erfüllt.

Die Sowjetunion hat die in dem Genfer Vertrag übernommenen Verpflichtungen mit dem Abzug ihrer gesamten Truppen erfüllt, die afghanische Regierung hat wiederholt ihre Bereitschaft zu einer politischen Lösung der Auseinandersetzungen bekundet und Waffenstillstand angeboten. Die Mujaheddin haben demgegenüber alle Erwägungen einer politischen Lösung von sich gewiesen und auch für die Zukunft einen gnadenlosen militärischen Kampf angekündigt.

Leider sind auch aus den westlichen Hauptstädten offizielle Stimmen zu hören, die die Bemühungen der UNO, die Kabuler Bevölkerung mit den notwendigsten medizinischen und Nahrungsmitteln zu versorgen, als Unterstützung der Regierung ablehnen. Der amerikanische Präsident Bush hat im Gegenzug wiederholt eine weitere Versorgung der Mujaheddin mit Waffen angekündigt. Der Vorschlag der Sowjetunion, die Waffenlieferungen gleichzeitig an beide Seiten einzustellen, ist bisher leider abgelehnt worden. Die Fortführung eines grausamen und blutigen Bürgerkrieges in diesem

Prof. Dr. Dieter Boris, Marburg; Helgrid Fischer-Menzel, SPD-Kreisvorsitzende, Hamburg; Prof. Dr. Günter Giesenfeld, Marburg; Prof. Dr. Leonhard Häfen, Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg; Gunter Hilliges, Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit, Bremen; Prof. Dr. Manfred O. Hinz, Bremen; Anke Kuhboer, SPD-Kreisvorsitzende, Hamburg; Traute Müller, SPD-Landesvorsitzende, Hamburg; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Christa Randzio-Plath, Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg; Prof. Dr. Helmut Rittstieg, Hamburg; Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen; Prof. Dr. Roderich Wöhnsner, Bremen; Prof. Dr. Erich Wulf, Hannover; Walter Zuckerer, SPD-Kreisvorsitzender, Hamburg

schen Konfliktparteien zu einem Dialog der nationalen Versöhnung zusammenzubringen. Von Washington abgeblckt wurden wiederholte sowjetisch-afghanische Ersuchen im März d.J., der UN-Sicherheitsrat möge alle afghanischen Kräfte unter seiner Schirmherrschaft an den Verhandlungstisch holen. Die USA reagierten ferner nicht auf den sowjetischen Vorschlag, beiderseits alle Waffenlieferungen zu stoppen.

Die US-Regierung ist zwar in den letzten Monaten dazu übergegangen, einen Teil ihrer Waffenhilfe direkt an die Kommandanten im Innern Afghanistans zu liefern, hält aber zugleich an der vorrangigen Unterstützung der Peschawar Sieben fest. Beides zielt darauf ab, eine militärische Lösung zu erzwingen. Für ihre Durchsetzbarkeit mit Hilfe der afghanischen Fundamentalisten, des pakistanischen Militärs und des ISI ist die Schlacht um Jalalabad der erste Härtetest. Von ihrem Ausgang dürfte es maßgeblich abhängen, ob die Ga-

schon so furchtbar zerstörten Land ist damit vorprogrammiert.

Wir möchten in dieser Situation an Art. 2 Z. 3 der UNO-Charta erinnern, in dem sich alle Mitglieder verpflichtet haben, „ihre internationalen Streitfälle mit friedlichen Mitteln auf solche Weise zu regeln, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.“

Wir bitten sie in diesem Zusammenhang, alles in ihrer Möglichkeit Stehende zu unternehmen, um auf die an dem Konflikt in irgendeiner Weise beteiligten Regierungen einzuwirken, insbesondere auf die Regierungen Pakistans und der USA, die Waffenlieferungen einzustellen und eine politische Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Ferner bitten wir Sie darum, die Bemühungen der UNO sowohl in ihrer humanitären Hilfe wie in ihren Versuchen, die Kriegsparteien voneinander zu trennen und eine politische Lösung herbeizuführen, mit allen Mitteln zu unterstützen.

In der Hoffnung, daß mit Ihrem Einfluß ein weiteres Blutvergießen in Afghanistan verhindert werden kann, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen im Namen der Unterzeichnenden

Prof. Dr. Norman Paech

Prof. Dr. Dieter Boris, Marburg; Helgrid Fischer-Menzel, SPD-Kreisvorsitzende, Hamburg; Prof. Dr. Günter Giesenfeld, Marburg; Prof. Dr. Leonhard Häfen, Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg; Gunter Hilliges, Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit, Bremen; Prof. Dr. Manfred O. Hinz, Bremen; Anke Kuhboer, SPD-Kreisvorsitzende, Hamburg; Traute Müller, SPD-Landesvorsitzende, Hamburg; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Christa Randzio-Plath, Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg; Prof. Dr. Helmut Rittstieg, Hamburg; Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen; Prof. Dr. Roderich Wöhnsner, Bremen; Prof. Dr. Erich Wulf, Hannover; Walter Zuckerer, SPD-Kreisvorsitzender, Hamburg

rantiemacht USA und ihre Günstlinge zur Einwilligung in einen Dialog bewegen können.

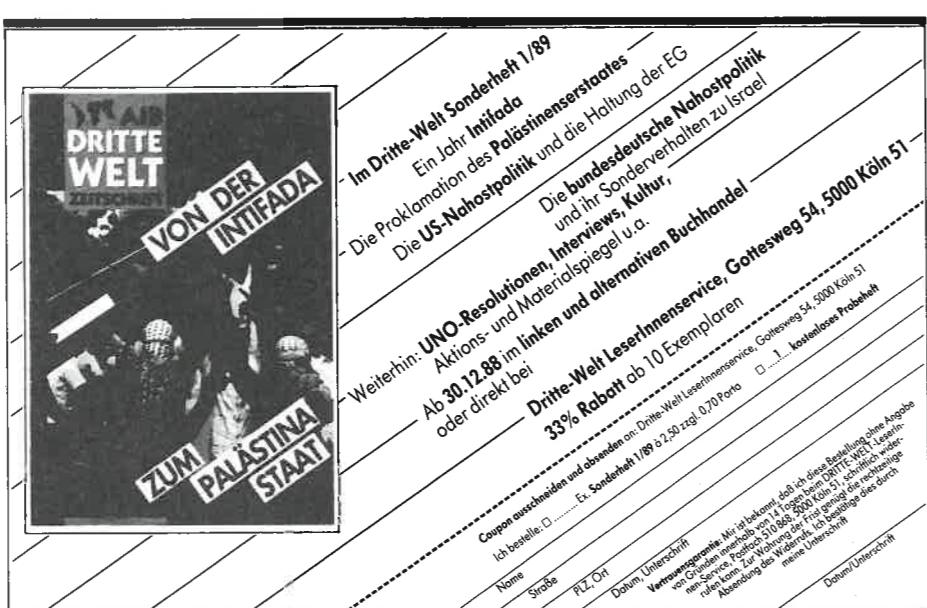
Nach Expertenauffassung ist die Behaup-

tung der Rebellenführer, sie beherrschten 80-90 % des Territoriums stark übertrieben. Die Mudjahedin kontrollieren rund 1/3, die Regierung etwa 1/4 des Landes, während für den Rest eine Selbstregierung neutraler Kräfte oder eine Art Doppelherrschaft zutrifft. Militärisch besteht seit dem Abrücken der sowjetischen Truppen in etwa ein Kräftegleichgewicht. Politisch sammelt die Regierung Nadjibullah beim kriegsmüden afghanischen Volk Pluspunkte, weil sie allein eine nationale Versöhnung, eine politische Kompromißlösung auf der Grundlage einer breitestmöglichen Koalitionsregierung verfügt. Ende März bot Nadjibullah den Rebellen einmal mehr einen Waffenstillstand, Gespräche „über alle Fragen“ und eine Machtteilung an. Außenminister Wakil brachte obendrein die Idee freier Wahlen unter internationaler Beobachtung ins Spiel. (12)

Falls die Mudjahedin in Jalalabad siegen sollten, stünde es erst einmal schlecht um die Moral der Verteidiger Kabuls. Falls Jalalabad sich hält, dürfte die Position der Regierung zumindest für einige Monate gesichert sein. Dies würde ihr eine Atempause bescheren und der Sowjetunion größere Aussichten auf einen diplomatischen Durchbruch eröffnen. Das Durchhaltevermögen der Belagerten ist insofern ausschlaggebend dafür, ob letztlich die Tür zu einem politischen Kompromiß aufgestoßen werden kann oder ob das Land noch tiefer im Bürgerkrieg versinkt.

Anmerkungen

- 1) Newsweek, New York, 13.2.1989
- 2) Vgl. ebenda, 6. und 20.2.1989
- 3) Süddeutsche Zeitung, München, 11./12.2.1989
- 4) Daten nach: Far Eastern Economic Review, Hongkong, 23.3.1989; International Herald Tribune, Paris, 17., 23., 27. und 29.3.1989; Der Spiegel, Hamburg, 20.3.1989; Tageszeitung, West-Berlin, 21.3.1989
- 5) Zu den Allianzen von Peschawar und Mesched und ihre Widersprüchlichkeiten siehe ausführlich: DRITTE WELT, Nr. 3/1989, S. 19-24, hier S. 22ff.
- 6) Siehe Berichte von A. Taheri und J. Hippler in: Frankfurter Rundschau (FR), 29.3.1989 und WochenZeitung, Basel, 27.1.1989
- 7) Vgl. DRITTE WELT, Nr. 3/1989, S. 23
- 8) Nach: Le Monde, Paris, 21. und 29.3.1989; Le Monde Diplomatique, Paris, Februar 1989; Neue Zeit (NZ), Moskau, Nr. 11 und 13/1989; Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 15.2.1989
- 9) Wortlaut in: DRITTE WELT, Nr. 6/1988, S. 6-9
- 10) Daten nach J. Hippler in: Konkret, Hamburg, Nr. 4/1989, S. 28ff.
- 11) Ebenda und NZ, Nr. 11/1989
- 12) FR, 25. und 23.3.1989



Verantwortlicher für den Mord an Erzbischof Romero im Jahr 1980, trat in die zweite Reihe zurück. Mit einer betont populistischen Wahlkampagne, für die über 5 Mio \$ zur Verfügung standen und die sich vor allem gegen Mißwirtschaft und Korruption richtete, konnte die ARENA vom Niedergang der Christdemokratie profitieren.

Dieser bedeutet allerdings nicht, daß die extreme Rechte an Einfluß gewonnen hätte. Selbst zusammen mit den Stimmen der anderen rechtsextremen Parteien hat Cristiani 100 000 Stimmen weniger als d'Aubuisson bei der Stichwahl im Jahr 1984 erhalten.

Wegen des Einflußverlustes der Christdemokraten kontrolliert die ARENA jetzt alle

drei Staatsgewalten. Zudem unterhält sie beste Beziehungen zur Armeespitze, so daß sie bei der Umsetzung ihres Programms auf weniger Hemmnisse stoßen dürfte als die Christdemokratie. Wirtschaftspolitisch beabsichtigt die ARENA vor allem die Maßnahmen rückgängig zu machen, mit denen erfolglos versucht worden war, der Guerilla das Wasser abzugrabben. Die verstaatlichten Banken und der Außenhandel sollen reprivatisiert und die Bauerngenossenschaften aufgelöst werden, um, so Cristiani, „den Bauern ein wirkliches Eigentumsrecht zu geben“.⁽⁶⁾

Bezüglich des Krieges betonte Cristiani immer wieder, daß seine Partei nicht beabsichtige, ein Blutbad anzurichten, wohlwissend,

dass dann die militärische Unterstützung durch die USA in Frage gestellt werden könnte. Tony Coelho, Abgeordneter der Demokraten im Repräsentantenhaus erklärte, die neue Regierung „würde ernste Probleme haben, wirtschaftliche oder militärische Hilfe zu bekommen“, sollten die Menschenrechtsverletzungen zunehmen.⁽⁷⁾ Gegen Forderungen im Kongress, die Hilfe für El Salvador einzustellen, wandte der Sprecher des Weißen Hauses Marlin Fitzwater ein, den „linken Guerilleros in El Salvador“ werde es nicht gelingen, in den USA den politischen Sieg zu erringen, den sie bei dem salvadorianischen Volk verfehlt hätten.⁽⁸⁾

Auch die Bundesregierung denkt nicht daran, ihre Hilfe für El Salvador einzustellen, wie es die GRÜNEN und Teile der SPD verlangt haben. Wie die Bush-Administration verweist sie scheinheilig darauf hin, die Hilfe werde solange fortgesetzt, wie die Menschenrechte geachtet würden – als ob das bisher der Fall gewesen wäre.

Cristiani, der am 1. Juni d.J. sein Amt antreten wird, hat erklärt, daß eine Lösung des Konflikts eher auf politischer als auf militärischer Ebene liege. Er hat der FMLN Gespräche angeboten, aber erklärt, daß „weder der demokratische Prozeß noch die Verfassung handelbar“ seien.⁽⁹⁾

Zu den Chancen, mit der neuen Regierung eine Verhandlungslösung zu erzielen, erklärte der Rektor der Mittelamerikanischen Universität (UCA), Pater Ignacio Ellacuria: „Die ARENA ist eine Partei von Geschäftsleuten. Sie werden deshalb schnell verhandeln wollen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, während Präsident Duarte die Dinge nur politisch betrachtete. Mehr noch, wenn die ARENA mit der Guerilla verhandelt, können wieder die Armee, noch die reaktionäre Presse sie anklagen, den Kommunisten in die Hände zu spielen.“⁽¹⁰⁾

Diese Einschätzung wird auch von der FMLN geteilt, die Cristiani am 7. April d.J. einen neuen Verhandlungsvorschlag über die Abhaltung von Wahlen für eine verfassungsggebende Versammlung unterbreitet hat. Joaquín Villalobos, einer der fünf Kommandanten der FMLN, erklärte, es sei einfacher, „sich mit jenen zu verständigen, die über die ökonomische Macht verfügen.“⁽¹¹⁾ Dabei macht sich die FMLN jedoch keine Illusionen, zumal einflußreiche Kräfte in der ARENA und der Armee noch einen militärischen Sieg für möglich halten. Sie bereitet sich deshalb darauf vor, den Guerillakrieg zu verstärken, um die Oligarchie an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Die FMLN besteht darauf, den Frieden auszuhandeln, aber solange es noch keine vertrauensbildenden Erfolge dabei gibt, wird sie ihre Waffen mit Effizienz dafür einsetzen, diesen hoffnungslosen, mörderischen Kriegstreibern eine Niederlage zu bereiten.

Die Generalkommandantur der FMLN richtet sich an das Volk von El Salvador: Wir müssen noch mehr, noch entschlossener kämpfen, um die Sehnsucht nach Frieden, Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Unabhängigkeit zu verwirklichen. Für dieses Ziel greifen wir zu den revolutionären Waffen; unsere Reihen stehen offen, jeden aufzunehmen, der die Notwendigkeit und Gerechtigkeit, auf diese Art und Weise zu kämpfen, versteht.

(QUELLE: Especial de Radio Venceremos sobre las elecciones, o.O., 26.3.1989, S. 2 f.)

ERKLÄRUNG DES GENERALKOMMANDOS DER FMLN

Die Mehrheit befürwortet eine politische Lösung

In einer Erklärung vom 21. März d.J. hat die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) Stellung zum Ausgang der Wahlen genommen. Wir dokumentieren eine Zusammenfassung des FMLN-Senders „Radio Venceremos“.

Die Etappe der Kämpfe, die zu der enormen Wahlenthaltung vom 19. März geführt haben, ist ein klarer Triumph des Volkes und eine kämpferische Ablehnung der Wahlen, die dem Krieg dienten. Diese wurden durchgeführt, nachdem der Friedensvorschlag der FMLN blockiert wurde und nach dem Scheitern der Strategie der Reagan-Administration, die auf einer angeblich zentralistischen und demokratischen christdemokratischen Regierung beruhte.

Wir, die Nein sagen zum Aufstandsbekämpfungskrieg und Ja zu einer gerechten, politisch ausgedehnten Lösung des nationalen Konflikts, zur wahren Demokratie, Nein zur traditionellen Abstimmungslüge, die nur dazu dient, die nordamerikanische Militärlösung zu rechtfertigen und den Krieg und die Verleumdung zu verlängern, sind die Mehrheit der Salvadorianer.

Der Herr Alfredo Cristiani wurde in der Wahl mit der höchsten Enthaltung während der Kriegsjahre für gewählt erklärt. Mehr als 60 % der Bürger haben nicht oder ungültig abgestimmt. Ein großer Teil dieser Minderheit von Bürgern ging, getäuscht von der millionenschweren Propaganda der ARENA, die Beschäftigung, Wohnung, Schulen, Gesundheitsversorgung, Bildung, wirtschaftliche Wiederbelebung und Prosperität usw. für das Land versprach, zu den Wahlurnen.

Aus all diesen Gründen kann die Wahl Cristianis weder moralisch noch politisch als rechtmäßig betrachtet werden:

Die ARENA übernimmt die Regierung während in den Streitkräften die Einheit gebrochen ist und die Anführer das Sagen haben, die „nicht akzeptieren, daß Politiker ihnen weiter reinreden“.

Die ARENA ist keine einheitliche Partei, in ihren Reihen befinden sich besessene Reaktionäre. ARENA ist die Partei der Großgrundbesitzer und der Unternehmer. Unter den Reichen überwiegen die Feinde der Agrarreform. Sie zeichnen verantwortlich für die Armut, den Hunger und den Analphabetismus, die auf dem Lande vorherrschen. Sie, die Verfechter des „totalen Krieges“, den sie millionen-

nahm finanzierten, steuern die Partei mit der Idee, die alte eiserne Allianz zwischen Oligarchie und blutiger Militärdiktatur wiedereinzusetzen. Deren seit 1980 bestehende christdemokratische Maskerade wurde ihr in diesem neun Jahre währenden revolutionären Krieg des Volkes heruntergerissen. Die Ankunft der ARENA in der Regierung bedeutet das abermalige Zusammentreffen von Oligarchie und Militärdiktatur. Das salvadorianische Volk und die internationale Gemeinschaft müssen davon Kenntnis nehmen.

Cristiani und Merino haben ihre Bereitschaft,

mit der FMLN zu verhandeln, zum Ausdruck gebracht, obwohl sie hochmütig und stolz angaben, nur einen Dialog führen aber nicht verhandeln zu wollen. Wir werden in Bälde der Regierung Duartes als auch den Herren Cristiani und Merino einen neuen Vorschlag unterbreiten, der dies auf die Probe stellen wird.

Die FMLN gibt sich keinen Illusionen hin: Sie wird den Kriegstreibern mit der allergrößten Schlagkraft entgegentreten; wir werden zeigen, daß ihre Drohungen zum Scheitern verurteilt sind. Wir halten jedoch gleichzeitig an unserem im Januar unterbreiteten Angebot für einen Frieden auf dem Verhandlungsweg fest.

Die FMLN besteht darauf, den Frieden auszuhandeln, aber solange es noch keine vertrauensbildenden Erfolge dabei gibt, wird sie ihre Waffen mit Effizienz dafür einsetzen, diesen hoffnungslosen, mörderischen Kriegstreibern eine Niederlage zu bereiten.

Die Generalkommandantur der FMLN richtet sich an das Volk von El Salvador: Wir müssen noch mehr, noch entschlossener kämpfen, um die Sehnsucht nach Frieden, Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Unabhängigkeit zu verwirklichen. Für dieses Ziel greifen wir zu den revolutionären Waffen; unsere Reihen stehen offen, jeden aufzunehmen, der die Notwendigkeit und Gerechtigkeit, auf diese Art und Weise zu kämpfen, versteht.

(QUELLE: Especial de Radio Venceremos sobre las elecciones, o.O., 26.3.1989, S. 2 f.)

1) Vgl. Informationsdienst El Salvador, West-Berlin, 31.3.1989
2) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.3.1989
3) Die Tageszeitung, West-Berlin, 22.3.1989
4) Le Monde (LM), Paris, 23.3.1989
5) LM, 19.-20.3.1989
6) Especial de Radio Venceremos sobre las elecciones, o.O., 26.3.1989
7) International Herald Tribune, Paris, 22.3.1989
8) Zeitung vom Letzburger Volksblatt, Luxemburg, 24.3.1989
9) LM, 23.3.1989
10) Ebenda
11) LM, 19.-20.3.1989

Chile

UTA GEORGE/MARK ARENHÖVEL

Im Dezember wird „gewählt“

Pinochetismus ohne Pinochet?

Nach der Niederlage Pinochets beim Referendum im Oktober 1988 richtet sich die ganze Aufmerksamkeit sowohl der Opposition als auch der Anhänger der Diktatur auf die im Dezember d.J. anstehenden „Wahlen“ für das Parlament und das Präsidentenamt. Angesichts der Befugnisse, die die Verfassung Pinochet und der Armee einräumt, scheint es fraglich, ob danach eine Demokratisierung durchzusetzen sein wird.

Bereits zwei Monate nach dem Plebisitz war in Chile nichts mehr von der einstigen Euphorie zu spüren. Verblichene Wandsprühereien „No a Pinochet“, abgerissene Plakate und vereinzelte Aufkleber wirkten wie die letzten Spuren der Mobilisierung anlässlich des Plebisitz vom 5.10.1988.

In dieser fröhlichen Stimmung war die chilenische Politik von Neugkeiten aus dem Lager der oppositionellen Parteien geprägt. Das Kandidatengerangel hatte bereits begonnen, und es entstand der Eindruck, daß die Überlegungen in den „Cheftagen“ der Parteien mit der „Basis“ wenig zu tun haben. Die Aufbruchsstimmung, die während und nach dem Plebisitz geherrscht hatte, war verflogen. Zuviel Hoffnung war letztlich doch in die Si/No-Abstimmung gesetzt worden, als daß die Tatsache, daß alles beim Alten blieb, nicht viel Kraft zum Widerstand genommen hatte.

Die Parteien stellten sich schnell auf einen Wahlkampf in dem System ein, dessen Legitimität sie 15 Jahre lang bestritten hatten. Es ist eine innere Logik, daß der durch die Teilnahme am Plebisitz eingeschlagene Weg im Rahmen der bestehenden Institutionen und Verfassung im Wahlkampf und den Wahlen fortgeführt wird. Diejenigen, die nicht im Taumel des Wahlfebers waren, verspürten eine Stimmung, die von Resignation geprägt war.

Der angehende Wahlkampf verhindert jegliche soziale Mobilisierung. Und natürlich besteht bei vielen Menschen die Hoffnung fort, durch die Wahlen könnte sich endlich etwas Grundsätzliches ändern. Warum die Gefahr eingehen, auf einer Demonstration zusammenzuschlagen zu werden, wenn doch durch ein Kreuzchen das langersehnte Ziel erreicht werden könnte? Daß die Oppositionsparteien dennoch weiterhin vom Optimismus an der Basis sprechen und den Mythos des kämpfenden chilenischen Volkes aufrechterhalten, ist ein Zeichen der Entfremdung zwischen „Volk“ und Parteidunkelheiten. Es bleibt die Frage, ob die sozialen Bewegungen ausreichend Kraft und Willen haben, einen anderen – nicht institutionellen, nicht konstitutionellen – Weg einzuschlagen.

Pinochet und die Junta erholen sich von

der unerwarteten Schlappe beim Plebisitz recht schnell. Ein Rücktritt des Diktators stand nie ernsthaft zur Diskussion, vielmehr mußte der „Generalkapitän“ durch internationalen Druck und den Rat seiner engsten Vertrauten, wie von Luftwaffenchef Mathei, von einem neuerlichen Putsch abgebracht werden. Die Antwort des Regimes auf die Niederlage bestand in einer neuen Repressionswelle, weiteren Privatisierungen im öffentlichen Sektor und in der Verschärfung einzel-



Der Einfluß Pinochets und der Armee wird auch nach den Dezemberwahlen entscheidend bleiben

Sieg der Opposition sei „nur durch Betrug“ möglich gewesen, verriet er seinen staunenden ZuhörerInnen. Zu gern hätte er auch einen Kandidaten für die Wahlen am 14. Dezember d.J. präsentiert, doch bis heute konnte sich die Rechte noch nicht darauf einigen.

Nach der Verfassung von 1980 darf Pinochet selbst nicht kandidieren, obwohl er in letzter Zeit immer häufiger von rechtsextremen Seiten aufgerufen wird, sich um die Präsidentschaft zu bewerben, und sei es mit Hilfe einer Verfassungsänderung. Schon seit Monaten führen Pablo Rodríguez, früher Chef des rechtsextremen Mordkommandos „Patria y Libertad“, und Sergio Diez, Ex-Botschafter bei der UNO, Wahlkampf, während gewichtige Kreise der Diktatur Stimmung für Finanzminister Hernán Büchi – für die einen „el hombre“ (der Mann), für die anderen „el ministro del hambre“ (der Minister des Hungers) machen. Noch herrscht Uneinigkeit unter den Parteien des Regimes. Während die Unabhängige Demokratische Union (UDI) Diez und Büchi favorisiert, sähe die rechtsextreme Nationale Vorhut gerne Rodríguez als Kandidaten und die Nationale Erneuerung den ehemaligen Innenminister Sergio Onofre Jarpa. Mit dem Rücktritt Büchis von seinem Amt als Finanzminister Anfang April d.J. zeichnet sich jedoch ab, daß er mit Unterstützung Pinochets in das Rennen gehen wird und sich damit wahrscheinlich auch die anderen Anhänger des Regimes hinter ihn stellen werden.

Von völlig unerwarteter Seite betrat noch ein anderer möglicher Kandidat die Szenerie, Francisco Javier Errázuriz. Dieser ist Hauptaktionär und Chef eines Konzerns, weiterhin an der Bergbau- und Fischereiindustrie beteiligt. Als Anhänger der „sozialen Marktwirtschaft“ befindet er sich im Gegensatz zu Büchi, der für die neoliberalen Wirtschafts- und Währungspolitik verantwortlich ist. Errázuriz gibt sich gern populistisch und versammelt sich mit seinen Arbeitern und deren Familien, um zu verdeutlichen, wo er angeblich Prioritäten setzen will: bei den Armen, in der Gesundheitsfürsorge, im Erziehungswesen. Als Parteiloser gibt er Unabhängigkeit vor und besitzt mehr als nur Außenseiterchancen.

Die Repression dauert an



In Chile wird gefoltert*

Anfang März d.J. hat die UN-Menschenrechtskommission das chilenische Regime zum wiederholten Mal wegen andauernder Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Trotz der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Niederlage Pinochets beim Plebisit vom Oktober 1988 hat sich wenig an der bisherigen Praxis des Regimes geändert.

DemonstrantInnen bildeten einen Schutzbügel um das Gebäude, die Polizei ging mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken gegen sie vor und nahm 10 Personen vorübergehend fest. Am 6. Februar d.J. protestierten zahlreiche ChilenInnen gegen die Ankündigung der Behörden, medizinische Akten aus dem Gebäude des Solidaritätsviktariats, der kirchlichen Menschenrechtsorganisation, zu beschlagnahmen.

Das Vikariat unterstützt Opfer der Repression und gibt Leuten, die durch Polizei oder Geheimschwadronen verletzt wurden, medizinische Hilfe. Vorwand für das Vorgehen der Staatsanwaltschaft ist der Fall eines FPMR-Kämpfers, der 1986 an einem Überfall beteiligt gewesen und danach im Vikariat medizinisch behandelt worden sein soll. In diesem Zusammenhang waren bereits zwei Mitarbeiter des Vikariats, ein Arzt und ein Rechtsanwalt, inhaftiert worden. Sie wurden als Gewissensgefangene von amnesty international (ai) betreut und sind jetzt auf Kautionsfrei.

Sergio Valech, der der Menschenrechtsorganisation vorsteht, kündigte Widerstand gegen die Beschlagnahmung an. Sie konnte bis jetzt verhindert werden, obwohl das Oberste Gericht ihr zugestimmt hatte. Das Vikariat beruft sich dabei auf den Schutz des Arztheimisses und wertet das Vorgehen der Behörden als weiteren Versuch, die Arbeit der Organisation unmöglich zu machen und Anklagepunkte zu finden, die eine Verfolgung gerechtfertigt erscheinen lassen, wie z.B. Verbindungen zur Guerilla.

Die staatliche Repression konzentriert sich auch weiterhin auf die Linke. Im Januar d.J. waren vier führende Mitglieder der Kommunistischen Partei, darunter die frühere Arbeitsministerin unter Allende, Mireya Baltra, und der ehemalige Finanzminister Americo Zorilla für drei Wochen inhaftiert worden. Dies geschah, nachdem sie die Positionspapiere

Juliane Kippenberg

re zum Kongress ihrer Partei vorgestellt hatten, in denen weiterhin die Politik der Volksrebellion befürwortet wird. Sie sind derzeit auf Bewährung frei.

Bereits im September 1988 war die Einheitsgewerkschaft CUT ihrer Spitze beraubt worden. Der christdemokratische Präsident Manuel Bustos und sein Stellvertreter, der Sozialist Arturo Martinez, wurden für anderthalb Jahre in die Verbannung geschickt.

Große Gefahr geht seit einiger Zeit von Geheimschwadronen wie der Antikommunistischen Chilenischen Aktion (ACHA; ein Wortspiel mit der spanischen Bezeichnung für Axt – hacha) aus, die durch Morddrohungen, Hausüberfälle, Entführungen, Folter und Mord eine Atmosphäre der Angst verbreiten. Mehrere hundert Fälle wurden inzwischen vor Gericht gebracht, aber nie wirklich behandelt.

Nach Informationen von ai wurden die Ermittlungen meist ohne Ergebnis abgeschlossen. Richter, die versuchten, Hinweise auf die Beteiligung von Militärs an den Verbrechen nachzugehen, stießen auf Hindernisse: Sie konnten die Täter fast nie identifizieren und auffinden.

So wurde der Sekretär der Vereinigung Unabhängiger Arbeiter in La Pintana (Santiago), am 11. Februar d.J. von drei Geheimpolizisten in einem LKW gezwungen und dann über die Gewerkschaft verhört und grausam gefoltert. Nach einer halben Stunde wurde er freigelassen. Er und eine Mitarbeiterin der Gewerkschaft hatten einige Tage zuvor Drohungen erhalten, daß sie ihre politische Arbeit beenden sollten.

Mehrere mysteriöse Todesfälle von GuerillakämpferInnen lassen ebenfalls eine Täterschaft des Repressionsapparats vermuten. Am 31.10.1988 wurden die Führungsmitglieder der FPMR, Cecilia Magni Camino und Raul Pellegrin Friedman, ertrunken am Ufer eines Flusses aufgefunden. Dabei war der FPMR-Kommandant Pellegrin ein hervorragender Schwimmer. Ähnlich mysteriös ist auch der Tod von drei weiteren Guerilleros, die sich am 4. und 5. November 1988 bei der Installation von Bomben in Santiago und Temuco selbst in die Luft gesprengt haben sollen.

Diese jüngsten Entwicklungen deuten darauf hin, daß in Zukunft zwar mit einer Abnahme der offiziellen Mechanismen der Unterdrückung gerechnet werden kann, jedoch zugunsten verdeckter Aktionen durch die Geheimschwadronen.

Juliane Kippenberg

Die Rahmenbedingungen für einen eventuellen Wandel zur Demokratie werden von der Verfassung von 1980 gesetzt. Sie sieht vor, daß Pinochet auf acht Jahre unkündbar Oberbefehlshaber des Heeres und Senator auf Lebenszeit bleibt. Auch der Nationale Sicherheitsrat, das Gremium, das die zukünftige Regierung überwachen wird und notfalls absetzen kann, falls sie nicht „verfassungskonform“ agiert, besteht zu mehr als 50 % aus Ex-Mitgliedern der Junta: Vier der sieben Mitglieder werden die Chefs der Teilstreitkräfte und der Carabineros sein. Die Militärs verschwinden von der Bühne und werden Souffleure. Die Möglichkeiten der zukünftigen Regierungen sind eng gesteckt, der Nationale Sicherheitsrat hat Vetorecht bei Gesetzesänderungen.

Die im Zuge der „Demokratisierung“ von Pinochet Mitte März d.J. vorgeschlagenen Verfassungsänderungen tasten diesen Machtfaktor kaum an. Verändert, aber nicht abgeschafft werden soll der gefürchtete Artikel 8, der jegliche Partei, die den Klassenkampf auf ihre Fahnen schreibt, verbietet. Diese Veränderung ist in jedem Fall nur Kosmetik, da die staatliche Ideologie eines starken Antikommunismus erhalten bleibt.

Der Vorschlag Pinochets sieht außerdem vor, daß zukünftig die Verabschiedung von Verfassungsreformen erleichtert, die Amtszeit des Präsidenten von acht auf vier Jahre verringert wird und dieser nicht mehr das Recht hat, das Parlament aufzulösen und ChilenInnen auszuweisen oder sie an der Einreise ins Land zu hindern. Außerdem soll der Nationale Sicherheitsrat um eine Person erweitert werden.

Da eine Verfassungsänderung vor den Wahlen ein neues Plebisit erforderlich scheint, Pinochet das Ziel zu verfolgen, einen Keil zwischen die Opposition zu treiben und durch einen Sieg im Referendum die Wahlchancen seiner AnhängerInnen zu verbessern. In Chile und im Ausland soll zudem der Eindruck erweckt werden, daß ein Übergang zur Demokratie stattfindet. Auch wenn die wichtigsten Forderungen der Opposition – etwa nach Abschaffung der ernannten Senatoren und Belebung der Machtbefugnisse der Streitkräfte – nicht berücksichtigt wurden, kommt der Vorschlag mit der Vereinfachung der Mechanismen für Verfassungsreformen und der Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten dieser entgegen. Die Christdemokraten haben sich deshalb auch bereits positiv zu den beabsichtigten Veränderungen geäußert, während die Linke sie als völlig unzureichend bezeichnete.

Den Oppositionsparteien gelang es nicht, aus der Schwäche der Rechten Kapital zu schlagen. Statt politische Programme zum Übergang in die Demokratie zu entwerfen, üben sie sich im Parteidengänz. Die Christdemokraten, laut einer Umfrage der oppositionellen Tageszeitung „La Epoca“ vom 9. Februar d.J. mit 37,3 % AnhängerInnen stärkste politische Kraft im Lande, entschieden sich nach fast dreimonatigem Streit für ihren Vorsitzenden Patricio Aylwin als Präsidentschaftskandidaten. Damit wird er wohl als ge-

meinsamer Kandidat der 17 Parteien des oppositionellen Bündnisses „Concertación“ in die Wahlen gehen.

Populärster Politiker scheint trotzdem zur Zeit Eduardo Frei, Sohn des ehemaligen Präsidenten, zu sein. Bei der genannten Umfrage sahen ihn gern 27,7 % der Befragten als Präsident, 13, % waren für Büchi, 10,7 % für Aylwin, noch 7 % für Pinochet und 6,4 % für den Sozialdemokraten Ricardo Lagos. Dies zeigt, daß die Kandidaten, die zu den „Prominenten“ vor dem Putsch gehörten, wesentlich schlechter abschneiden als jüngere, da 40 % der ChilenInnen, die jetzt wahlberechtigt sind, noch nie an einer Präsidentschaftswahl teilnehmen durften. Bei einem Zweikampf zwischen Aylwin und Büchi sagt eine andere Umfrage von „La Epoca“ jedoch einen Wahlsieg der Christdemokraten mit 55 % der Stimmen vor dem ehemaligen Finanzminister mit 39 % voraus.

Mit der Gründung der Breiten Partei der Sozialistischen Linken (PAIS) Ende letzten Jahres hat sich die illegale Linke ein Instru-



Eine gewählte Regierung wird wenig Macht über die Streitkräfte haben

ment geschaffen, um an den Wahlen teilnehmen zu können. An PAIS beteiligen sich die Kommunistische Partei (PCCh), die Sozialistische Partei Almeydas (PS-Almeyda), die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), die Christliche Linke (IC), die Bewegung der Einheitlichen Volksaktion (MAPU) und die Radikale Sozialistisch-Demokratische Partei (PRSD), die allesamt auch der Vereinigten Linken (IU) angehören.

Etwa 12,7 % der WählerInnen würden PAIS heute wählen – für eine so junge Partei ein beachtliches Ergebnis. PAIS zielt darauf hin, den Militärapparat zu entmachten und grundsätzlich umzustrukturieren. Außerdem strebt die Partei weitreichende Verfassungsänderungen an.

Wesentlicher Programmpunkt ist die Verwirklichung der Menschenrechte, die Bestrafung der Schuldigen für die Greueln der letzten 16 Jahre sowie die Freiheit für die politischen Gefangenen. Die Geheimpolizei CNI soll aufgelöst und ein Notprogramm zur Erhöhung der Mindestlöhne, zur Verbesserung

des Gesundheits-, Wohnungs- und Bildungswesens durchgeführt werden.

Vertreter von PAIS werden nicht müde, den taktischen Charakter dieser Partei herauszustellen. Der Frage, wie sie ihre Vorstellungen eines Demokratisierungsprozesses gegen einen christdemokratischen Präsidenten durchbringen wollen, wird ausgewichen. Arturo Martinez, Vorsitzender der chilenischen Druckergewerkschaft CONAGRA, brachte das Unbehagen vieler chilenischer Arbeitnehmer auf den Punkt, als er feststellte, daß „die politischen Parteien unsere Forderungen ignorieren und sich nur um die bevorstehenden Wahlen kümmern.“

Der „Wahlrausch“ des Jahres 1989 selbst bei Funktionären linker Parteien kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme Chiles nicht durch die Wahlen im Dezember zu lösen sind. Durch eine Konzentration auf den Wahlkampf ist zu befürchten, daß die sozialen Bewegungen weiteren Schaden nehmen werden, die politische Mobilisierung behindert wird und Illusionen über die Veränderungsmöglichkeiten des Systems geschaffen werden. Lachende Dritte werden dann jene sein, die einen Pinochetismus ohne Pinochet schaffen wollen, oder die sich zumindest damit zufriedengeben würden.

Es muß jedoch in Rechnung gestellt werden, daß PAIS, wie jede andere Partei, die sich anlässlich des Plebisitzes für den konstitutionellen Weg entschieden hat, gewissen Sachzwängen unterliegt. Falls am Ende des Jahres der „zivile Putschist“ Aylwin – nicht aus Zufall Hätschelkind der CDU und schon vor Jahresfrist von Geißler als zukünftiger demokratischer Präsident gefeiert – mit Unterstützung der Linken an die Regierung kommt, steht diese vor dem Dilemma, die „Einigkeit der demokratischen Kräfte“ aufs Spiel zu setzen oder aber Abstriche an ihrem Programm zu machen, welches sich strikt gegen eine Amnestierung der Schuldigen wendet, für eine grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftssystems eintritt und die Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am demokratischen Aufbau vorsieht. Im Dezember 1988 berief die PCCh ihren 15. Kongress ein. Zum ersten Mal seit 19 Jahren bot sich die Gelegenheit, die Richtung dieser wichtigen Partei – sie verfügt über einen festen Stamm von etwa 10 – 15 % AnhängerInnen – neu zu bestimmen.

Dieser Prozeß, eine den heutigen Realitäten adäquate Politik zu entwerfen, erweist sich als besonders kompliziert, da die Partei sich im Untergrund befindet und Diskussionen nur in kleinen Gruppen möglich sind.

Schon im Aufruf zum Kongress wurde deutlich, daß die Einschätzung der Niederlage der Regierung der Unidad Popular (1970-73) von der früheren weicht. Jaime Insunza, Sprecher der PCCh, stellte in einem Zeitungsinterview fest, daß die UP vor allem den Fehler gemacht habe, ökonomische Probleme im Vordergrund zu sehen und sich weniger um militärische Fragen, den Machterhalt, gekümmert zu haben. Außerdem wurde selbstkritisch angemerkt, daß die seit 1982 praktizier-

te Politik der Volksrebellion durch eine Überbetonung des militärischen Faktors gekennzeichnet war und der politische und soziale Kampf einen zu niedrigen Stellenwert hatte. Auch in Zukunft soll an der Politik der Volksrebellion festgehalten werden, was auch die Unterstützung eines Flügels der Patrioten Manuel Rodriguez (FPMR), der sog. „frente-partido“, einschließt.

Ein Machtfaktor, der gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, bleibt das chilenische Militär. Auch nach dem Abtreten Pinochets, dem „offiziellen“ Ende der Militärdiktatur, wird sich die Rolle der Streitkräfte nicht tiefgreifend ändern. Sowohl die ihnen durch die Verfassung zugesicherten Funktionen im politischen Apparat der neuen „Demokratie“, wie im Nationalen Sicherheitsrat, als auch ihre weiterhin privilegierte Stellung – ein Offizier verdient monatlich etwa 10 000 DM, ein LehrerIn 300 DM – betonen die fortwährende wichtige Rolle des Militärs.

Diese Konstanz in der Machtverteilung verhindert natürlich auch eine Verurteilung der Mörder und Folterknechte der letzten 16 Jahre. Die Tatsache, daß Pinochet nach dem Plebisitz altgediente Militärs gegen junge austauschte, spricht zudem nicht etwa für eine mögliche Distanzierung der Streitkräfte von den Greueln der Putschisten. Während altgediente Militärs auch andere Staatsformen als nur die Diktatur erlebt haben, sind die jungen Militärs „Kinder der Diktatur“ im besten Sinne des Wortes. Eine gewählte Regierung wird aufgrund von verfassungsrechtlich verfügbaren Funktionen der Militärs nur begrenzt demokratisch regieren können. Die Hintermänner dieses Szenarios, das sich dann Demokratie nennen soll, wegen Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, dürfte den Gewählten unmöglich sein, selbst wenn sie es noch so sehr wollten.

Solidaritätsaufruf

Die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) ruft alle Solidaritätsorganisationen dazu auf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um eine Solidaritätskampagne zur Unterstützung der Aktionen des chilenischen Volkes und der Izquierda Unida durchzuführen, die unabdingbar für die Wiederherstellung der Demokratie in Chile sind.

Diese Kampagne, die sich im Laufe des Jahres 1989 entwickeln soll, hat das Ziel, die Massenmobilisierung in Chile zu fördern, um die Diktatur unter Druck zu setzen und sie zu zwingen, ihre repressiven Strukturen aufzugeben, sowie den Wahlkampf für die Wahlen am 14. Dezember, die das Volk gewinnen kann, erfolgreich anzugehen.

Wenn die demokratischen Kräfte Erfolg haben, wird es möglich sein, die notwendigen Grundlagen für den Aufbau der Demokratie im Land zu legen.

Wir brauchen daher Solidaritätsaktionen mit folgenden Zielsetzungen:

1. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.
2. Einstellung aller Menschenrechtsverletzungen, wie die Ermordung von Oppositionellen, wilkürliche Verhaftungen, Folter sowie jede Form der Einwirkung auf Menschen, die sich der Diktatur widersetzen.
3. Finanzkampagne zur Unterstützung der politischen und sozialen Aktionen der Izquierda Unida, Izquierda Unida, BRD

PETER GARCIA

Neuer US-Schuldenplan

Zu spät und zu wenig

Kaum im Amt, beglückte der neue US-Finanzminister Nicholas Brady die Welt auch schon mit Lösungsvorschlägen zur Verschuldungskrise. Leider machte die anfängliche Euphorie über diese lobenswerte Initiative bald der Ernüchterung Platz. Die Vorstellungen Bradys erwiesen sich als genauso unrealistisch wie die seines Vorgängers James Baker.

Vor drei Jahren hatte Baker, der heute US-Außenminister ist, den Ländern der Dritten Welt empfohlen, sie sollten sich wie Baron Münchhausen am eigenen Zopf aus dem Schuldensumpf ziehen. Sein Rezept war genauso einfach wie wirkungslos: Sparen, sparen und nochmals sparen – bis die Schuldnerländer ihre krisengeschüttelten Wirtschaften selbst saniert hätten. Wann immer sich Regierungen an dieses Rezept hielten, bezahlte der Großteil der Bevölkerung die Zeche mit Hunger und Verarmung.

Möglicherweise war das nicht einmal Bakers Absicht. Voller Naivität hatte er geglaubt, die Privatbanken würden die Sanierungsanstrengungen der Schuldnerländer mit großzügigen neuen Krediten belohnen. Ein entsprechender Appell an die Manager der Geschäftsbanken blieb jedoch ohne Wirkung. Die Banker nickten lächelnd wie chinesische Buddhas – und ließen es weitgehend dabei bewenden.

Wenn sie überhaupt neue Gelder ausliehen, dann vor allem, um die Bezahlung der Raten und Zinsen für ältere Kredite zu sichern. In der Regel ließen sie aber hierbei den Hilfsfonds der Regierungen der westlichen Industrieländer und den multinationalen Kreditinstituten den Vortritt. Mit dieser Strategie gelang es den Geschäftsbanken während der Baker-Zeit, den Anteil ihrer Kredite an den Auslandsschulden der 15 höchstverschuldeten Länder der Dritten Welt sogar von 62 % auf 56 % zu senken.

Der Baker-Plan scheiterte nicht nur in dieser Hinsicht. Die reale Zunahme des Bruttosozialprodukts der Schuldnerländer blieb minimal. Die Wirtschaftsentwicklung stagnierte. Die Armen wurden noch ärmer. Die Reichen schickten ihr Geld weiter in die Schweiz oder nach Florida. Der Netto-Kapitalabfluss aus der Region nahm auf jährlich 30 Mrd \$ zu und die Auslandsverschuldung erhöhte sich bis 1988 auf insgesamt 1,2 Bio \$.

In der Dritten Welt mehrten sich die Stimmen, die wegen der Unbezahlbarkeit der Forderungen einen Schuldnerlaß forderten. Einzelne weitsichtige Wirtschaftsgrößen und Politiker in den Industrieländern, wie der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank oder der Staatschef Spaniens, reihen sich verhal-



Im Februar d.J. brachte die venezolanische Armee mehrere hundert Menschen um, die gegen die IWF-Sparpolitik protestierten

Bis heute ist die Zahl der Toten nicht genau bekannt; die Zeitungen sprechen von über 2000. Außerdem entstanden Schäden in Zigmillionenhöhe.

Die blutigen Ereignisse waren durch drastische Sparmaßnahmen der neu gewählten Regierung Venezuelas provoziert worden: durch die Streichung von Lebensmittel-Subventionen, staatlichen Investitionen und Arbeitsplätzen sowie durch die Verteuerung der Tarife der öffentlichen Dienstleistungen und der Treibstoffpreise. Mit diesen Sparbeschlüssen hatte sich Venezuela nach zweijähriger Erpressung dem Druck der Banken gebeugt, die neue Kredite von der Anerkennung der Richtlinien des Baker-Plans und des Internationalen Währungsfonds (IWF) abhängig gemacht hatten.

Die blutigen Ereignisse in dem südamerikanischen Land lösten in der neuen US-Administration Panik aus. Schnell wurde der bei den Schuldnerländern unbeliebte Baker-Plan befeindet – um ihn als Brady-Initiative neu aufzurufen zu lassen.

Die Vorschläge Bradys enthalten alle Elemente des alten Baker-Plans: das Prinzip der Fall-zu-Fall-Regelung, das ein gemeinsames Verhandeln und solidarisches Verhalten der Dritte-Welt-Länder verhindern soll; den Ausverkauf der nationalen Wirtschaft durch die Umwandlung von Schulden in ausländische Unternehmensbeteiligungen (bis heute nur von Chiles Diktatur in größerem Ausmaße betrieben); die berühmten freiwilligen Kredite der Privatbanken, die bisher leider ausgeblieben sind; und schließlich drastische Sparmaßnahmen mit verheerenden Folgen für den Lebensstandard der Bevölkerung.

Natürlich wäre der Brady-Plan kein neuer Plan, wenn er nicht auch neue Aspekte hätte. Bradys Naivität übersteigt die seines Vorgängers noch um einiges, indem er die Geschäftsbanken jetzt auffordert, vor der großzügigen – und freiwilligen – Vergabe neuer Darlehen doch bitte ebenso freiwillig auf 30 % der alten Kredite und Zinszahlungen zu verzichten.

Als Gegenleistung sollen die Geschäftsbanken vom IWF und der Weltbank Garantienbonds zur Absicherung der restlichen 70 % erhalten, damit ihnen wenigstens dieser Teil der Kredite und Zinsen erhalten bleibt. Außerdem forderte Brady den IWF und die Weltbank auf, in Zukunft den ärmeren Ländern mit Krediten den Rückkauf ihrer Schulden von den Geschäftsbanken zu ermöglichen.

Genau wie der Baker-Plan krankt auch die Brady-Initiative an krasser Geldarmut. Die riesigen Summen, die für eine effektive Reduzierung des Schuldnerberges nötig wären, sind zur Zeit nirgendwo in Sicht. Ein Abzweigen von Geldern aus dem Rüstungsetat etwa ist nicht im Gespräch. Brady setzt bei seinem Plan ganz und gar auf die traditionellen Geldgeber. Bei den 15 mit insgesamt 500 Mrd \$ höchstverschuldeten Ländern der Dritten Welt kam der Großteil der bisherigen Kredite aus drei Quellen: 56 % von den Geschäftsbanken, 21 % als bilaterale Hilfe von den Regierungen der Industrieländer und 16 % von den multinationalen Kreditinstituten und dem IWF.

Welche realen Chancen bieten diese drei Quellen für einen möglichen Schuldenab-

bau? Normalerweise, und das dürfte wohl auch Herrn Brady nicht entgangen sein, sind Bankmanager keine barmherzigen Samariter, sondern von den Bankaktionären beauftragte Dividendenschöpfer. Die Geschäftsbanken hatten bereits zur Zeit des Baker-Plans wenig Neigung gezeigt, neue Gelder in die Krisenwirtschaften der Dritten Welt zu pumpen.

Wenn sie jetzt auch noch auf einen Teil der alten Kredite verzichten sollen, wird ihr Interesse aller Wahrscheinlichkeit nach noch mehr schrumpfen. Außerdem befürchten die Banken inzwischen, daß die Brady-Vorschläge „auf breiter Front zu einem Zusammenbruch des bisher noch bestehenden Schuldendienstes“ führen könnten (Handelsblatt, 23.3.1989).

Im Falle der US-Banken würde ein gezielter Schuldenabbau nicht nur an der Aufgabenstellung der Bankmanager scheitern, sondern auch an den US-Gesetzen. Dessen war sich auch Brady bewußt. Noch vor Verkündigung seines Plans versuchte er, die US-Notenbank zu einer flexibleren Praxis bei der Bankenkontrolle zu veranlassen. Das lehnt die Notenbank bis heute strikt ab.

Eine Änderung der Bankengesetzgebung ist zur Zeit ebenfalls unwahrscheinlich, da dazu die Zustimmung des Kongresses notwendig wäre. Dort verfügt aber die demokratische Opposition über die Mehrheit, die bisher Änderungen der Bankenrichtlinien im Interesse der kleinen und großen Aktienbesitzer, die um ihre Dividenden fürchten, abgelehnt hat.

Die Regierungen der Industrieländer als zweitwichtigste Geldquelle haben mittlerweile ebenfalls allzu großen Erwartungen einen Riegel vorgeschnitten. Jean-Claude Trichet, Chef des Pariser Clubs der westlichen Gläubigerländer und Finanzminister Frankreichs, machte klar, daß die Schulden gegenüber den Regierungen des Pariser Clubs von der Brady-Initiative ausgenommen sind. Nur Japan hat als Antwort auf den Plan ein eigenes größeres Programm von etwa 20 Mrd \$ zum Schuldenabbau in der Dritten Welt angekündigt.

Beim IWF verwies der Vorsitzende des In-



„Kirchturmspolitik“, „tagespolitisches Klein-Klein“, „Gaslaternen-sozialismus“...

...lauten die oft wenig schmeichelhaften Urteile über die kommunale Politikebene. Da wollen wir als grün-alternatives Zeitschriftenprojekt gegen halten, damit in den Rathäusern der Altparteienfilz aufhört.

Die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw..

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

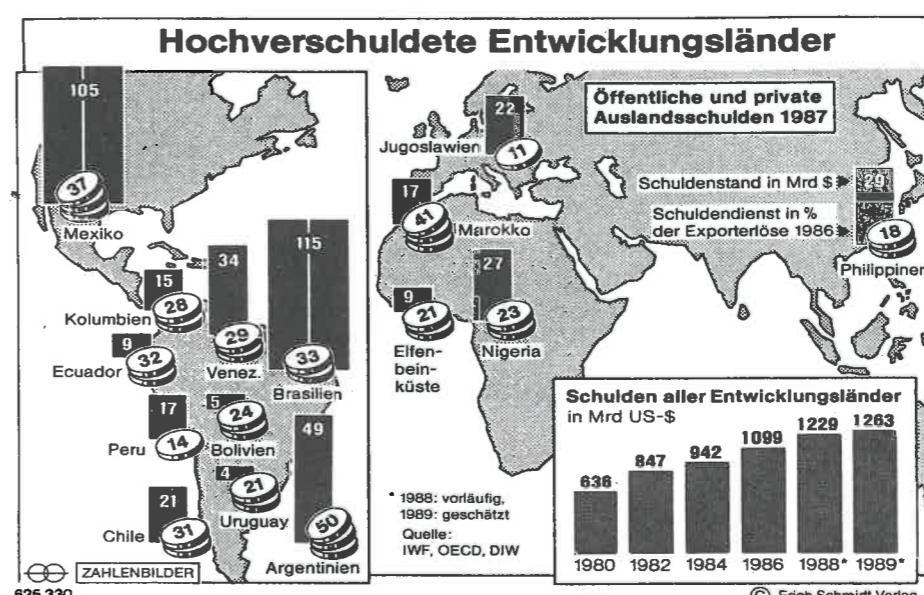
* * *

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 8,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 48,- DM.

Redaktion und Vertrieb:

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521 / 177517)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik





US-Finanzminister Brady (Mitte) mit Zentralbankchef Greenspan und Weltbankpräsident Connable (r.) während der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank

IWF/Weltbank-Tagung in Washington

Mit der Krise leben?

Auf der Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Washington wurde, wenn den Ausführungen des bundesdeutschen Entwicklungsministers gefolgt wird, ein politisch-psychologischer Durchbruch in der Frage der Verschuldung der Dritten Welt erzielt. Das beschreibt sehr gut die Ergebnisse dieses Treffens: Die Verwaltung der Schuldenkrise durch die Technokraten der internationalen Finanzagenturen wird fortgeschrieben ohne Wesentliches zu ihrer Lösung beizutragen.

Wer erwartet hatte, daß der blutige Aufstand der Bevölkerung in Venezuela gegen das Sparprogramm von IWF und Regierung substantielle Verbesserungen beschleunigen würde, sieht sich nun getäuscht. Zwar sah US-Finanzminister Brady sich genötigt, es seinem Vorgänger Baker gleichzutun und die Öffentlichkeit mit einem Plan zur Lösung der Verschuldung zu konfrontieren. Im wesentlichen werden hier allerdings bereits praktizierte Formen des Schuldenmanagements mit einem neuen Rahmen versehen.

Den Schuldern soll verstärkt die Möglichkeit gegeben werden, die eigenen Schulden zum marktüblichen Discountpreis zurückzukaufen (debt-buyback), was bereits vor einiger Zeit mit Bolivien durchgeführt wurde. Die Umwandlung von Schuldentiteln in ausländische Direktinvestitionen (debt-to-equity-swap) ist ebenso Teil der Konzeption, wie die Umwandlung in niedriger verzinsten, durch Regierungen verbürgte Wertpapiere. Neu ist Brads Forderung nach einer Streichung der ursprünglichen Kreditsumme seitens der Geschäftsbanken in Höhe von 30 %, wobei die restlichen Kredite durch IWF und Weltbank garantiert werden sollen. Die Kernpunkte dieser neuen Konzeption gehören spätestens seit dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto im sog. „menu approach“ zum Standardrepertoire der Banken (siehe: DRITTE WELT 8–9/1988, S. 5 f.). So unzureichend und wenig originell die Initiative auch war, so wenig konnte sie sich in Washington durchsetzen. Die Kritik der mächtigsten Industrieländer (G7: Großbritannien, USA, Frankreich, Japan, Italien, Kanada, BRD) setzte an der Substanz des Brady-Plans an. Die G7 war nicht bereit, von dem in West-Berlin im September 1988 formulierten Prinzip, daß es keinen Risikotransfer vom privaten auf den öffentlichen Sektor geben darf, abzuweichen. Die Finanzagenturen IWF und Weltbank dürfen also keine Garantien für reduzierte Kredite der Geschäftsbanken übernehmen, womit der Kern der US-Initiative abgelehnt wurde.

Beschlossen wurde hingegen, in Einzelfällen nach genauer Prüfung „substantielle“ Abschläge von der ursprünglichen Kreditsumme zu gewähren; vorausgesetzt, die Länder unterwerfen sich einem strengen strukturellen wirtschaftlichen Anpassungsprozeß, um wieder „wachstumsfähig“ zu werden. Des Weiteren soll geprüft werden, ob Teile der IWF-Kredite für eine Reduzierung des Schuldendienstes verwendet werden können.

Um diese „neue“ Schuldenstrategie zu formulie-

ren und auf ihre Umsetzbarkeit zu überprüfen, wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von IWF und Weltbank eingesetzt. Es wird davon ausgegangen, daß erste Ergebnisse bereits auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli d.J. in Paris vorliegen. Spekulationen gehen davon aus, daß zuerst Länder wie Venezuela und Brasilien in den Genuss möglicher Erleichterungen kommen. Die japanische Regierung hat bereits angekündigt, die neue Strategie der Schuldenerleichterung mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 4,5 Mrd \$ zu unterstützen.

Der trügerische Schein, daß die Schuldenkrise durch die Technokraten der Macht verwaltet werden kann, ist durch den Aufstand in Venezuela zerstört worden. Bei einer momentanen Gesamtschuld der Peripherie von 1600 Mrd \$ treibt die Krise einen neuen Höhepunkt entgegen. Die zu erwartenden Zinssteigerungen werden ein übriges dazu beitragen, denn eine Zinserhöhung um 1 % bedeutet eine Mehrbelastung um 5 Mrd \$. In dieser Situation wird versucht, mit vermeintlichen Erleichterungen gegenzusteuern. Dabei wird an allem festgehalten, was den Ideologen des Marktes gut und teuer ist, um die nationalen Ökonomen der Peripherie auf die Bedürfnisse des Weltmarktes festzulegen.

Die Strukturaneignungen sind weiterhin Bestandteil der Maßnahmen von IWF und Weltbank, was in schöner Regelmäßigkeit zu IWF-Aufständen führt, da die Menschen in der Peripherie durch die Sparprogramme in ihrer Existenz angegriffen werden.

Die so oft beschworene Einzelfallbehandlung „case-by-case“ existiert in der Realität nicht. Die Auflagen der Finanzagenturen erwachsen nicht aus einer Prüfung des Einzelfalles, sondern entsprechen einem festgelegten Maßnahmenkatalog. Hiermit soll ein gemeinsames Vorgehen der Schuldner verhindert werden. Dem Kartell der Gläubiger darf nicht die Solidarität der Schuldner entgegengesetzt werden. Da sich einzelne Nationen Vorteile versprechen, war es bis jetzt möglich, die Schuldner gegeneinander auszuspielen. Eine globale Lösung der Verschuldung wird ausgeschlossen.

Bemerkenswert an dieser Tagung scheint lediglich die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des US-Finanzministers, was auf ein geändertes Kräfteverhältnis innerhalb des Blocks der Industrieländer schließen läßt. Dafür spricht auch die gestärkte Position Japans, die bereits auf der Konferenz in West-Berlin deutlich wurde.

Die Krise wird nicht in ihren Ursachen angegangen, sondern es wird sich darauf eingerichtet, mit ihr zu leben. Lösungen im Sinne der in erster Linie betroffenen Bevölkerung in der Peripherie und den Metropolen können nur durch gesellschaftlichen Druck erreicht werden. An einer Schuldentagung und einer Streichung der gesamten Schuld darf kein Weg vorbeiführen.

Michael Voregger

terimsausschusses und Finanzminister Hollands, Onno Rüding, auf den erst im September 1988 in West-Berlin gefaßten Beschuß, der es dem IWF und der Weltbank untersagt, einer Übertragung des Risikos von privaten Geldgebern zu multinationalen Ausleihern zuzustimmen. Genau das ist aber eine wesentliche Säule des Brady-Plans, der vorsieht, daß IWF und Weltbank den Geschäftsbanken das Risiko durch Zins- und Rückzahlungsgarantien abnehmen.

Fraglich ist auch, ob diese Institutionen den Rückkauf von Bankschulden durch Neu-

kredite in angemessenem Umfang finanzieren können. Ein IWF-Direktor schätzt inoffiziell, daß dafür höchstens bei allen multinationalen Kreditinstituten insgesamt 30 Mrd \$ zur Verfügung stehen würden – viel zu wenig, um die Gesamtschuld der Dritten Welt spürbar zu senken.

Aus der Dritten Welt sind die Reaktionen teilweise positiv, weil die USA erstmalig die Unbezahlbarkeit zumindest eines Teils der Schuld anerkannten. Da nach wie vor mit jedem Land einzeln verhandelt werden soll, hoffen außerdem einige Regierungen darauf,

für sich günstige Sonderregelungen herauszuschlagen zu können. Die Zweifel an der Durchführbarkeit der Brady-Initiative sind jedoch ebenfalls sehr groß.

Am deutlichsten äußerte Venezuelas Präsident Carlos Andrés Pérez seine Kritik. Der Plan sei zu spät und nicht ausreichend: Es müßten mindestens 50 % der Schulden gestrichen werden. „Der Brady-Plan bedeutet, daß die lateinamerikanischen Länder noch Jahre auf eine grundsätzliche Lösung des Schuldensproblems warten müssen. Das aber kann sich keines unserer Länder leisten.“

ÖKOLOGIE

KHOR KOK PENG

Profitable Abfallentsorgung

Giftmüllexporte in den Süden

Nachdem in den westlichen Industriestaaten strengere Auflagen zur Beseitigung und Lagerung von giftigen Industrieabfällen durchgesetzt wurden, verlegen sich die Konzerne darauf, ihren Giftmüll in die Dritte Welt zu exportieren. Damit versuchen sie zu vermeiden, daß sich die Entsorgung verteuert. Sie bauen auf die wirtschaftliche Not und die kaum vorhandene Umweltschutzgesetzgebung dieser Staaten.

Vier Jahre nachdem die Bhopal-Tragödie die Aufmerksamkeit auf die Auslagerung gefährlicher Industrien in Länder der Dritten Welt lenkte, ist ein neuer Skandal aufgetreten – die Ausfuhr unerwünschten Giftmülls vom Norden in den Süden.

Die Praxis ist nicht neu. Süd- und Mittelamerika haben lange als Mülltonnen für die USA gedient. Aber Enthüllungen über die Lagerung europäischen Mülls in afrikanischen Ländern zeigen, daß das Problem größer ist als vorher angenommen. Eine Studie der Umweltschutzorganisation Greenpeace über einen neueren Zweijahreszeitraum listet 115 Giftmülltransporte per Schiff nach Lateinamerika und Afrika auf. Zu diesen Ländern gehören Mexiko, Argentinien, Brasilien, Panama, Uruguay, Marokko, Senegal, Gabun, Guinea-Bissau, Djibouti, Simbabwe und Südafrika.

Beispielsweise wurden durch Vermittlung einer norwegischen Gesellschaft 15.000 t giftiger Asche aus Mülverbrennungsanlagen Philadelphia (USA) auf der guineischen Insel Kassa abgeladen. Die giftige Asche zerstörte einen großen Teil der Vegetation der Insel. Den guineischen Importeuren wurden 40 \$ pro Tonne (t) Müll bezahlt, während die Lagerung in den USA unter Einhaltung der Regulierungsbestimmungen möglicherweise 1000 \$ pro t gekostet hätte. Norwegen willigte ein, den Müll zu entfernen, nachdem der norwegische Generalkonsul Sigmund Stromme wegen Beteiligung an der Lagerung von Guineen festgenommen worden war. Stromme ist auch Direktor des norwegisch-guineischen Gemeinschaftsunternehmens Guinomar, das den Müll importierte.

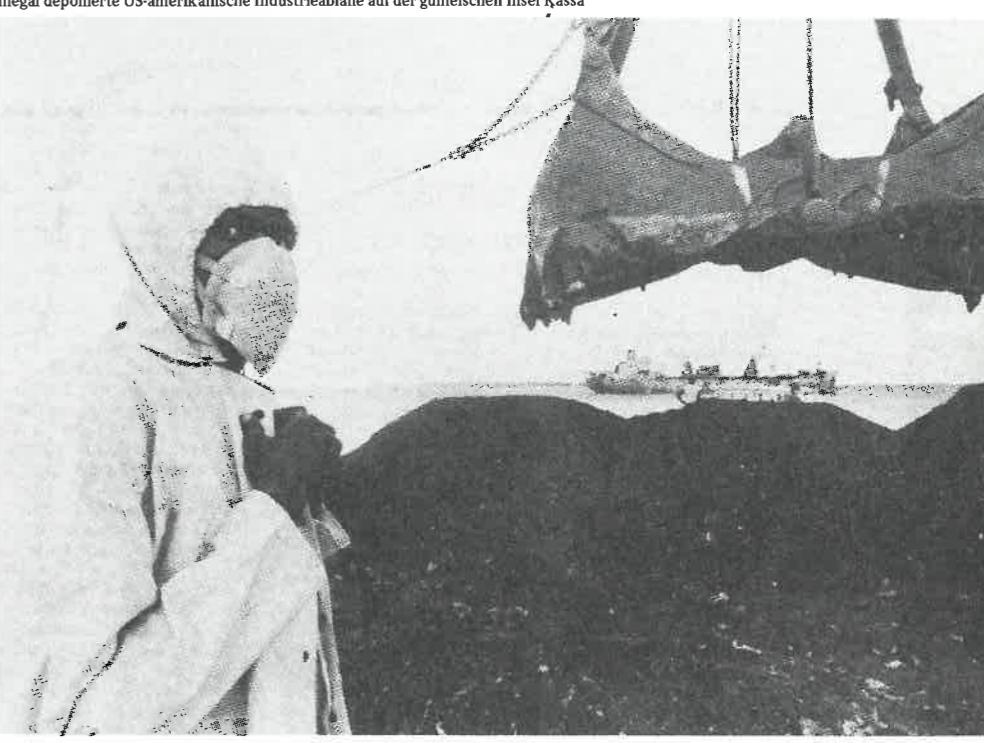
Der nigerianische Hafen Koko war als Endlagerstätte für bis zu 4000 t chemischen (und möglicherweise radioaktiven) Mülls aus Italien gedacht. Der Müll, der tödliches Dioxin und Polychlorobiphenyl (PCB) enthielt, war in Fässern und Containern in mehreren Schiffsladungen transportiert worden. Italienische und nigerianische Geschäftsleute hatten den Handel arrangiert und dem Besitzer des Depots lediglich 500 Naira (etwa 250 \$) im Monat bezahlt, um den Müll zu lagern, der von einem Weißen eingeführt worden war.

Firmen Guinea-Bissau 40 \$ pro t bezahlen wollten und die normalen Kosten für die Lagerung von Müll in Europa bei 140–160 \$ pro t liegen. Ein anderer Bericht behauptet, Benin habe in der Vergangenheit radioaktive Abfälle aus der Sowjetunion angenommen.

Guinea-Bissau wurden von einer schweizerischen und zwei britischen Firmen 120 Mio \$ jährlich angeboten (ein Wert, der seinem Bruttonsozialprodukt entspricht), um Industrieabfälle zu vergraben. Die Regierung beschloß, ihre Genehmigung rückgängig zu machen und die Einfuhr von Giftmüll zu verbieten.

Eine in Westdeutschland ansässige Gesellschaft plant eine ganze Reihe gefährlicher Abfälle, einschließlich verseuchter Erde, nach Liberia auszuführen. Die Firma verweist auf „angemessene Lagerungskapazitäten“, „politische Stabilität, da es eng mit den USA verbündet ist“ und die gute Lage als Faktoren, die Liberia zu einer geeigneten Müllhalde machen. Sie erklärt außerdem: „Wir können das Müllproblem in der Bundesrepublik lösen, indem wir ein Depot in Liberia bauen.“

Illegal deponierte US-amerikanische Industrieabfälle auf der guineischen Insel Kassa





Ein Soldat bewacht illegal importierten Giftmüll in Beirut

digen.

Später wurde eine Anzahl afrikanischer Regierungen aktiv, um das Abladen von Giftmüll zu untersuchen und zu stoppen oder Maßnahmen gegen die Verantwortlichen zu ergreifen. (...)

Die öffentliche Aufmerksamkeit, die der Müllexport nach Afrika erregte, trieb auch die Verantwortlichen in einigen asiatischen Staaten zum Handeln. Die thailändische Regierung fand Giftmüll im Hafen von Bangkok, der aus den USA, Japan, Westdeutschland, Singapur und Taiwan stammte. Reeder wur-

den aufgefordert, Container mit Giftmüll nach Singapur zurückzuschicken.

In den Philippinen untersagten acht Regierungsabteilungen in einer gemeinsamen Erklärung den Import giftiger Abfälle und riefen den Kongress auf, Gesetze zu erlassen, welche die Umwelt vor schädlichem Müll schützen sollen. Die Resolution wurde verfaßt, nachdem eine nordamerikanische Firma 1987 versucht hatte, eine Müllverbrennungsanlage in Iligan City zu bauen. Im Libanon entdeckten Regierungsstellen 2.411 t Müll aus Italien. Die italienische Regierung hat inzwischen zugestimmt, die Abfälle wieder auszuschiffen.

Auf internationaler Ebene versucht die UNEP, die Regierungen zum Abschluß einer internationalen Konvention zu gewinnen, mit welcher die Bewegung gefährlicher Abfälle kontrolliert werden soll. Drei Treffen fanden 1988 statt. Bis März 1989 soll auf einer in Basel (Schweiz) geplanten Konferenz ein Abkommen zustandegebracht werden (siehe Kasten; d. Red.). (...)

In Europa wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Ausfuhr von Giftmüll in die armen Länder einzuschränken. Im Jahr 1986 beschloß die EG eine Direktive, die verlangte, daß die Länder der Dritten Welt ihre „vorherige Zustimmung“ geben müßten, bevor Exporte die Häfen verlassen können, und daß die Importländer in der Lage sein müßten, die Abfälle zu behandeln, um sie unschädlich zu machen.

Jedoch haben nur Belgien und Dänemark die Direktive durch nationale Gesetze unterstützt. Sogar wenn mehr Gesetze verabschiedet würden, könnte es sich als unmöglich erweisen, sie befriedigend anzuwenden, da es keine internationalen Normen über eine angemessene Müllentsorgung gibt.

1988 verabschiedete das Europaparlament eine Resolution, in der es hieß, alle Müllexporte in die Dritte Welt seien zu verbieten. Später trafen sich die EG-Umweltminister und berieten über die Resolution. Sie lehnten aber ein Verbot ab. Die britischen und bundesdeutschen Minister argumentierten, daß ein umfassendes Verbot nicht durchführbar und ungerecht gegenüber solchen Entwicklungsländern sei, die gewillt seien, solchen Müll zu übernehmen.

Statt dessen riefen die Minister die EG-Länder auf, bestehende Bestimmungen anzuwenden und schärfere Gesetze über den Mülltransport ins Ausland zu verabschieden. Jedoch wurde von niemandem konkretisiert, was tatsächlich getan werden sollte. Sie gaben jedoch zu, daß seit der EG-Direktive von 1986 gegen die Müllausfuhr, die Exporte von Abfällen eher zu- als abgenommen haben.

In den USA, Japan und anderen Industriestaaten werden von den Regierungen keine Anstrengungen unternommen, um die Kontrollen zu verstärken oder den Giftmüllexport in die Dritte Welt zu verbieten.

(QUELLE: Third World, Rio de Janeiro, Nr. 17/ November-Dezember 1988, S. 58-62)

ZEP

Zeitschrift für Entwicklungs-Pädagogik

Zum Beispiel das Heft 1/1988:
Dritte Welt – ein etablierter Lernbereich?

Die ZEP wendet sich an alle, die unter den heutigen gesellschaftlichen Voraussetzungen eine Neuorientierung der Pädagogik für notwendig halten. Die Themen der ZEP sind bestimmt durch die Herausforderungen unserer Zeit: Umwelt – Dritte Welt – Frieden. In der ZEP schreiben gelehrte Erziehungswissenschaftler und Praktiker aus dem schulischen und außerschulischen Bildungsbereich:

Exotische Welten – Europäische Perspektiven. **J. Pfeiffer:** Schulpartnerschaft mit Mosambik. **N. Scholz:** Alternativschulen.

Nehmen auch Sie an der Diskussion um die Weiterentwicklung der Pädagogik in Theorie und Praxis teil.

Themenhefte im Abonnement 1989: **Entwicklungsbezogene Bildung, Zukunft der Schule – Schule der Zukunft, Interkulturelle Erziehung, Entwicklungstheorien – Entwicklungspädagogik II.**

Jahresabonnement DM 24,- zuzügl. VS. Einzelheft DM 7,- zuzügl. VS.



WOCHENSCHAU-Verlag · Adolf-Damaschke-Straße 103 · 6231 Schwalbach/Ts.



Das Fortschreiten der Wüsten wird ein Ergebnis des Treibhauseffektes sein, der vor allem durch die CO₂-Emission in der Industrie bedingt ist



ULRICH RUPP

Konferenzen in London und Den Haag

Absichtserklärungen gegen den Treibhauseffekt

Auf Konferenzen in London und Den Haag haben Minister und Staatsoberhäupter aus Nord und Süd erneut über Maßnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre beraten. Die Ergebnisse bleiben aber noch weit hinter dem Handlungsbedarf zurück.

Ur bisher weltweit größten Umwelttagung trafen sich vom 5.-7. März d.J. Delegationen aus 123 Staaten in London, um über den Schutz der Ozonschicht und Maßnahmen gegen den durch die weltweite Umweltverschmutzung hervorgerufenen Treibhauseffekt (langfristige Erwärmung der Erdoberfläche durch verhinderte Wärmeabstrahlung von der Erde) zu beraten.

Unter Bezugnahme auf das Montrealer Protokoll vom September 1987, das die Reduzierung der die Ozonschicht schädigenden Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW) um 50 % bis Ende 1999 vorsieht, forderten sie angesichts des zunehmenden Abbaus der Ozonschicht über der Arktis und Antarktis in einer 10-Punkte-Erklärung dessen Verschärfung.

So soll die FCKW-Produktion vollständig gestoppt werden, sollen unschädliche Ersatzstoffe an ihre Stelle treten und die Bereitschaft der Industrieländer erhöht werden, die Verwendung von unschädlichen Ersatzstoffen auch tatsächlich zu vollziehen. Diese sollen außerdem den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden, bevor sie im Rahmen ihrer Industrialisierungsstrategien auf die vorläufig noch billigeren FCKW zurückgreifen müssen.

Als einen konstruktiven Vorschlag bezeich-

nate Bundesumweltminister Klaus Töpfer die Forderung Chinas und Indiens, einen internationalen Fonds zum Schutz der Ozonschicht zu schaffen, der die finanzielle Unterstützung der Industriestaaten für die Entwicklungsländer bei der Umstellung auf FCKW-freie Produkte organisieren soll. Ob die Bundesregierung auch zu diesem Vorschlag steht, wenn es um's Bezahlen geht, wird sich Anfang Mai d.J. in Helsinki erweisen.

Auf der Überprüfungskonferenz des Montrealer Protokolls, auf der im Gegensatz zur Londoner Tagung Beschlüsse gefaßt werden sollen, wird die Unterstützung für die Entwicklungsländer ein wesentliches Thema sein (1).

Die auf der Londoner Konferenz anwesenden Delegationen konnten sich jedoch nicht darauf einigen, den Zeitplan zur Beendigung der FCKW-Produktion abzukürzen. Dies war anfangs d.J. auch den EG-Ministern nicht gelungen, die forderten, die Herstellung von FCKW „schnellstens“ um 85 % zu reduzieren. Der Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP), Mostafa Tolba, und EG-Kommissar Ripa Di Meana allerdings gehen davon aus, daß eine solche Reduzierung bereits bis 1995 möglich sein müßte. Schließlich haben schon zahlreiche Staaten, darunter die skandinavischen, Kanada oder die USA FCKW z.B. in

Spraydosen verboten.

Die Bundesregierung setzt demgegenüber auf freiwillige Produktionsbeschränkungen, und die Industrie befleißigt sich, in ihren Stellungnahmen darauf hinzuweisen, daß die FCKW-Produktion zurückgehen und Ersatzstoffe verwendet würden. Dabei sieht die Praxis noch weitgehend anders aus. In einer Untersuchung vom Oktober 1988 fand die Stiftung Warentest noch in 32 von 100 untersuchten Sprays FCKW und in den restlichen Sprays vielfach die hochexplosiven Treibhausgase Butan oder Propan (2).

Handlungsbedarf besteht aber hinreichend, um die Frist, innerhalb der die FCKW verboten und unschädliche Ersatzstoffe eingeführt werden müssen, zu verkürzen. Denn die FCKW, die in den oberen Schichten der Atmosphäre die Ozonschicht schädigen und zu einer vermehrten UV-Einstrahlung führen – wodurch Hautkrebs entstehen kann –, sind darüber hinaus auch besonders starke Treibhausgase, die zwischen 80 und 180 Jahren in der Atmosphäre verbleiben. Eine Tonne (t) FCKW heizt die Atmosphäre ebenso stark auf wie 5500 t CO₂ (3).

Aber selbst das in oberen Luftsichten schützende Ozon ist in den unteren Luftsichten ebenfalls ein starkes Treibhausgas. Es entsteht hier aus der Reaktion von Stickoxi-



tz, München
„Bitte, das Ozonloch ist so gut wie dicht!“

den mit Luft unter Sonneneinstrahlung.

Deshalb kann der Kampf gegen den Treibhauseffekt nicht allein unter dem Gesichtspunkt der FCKW und des Ozons betrachtet werden. Vielmehr muß er in Verbindung mit der Gesamtbelastrung der Luft mit Schadstoffen gebracht werden. Auch soll nicht übersehen werden, daß FCKW und Ozon gerade zu 25 % am Treibhauseffekt beteiligt sind. Mit einem Anteil von 50 % ist der Hauptverursacher immer noch das CO₂.

Regenwald-Appell

Eine Unterschriftenkampagne zur Unterstützung dieses Regenwald-Appells haben die Initiatoren des Memorandums zum Erhalt der verbliebenen tropischen Regenwälder gestartet.

Vordrucke von Unterschriftenlisten können Sie anfordern bei: Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz e.V., Postfach 531, 4800 Bielefeld 1 oder Institut für Ökologie und angewandte Ethnologie e.V., Lockhütter Str. 141, 4050 Mönchengladbach 1, Tel. 0 21 61-63 03 19. Dorthin können Sie auch ausgefüllte Listen (Name, Anschrift, Unterschrift) einsenden.

Der Bundestag möge für alle relevanten Entscheidungen, die tropische Regenwälder betreffen, ein verbindliches Grundsatzdecrekt beschließen, das sich gleichsinnig an drei Maximen orientiert:

- Unantastbarkeit der langfristigen Überlebensrechte der traditionellen Kulturen und Stammesgesellschaften sowie aktive Unterstützung aller Bemühungen, ihre Rechte zu sichern.
- Absoluter Schutz der noch verbliebenen Primärwälder vor sämtlichen menschlichen Eingriffen mit Ausnahme traditioneller und nachgewiesener nachhaltiger, ökologisch unbedenklicher Nutzungsformen.
- Verbot des Imports sämtlicher Güter, die direkt oder indirekt zum Verlust weiteren Primärregenwaldes beitragen.

In diesem Sinne sind insbesondere die Grundlagen unserer bi- und multilateralen Entwicklungspolitik sowie die Entscheidungsrichtlinien für die Mitarbeit in multinationalen Gremien und Organisationen neu zu formulieren und unmittelbar anzuwenden.

Die Entwicklungszusammenarbeit soll zukünftig vorrangig Projekte fördern, die der Naturbewahrung, der Restaurierung und Regeneration ehemaliger Regenwaldgebiete sowie der naturverträglichen Landnutzung dienen.

Schließlich soll die Bundesregierung sich für die Einrichtung eines internationalen Fonds einsetzen, der kontrollierte Kompensationszahlungen für den Nutzungsverzicht am Weltnaturerbe Regenwald leistet.

Ein Drittel dieser Emissionen gehen dabei auf das Konto der Regenwaldvernichtung. Allein in Brasilien werden inzwischen jährlich 100 000 qkm und weltweit über 200 000 qkm Urwald vernichtet. US-Satellitenaufnahmen ergaben z.B., daß es am 24.8.1987 an mehr als 8000 Stellen im Regenwald Amazoniens gleichzeitig brannte (4). Fast ständig stehen Rauchwolken von der mehrfachen Fläche der Bundesrepublik über Amazonien und den anderen Regenwaldgebieten.

Die dabei freigesetzte CO₂-Menge entspricht alleine in Amazonien den jährlichen Emissionen Westeuropas (5). Und dabei muß noch der doppelte Effekt in Rechnung gestellt werden, daß die weniger werdenden Wälder immer unzureichender in der Lage sind, das CO₂ durch Photosynthese aus der Luft herauszufiltern. Außerdem ist die Absorptionsfähigkeit der Weltmeere fast erschöpft.

Hauptursache für die jährliche Zunahme des CO₂ in der Atmosphäre um 1,6 ppm (Teile pro Million) ist mit zwei Dritteln immer noch die Verbrennung fossiler Energieträger, vorab jene in den Industriestaaten. Hier liegen die USA mit 22,8 %, die Sowjetunion mit 18,9 % und Westeuropa mit 14,7 % an der Spitze. (6)

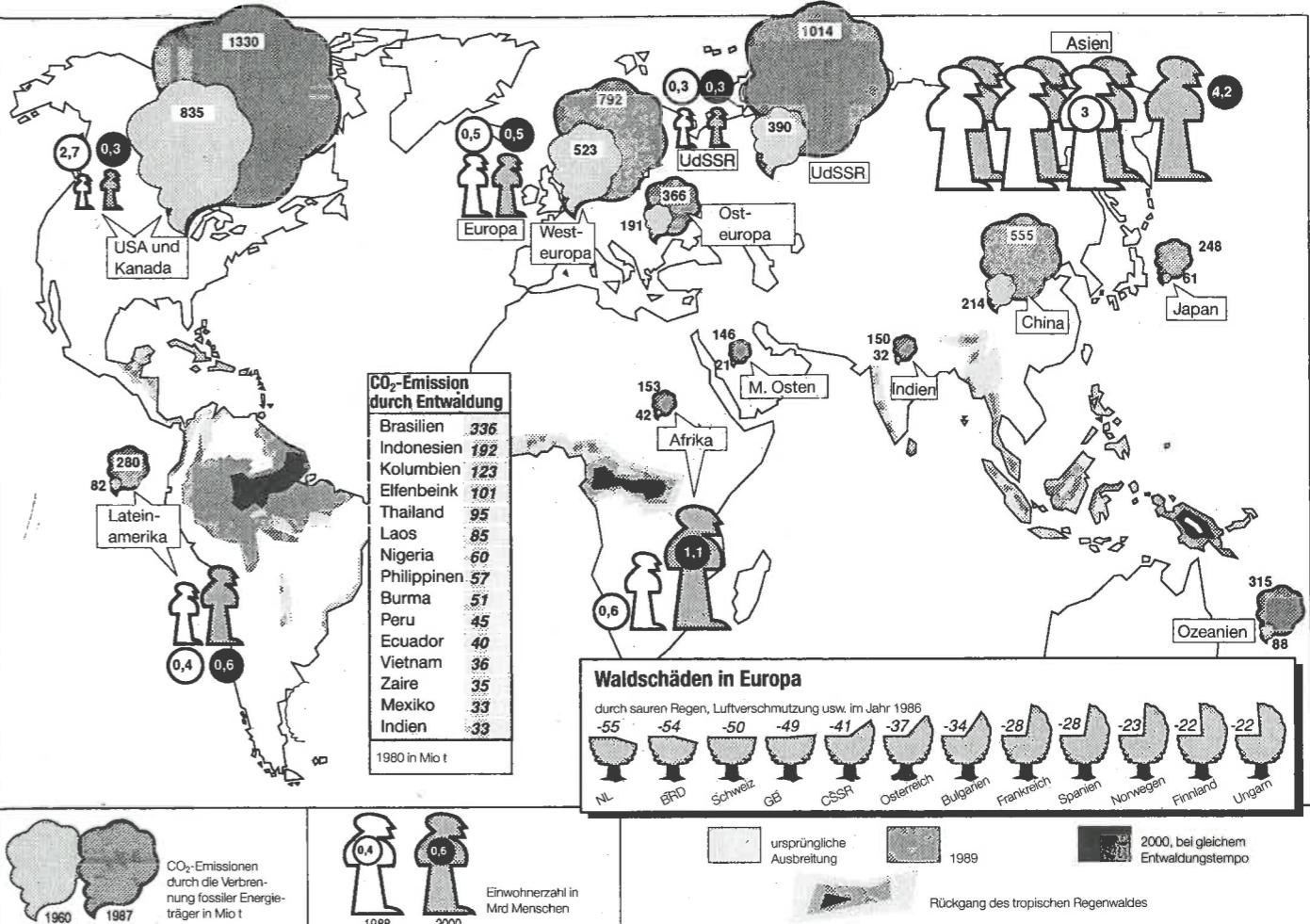
Betroffen wären einmal mehr die Entwicklungsländer. Hier würde allein die Erhöhung des Meeresspiegels ein Drittel der Weltbevölkerung, welches bis zu 60 km von den Küsten landeinwärts lebt, in Mitleidenschaft ziehen. Vor allem die Deltas von Ganges (Indien), Irrawaddy (Burma), Mekong (Kambodscha/Vietnam) und des Gelben Flusses (China) würden überflutet. Die Küsten der dichtbesiedelten indonesischen Hauptinseln Sumatra und Java wären ebenso gefährdet wie die Philippinen. Da der Verlust der fruchtbaren Schwemmländer nicht ohne weiteres kurzfristig durch weiter im Landesinneren gelegene Flächen ersetzt werden könnte, drohten nur noch schlimmere Hungersnöte und fortschreitendes Elend (8).

Distickstoffoxid und Ozon) ergäbe sich ein Wert, der bezüglich der Treibhauswirkung einer Erhöhung des CO₂-Gehaltes um weitere 200–300 ppm innerhalb von 50–100 Jahren entsprechen würde.

Ein Anstieg des CO₂-Gehalts auf 540 ppm hätte nach den unterschiedlichsten Klimamodellen eine Erhöhung der mittleren Temperatur von 2–4 °C zur Folge. Schon jetzt hat sich die mittlere Temperatur seit Mitte des vorigen Jahrhunderts um 0,7 °C erhöht, in der Arktis war sogar ein Anstieg um 1,7 °C festzu-

stellen. Eine Erhöhung der Temperatur um 2–4 °C – wie schon für die nächsten 50 Jahre vorausgesagt – würde die Trockenzonen in Afrika und Asien weiter nach Norden in die dichtbesiedelten und fruchtbaren Winterregenzone verschoben. Dagegen würden die nördlichen Gebiete wie Alaska, Kanada oder Sibirien wärmer. Durch ein befürchtetes Abschmelzen des Eises in den Polarregionen würde nicht nur die Absorption der Sonneneinstrahlung erhöht, sondern es käme auch zu einem Anstieg des Meeresspiegels um im Extremfall zwischen 5 und 10 Metern.

Nach einer Studie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (7) von 1986 ist der CO₂-Gehalt seit 1860 von 270 ppm auf 346 ppm angestiegen. Geht die Steigerung der CO₂-Emissionen weiter wie bisher, wird der CO₂-Gehalt innerhalb von 100 Jahren auf 500–600 ppm anwachsen. Und selbst wenn die Emissionen konstant blieben, dürfte der CO₂-Gehalt immer noch auf 400–500 ppm ansteigen. Zusammengenommen mit anderen Spurengasen (FCKW, Methan,



sionen um 150 % vor. Selbst bei optimaler Nutzung alternativer Energien könnte das Wachstum der Emissionen bestenfalls um 20–22 % verringert werden (10). Ähnliches ließe sich auch für eine Reihe von anderen Entwicklungsländern belegen.

Einigkeit konnte in Den Haag aber in dem Punkt erzielt werden, die Kompetenzen der UNO zum Schutz der Atmosphäre – ob durch Gründung einer Umweltbehörde oder durch Erweiterung der Vollmachten des UNEP – erheblich auszuweiten. Die Behörde soll das Recht erhalten, bestimmte Maßnahmen anzurufen, Informationen einzuholen und den Zugang zu benötigten Technologien zu erleichtern. Bei Maßnahmen zum Schutz der Atmosphäre soll – entsprechend dem Entwicklungsstand und der Verantwortung für die Verschmutzung – „eine angemessene und ausgewogene Unterstützung“ geleistet werden (11). Im September d.J. soll der UN-Vollversammlung ein entsprechender Resolutionsentwurf zur Abstimmung unterbreitet werden.

Darauf zielt ein Vorschlag des Direktors des brasilianischen Höheren Instituts für Amazonische Studien (ISEA), Samuel Benchimol, den er auf der Umwelttagung von 24 Ministern, Staats- und Regierungschefs aus Nord und Süd am 11. März d.J. im niederländischen Den Haag unterbreitete. Seinem Plan zufolge soll eine „Verschmutzungssteuer“ von 100 \$ pro t CO₂ bei den Verursachern erhoben werden. Nach den Berechnungen Benchimols käme dadurch ein Betrag von 451 \$ jährlich zusammen. Die Vereinten Nationen könnten davon die gesamte Auslandsschuld der Dritten Welt, die ohnehin nur noch mit einem Drittel zu bewerten sei, tilgen und behielte noch 150 Mrd \$ für Umweltschutzmaßnahmen übrig.

Daß sich die westlichen Industriestaaten

Angesichts der Interessengegensätze zwischen den einzelnen Staaten und der Höhe der notwendigen finanziellen Aufwendungen ist jedoch zu bezweifeln, daß Maßnahmen, die den ökologischen Gefahren gerecht werden, beschlossen werden. Weitere wertvolle Zeit wird durch die Fortsetzung des Konferenzregens verstreichen, bei der die nahe Katastrophe beschworen wird und neue Absichtserklärungen in die Welt gesetzt werden.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 7.3.1989 und Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 8.3.1989
- 2) Vgl. Publik-Forum, Oberursel, 13.1.1989
- 3) Vgl. Greenpeace-Nachrichten, Hamburg, Nr. 1, 1989, S. 15
- 4) Vgl. ebenda, S. 9
- 5) Vgl. Welt am Sonntag, Hamburg, 26.3.1989
- 6) Vgl. SZ, 13.3.1989
- 7) Vgl. im folgenden: FR, 19.9.1986
- 8) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 1.1.1989
- 9) Vgl. FR, 19.9.1986
- 10) Vgl. Nord-Süd aktuell, Hamburg, 4. Quartal 1988, S. 527
- 11) SZ, 3.4.1989



PAULOS MAR GREGORIUS

Abrüstungschancen aus dem Blickwinkel der Dritten Welt

Frieden und Gerechtigkeit sind untrennbar

Paulos Mar Gregorius ist einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen und Metropolit der Orthodoxen Syrischen Kirche von Malankara (Indien). Auf der Regionaltagung der Christlichen Friedenskonferenz, die Ende Januar d.J. in Marburg stattfand, ging er im einleitenden Referat ausführlich auf das Verhältnis von Frieden und sozialer Gerechtigkeit im internationalen Veränderungsprozeß ein.

Es ist inzwischen über ein Jahr vergangen, seit der INF-Vertrag im Dezember 1987 unterzeichnet worden ist. Natürlich, es war ein epochemachendes Ereignis. Es hat eine neue Hoffnung in den Herzen der Menschen entflammt. Es bestehen realistische Aussichten auf eine friedliche Zukunft der Menschheit. Es ist nun möglich geworden, sich eine Menschheit ohne Massenvernichtungsmittel vorzustellen. Friedensbewegungen haben einen weiteren Schub an Glaubwürdigkeit erhalten. Man kann sie nun nicht mehr als unrealistisch und utopisch abqualifizieren. (...)

In der ganzen Welt ist eine allgemeine Atmosphäre von Entspannung erzeugt worden, obwohl immer noch Spannungen verbleiben. In vielen regionalen Auseinandersetzungen hat man begonnen, den Konflikt beizulegen und nach einer friedlichen Lösung zu suchen.

Die Regelung in Afghanistan und der Waffenstillstand im Krieg zwischen Irak und Iran sind herausragende Beispiele für die Früchte solcher Entspannung. Sogar Mittelamerika, das Südliche Afrika und der nahe Osten, drei Regionen der Welt, in denen sich vordem die Auseinandersetzungen eher zuspitzten schienen, haben jetzt begonnen, hoffnungsvolle Zeichen einer demokratischen und friedvollen Beilegung der Konflikte zu zeigen. (...)

Drittens: Solange es kein Einfrieren der

Herstellung neuer Atomwaffen gibt, werden jedes Jahr Tausende von tödlichen und ausgelöselten Atomwaffen den vorhandenen Beständen hinzugefügt. (...)

Viertens: Den meisten Leuten ist nicht klar, daß als Folge des INF-Vertrages nicht ein einziger nuklearer Gefechtskopf (von den 60.000 nuklearen Gefechtsköpfen in der Welt) vernichtet werden wird. Der Vertrag betrifft nur die Trägersysteme, nicht die Gefechtsköpfe! (...)

Fünftens: Nur sehr wenigen Menschen wird klar, ein wie weitreichendes Zugeständnis es für die Sowjetunion bedeutet, sich grundsätzlich auf eine ungleichgewichtige Verminderung von Waffen eingelassen zu haben. Für sechs sowjetische Raketen systeme die zerstört werden, werden auf amerikanischer Seite nur vier vernichtet. (...)

Wenn wir all diese Gesichtspunkte in Erwägung ziehen, ist der INF-Vertrag kein Anlaß für die Friedensbewegungen, in Euphorie auszubrechen oder sich auf ihren Lorbeeren auszuruhen. Der Kampf für die Vernichtung aller Atomwaffen in einem zeitlich festgelegten Rahmen muß mit doppelter Kraft weitergeführt werden. Die Friedensbewegungen sollten sich jetzt nachdrücklich einsetzen:

1. für die Beschleunigung der START-Verhandlungen, um eine 50prozentige Reduzierung aller strategischen Waffen bis Mitte 1989 zu erreichen;

2. für den Entwurf, die Verhandlung, Unterzeichnung und Ratifizierung eines umfassenden Test-Stop-Abkommens bis Ende 1989;
3. für eine weltweite Übereinkunft über die Unrechtmäßigkeit von Massenvernichtungsmitteln und das vollständige Einfrieren ihrer Entwicklung und Fertigung;
4. für eine Übereinkunft über das absolute Verbot aller chemischen und bakteriologischen Waffen sowie ihre Ungezüglichkeit;
5. für eine drastische Verringerung konventioneller Waffen und Streitkräfte sowohl durch bilaterale oder multilaterale Übereinkünfte als auch durch einseitige Vorleistungen, wie sie von Präsident Gorbatschow in seiner UNO-Ansprache im Dezember 1988 angekündigt worden sind;
6. für die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, in der die Nationen eine Vereinbarung treffen für ein zeitlich festgelegtes Programm zur Vernichtung sämtlicher Massenvernichtungsmittel bis spätestens zum Jahr 2010, wenn möglich früher;

7. für die verstärkte Aufmerksamkeit der Friedensbewegungen für die Abrüstung seitens unterstützter Waffensysteme. (Dies aufgrund der Tatsache, daß die Vernichtung landgestützter Raketen [die sehr verwundbar sind] einhergeht mit einer immer stärkeren Verlagerung von Gefechtsköpfen und Trägersystemen auf die Weltmeere, wo solche Systeme auf Flugzeugträgern, Atom-Unterseebooten und Schlachtschiffen installiert werden.);
8. dafür, weiterhin ein Auge zu haben auf die Vorgehensweisen von Waffenproduzenten und -händlern zum Erhalt oder Anwachsen ihrer Profite, dadurch, daß sie sich neue Entwürfe ausdenken für weltraumgestützte Verteidigung, nicht radarerfaßbare Trägersysteme und neue Technologien wie Werfer für gebündelte Energie;

9. für die Beobachtung kleinerer Länder, die Raketen entwickeln oder erwerben, die mit chemischen, biologischen und klimatologischen Kampfstoffen eingesetzt werden können (einige Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas scheinen sich in diese Richtung zu bewegen);
10. dafür, daß die öffentliche Meinung in die Richtung eines weltumfassenden Alternativsystems gemeinsamer Sicherheit gelenkt wird.

Die Abrüstungsfrage hat außerhalb der industriell entwickelten Länder zweifellos an Gewicht gewonnen. Initiativen der Zwei-Drittel-Welt wie die der nichtpaktgebundenen Länder scheinen wirkungsvoller zu werden. Der Vorstoß der „Sechs Nationen“ hat einiges von seiner Schlagkraft verloren, da die meisten der führenden Staatsmänner, die ihn ins Leben gerufen haben, nicht mehr an der Macht sind (Olof Palme, Julius Nyerere, de la Madrid).

In der Verlautbarung von Neu-Delhi, die 1986 von Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi unterzeichnet worden ist, sind 10 bedeutende Punkte niedergelegt, die die Abrüstungsbemühungen vorwärtsbringen könnten. Auf ihrem zweiten Gipfeltreffen am 20.11.1988 brachten sie eine bedeutende Erklärung heraus, in der sie „die Bedeutung der

Bemühungen aller Staaten für die Entwicklung eines umfassenden weltweiten Systems internationaler Sicherheit“ betonten, als Grundlage für „eine atomwaffenfreie und gewaltlose Welt“. Indien hat sich bereits eingesetzt für einen „Aktionsplan zur Einführung einer atomwaffenfreien und gewaltlosen Weltordnung bis zum Jahr 2010“.

Die Erklärung des zweiten Gipfeltreffens (1988) stellt heraus: „Die Sowjetunion und Indien sind sich einig in dem Bewußtsein, daß weltweiter Frieden und Stabilität nur auf der Grundlage wirtschaftlich gesunder Verhältnisse erreicht werden können. Eine neue Weltwirtschaftsordnung muß auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Verhältnismäßigkeit errichtet werden. Dringende und ernsthafte Schritte müssen unternommen werden, um das wachsende weltweite Schuldenproblem sowie die Krise des internationalen Geld- und Finanzsystems zu lösen.“

Sowohl in der sozialistischen Welt als auch in der Zwei-Drittel-Welt ist eine wachsende Erkenntnis über den wesentlichen Zusam-

wahren. Andererseits aber sind sie nicht in gleicher Weise darum bemüht, die Gerechtigkeit in der Welt herzustellen – Gerechtigkeit sowohl innerhalb der einzelnen Völker als auch zwischen ihnen.

Soweit es die Zwei-Drittel-Welt angeht, ist Frieden ohne Gerechtigkeit kein erstrebenswertes Ziel für uns, besonders für diejenigen, die sich dessen bewußt sind, daß in unserem Teil der Welt auch ohne Krieg jährlich Millionen von Menschen an Armut, Unterernährung und magelhaften hygienischen Verhältnissen sterben...

Es mag sinnvoll sein, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß es sogar in linken Kreisen diesbezüglich einige Anfragen an das Neue Denken in der Sowjetunion gibt. Wir können den Standpunkt verstehen, daß es auf diesem Planeten keine Überlebenschance gibt, wenn es zu einem atomaren Holocaust kommt. Insofern liegt eine gewisse Logik darin, dem Überleben der Menschheit Priorität einzuräumen gegenüber Klassengesetzen und Klassenkämpfen. (...)

Aber die Millionen von Unterdrückten und Ausgebeuteten auf unserer Welt und diejenigen, die sich deren Gleichberechtigung wesentlich zu Herzen nehmen, kann selbst ein drohender Atomkrieg nicht von ihrem Klassenkampf abbringen oder dazu führen, daß sie ihre Klassengegensätze nicht austragen. Die Bedrohung durch einen Atomkrieg sollte nicht als Argument benutzt werden, um die Forderung nach Gerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft und zwischen den Völkern herunterzuspielen. (...)

Das Gegenargument ist: „Was passiert, wenn Klassenauseinandersetzungen die Gefahr des Atomkrieges erhöhen? Ist es nicht notwendig, und sei es nur aus taktischen Erwägungen heraus, die Klassengegensätze herunterzuspielen, um die Entspannung zu fördern und so eine Atmosphäre zu schaffen, die der atomaren Abrüstung dienlich ist?“ So zu denken, hat sicherlich einiges für sich, zumindest für diejenigen, die mit ihrem momentanen Lebensstandard nicht gänzlich unzufrieden sind.

Es wird deutlich, daß sich hier zwei verschiedene Vorgehensweisen entwickeln: Die sozialistischen Länder, in denen sich die Arbeiterklasse bereits im Besitz der Macht wähnt, mögen das Klassenkampfkonzept nicht besonders brauchbar finden für die Analyse ihrer eigenen Probleme, einschließlich der wirtschaftlichen Stagnation. Für die mag die Neuordnung ihrer Wirtschaft und die Fähigkeit, Ansprüchen der Bevölkerung an die Produktion nachzukommen, einen höheren Stellenwert besitzen als der internationale Klassenkampf.

Aber in der Zwei-Drittel-Welt, in der der Staat immer noch weitgehend ein Instrument der herrschenden Klasse ist, kann die unterdrückte und ausgebeutete Arbeiterklasse nicht unbedingt die Notwendigkeit von Produktivitätssteigerung sehen, wenn sie gleichzeitig weiß, daß sich die Besitzer der Produktionsmittel und die aufsteigende Mittelschicht einen Großteil des Mehrwertes, den sie mit ihrer Arbeit schafft, aneignen. (...)



menhang zwischen Gerechtigkeit und Frieden zu verzeichnen. Ich werde diesen Zusammenhang im dritten Teil meines Vortrags über umfassende gemeinsame Sicherheit deutlicher zu machen versuchen. Hier kommt es zunächst darauf an, herauszustellen, daß eine der Versuchungen westlicher Friedensbewegungen darin liegt, einen Unterschied zu machen zwischen den Fragen von Frieden und Gerechtigkeit und dabei der Friedensfrage einen höheren Stellenwert einzuräumen. Beinahe als Folge davon zeigen die meisten Völker der Zwei-Drittel-Welt kein großes Interesse an den Fragen von Frieden und Abrüstung. Es ist heutzutage sehr schwer, das Interesse der Massen in Afrika, Lateinamerika, Asien oder der Karibik für die Friedensbewegung zu gewinnen.

Auf dieses Problem sollte sich die besondere Aufmerksamkeit der europäischen und amerikanischen Friedensbewegung richten. Außerhalb der westlichen Welt hat man den Eindruck, daß die westlichen Friedensbewegungen zwar darauf bedacht sind, die Möglichkeit eines Atomkrieges auszuschalten, und daß sie auch noch aktiv darum besorgt sind, das ökologische Gleichgewicht zu be-



Die Länder der Zwei-Drittel-Welt finden es daher naheliegend, der Gerechtigkeit Vorrang vor dem Frieden zu geben, während sozialistische Länder die Prioritäten eher andersherum setzen. Dieses schafft eine gewisse Entfremdung zwischen den sozialistischen Völkern und den unterdrückten Völkern der Zwei-Drittel-Welt. Außerdem besteht diese Entfremdung zwischen den Friedensbewegungen des Westens und den Völkern der Zwei-Drittel-Welt.

Es gibt keinen Platz für Euphorie. Michail Gorbatschow hat uns Grund zur Hoffnung gegeben, a) indem er eigentlich Opfer brachte, um den INF-Vertrag zu sichern, b) indem er eine Atmosphäre der Entspannung geschaffen hat, c) indem er mutige Schritte zu einer

TROTZ DES INF-VERTRAGES UND DER GORBATSCHOW- INITIATIVEN BESTEHT KEIN GRUND, IN EUPHORIE ZU VERFALLEN

einseitigen Abrüstung auf konventionellem Gebiet unternahm.

Die andere Seite mußte notgedrungenerweise darauf eingehen. Von Begeisterung konnte bei ihr keine Rede sein. Ihr geht es immer noch darum, aus dem ureigensten Verlangen des Anderen nach Frieden und Abrüstung ihren einseitigen Vorteil zu ziehen. Die herrschende Philosophie ist immer noch die des Strebens nach Überlegenheit. Die Absicht, das sozialistische System zu vernichten und zu zerstampfen, ist keinesfalls verschwunden. Nicht nur die Zugeständnisse, die die Sowjetunion gemacht hat, sondern auch deren aufrichtige Haltung zu Versöhnung und Entspannung werden als eine Folge der Stärke des Westen und der Schwäche des Sozialismus gesehen.



Karikatur: Much

Auch wenn eine solche Hoffnung sich nicht auf sehr viel Zuversicht gründen kann, lassen Sie uns hoffen, daß die START-Verhandlungen und die Wiener Gespräche sich sehr schnell entwickeln und daß sie einige herausragende Ergebnisse bringen, sowohl was das Feld atomarer Rüstung als auch das konventioneller Bewaffnung angeht.

Wir würden immer noch in höchster Unsicherheit leben und in der Gefahr, als Gattung unterzugehen, auch wenn 50 % der Gefechtsköpfe und Trägersysteme zerstört, auch wenn eine 50prozentige Verringerung der konventionellen Rüstung und der Truppenstärken erreicht, auch wenn ein umfassendes Teststop-Abkommen unterzeichnet, auch wenn SDI vollkommen verworfen worden wäre und die Weltraumtechnologie zu ausschließlich friedlichen Zwecken verwendet würde. Die grundlegenden Probleme in unserer gegenwärtigen Frage nach menschlicher Sicherheit liegen:

- a) in dem Versuch, ein ungerechtes System für die Machthaber zu sichern, und
- b) in dem Unterfangen, solche Sicherheit auf Streitkräfte, Waffen und Terror zu gründen.

Ein umfassendes System weltweiter gemeinsamer Sicherheit muß sich vor diesen beiden Problemen in acht nehmen. Es erfordert vollkommen neuartige Auffassungen. Drei solcher Auffassungen sind:

- a) das nichtmilitärische Verständnis von Sicherheit,
- b) Sicherheit ohne Massenvernichtungsmittel,
- c) Sicherheit, die über die nationale Verteidigung hinaus zu einem gemeinsamen Konzept kommt, das allen Nationen und Völkern Sicherheit garantiert.

Die UNO-Konferenz über das Verhältnis von Abrüstung und Entwicklung hat 1987 die Wichtigkeit des nichtmilitärischen Faktors von Sicherheit und Unsicherheit deutlich erkannt. Wirtschaftliche und soziale Sicherheit sind genauso wichtig wie Sicherheit gegen einen Angriff von außen. Es entwickelt sich ein Sprengstoff, der genauso bedrohlich

ist wie eine Atombombe, nicht nur im Südlichen Afrika, in Mittelamerika und dem Nahen Osten, sondern darüber hinaus in jeder Situation, in der die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit fördern. Ehe nicht allen Völkern und allen Menschen die Möglichkeit zu einem würdevollen und sicheren Leben gegeben worden ist, kann es für niemanden wirkliche Sicherheit geben. (...)

Das ist das Kernstück umfassender weltweiter gemeinsamer Sicherheit (UWGS).

Der zweite Teilbereich von UWGS ist Sicherheit ohne Massenvernichtungsmittel. (...) Massenvernichtungsmittel erhöhen nicht die menschliche Sicherheit oder die Sicherheit einer Nation. Wenn eine Nation Massenvernichtungsmittel besitzt, bietet dies den Anreiz und die Gelegenheit für andere Nationen, dasselbe für sich in Anspruch zu nehmen. Dies macht beide Seiten gleichermaßen unsicher und führt zu einem selbstmörderischen Rüstungswettlauf.

Auf welche Weise wird Sicherheit für alle Nationen verlässlich sein, wenn die Massenvernichtungsmittel beseitigt worden sind? Dies ist natürlich der dritte Bereich des UWGS-Systems – ein demokratisch kontrolliertes internationales System zur friedlichen Lösung von Konflikten, wobei die Sicherheit jeder einzelnen Nation in die Verantwortung der gesamten internationalen Gemeinschaft gelegt wird.

Die würde folgendes erforderlich machen:

- eine vollkommene Umgestaltung der UNO und besonders des Sicherheitsrates,
- ein umfassendes System internationalen Rechts und Schiedsgerichte,
- ein demokratisch kontrolliertes High-tech-System zur weltweiten Beobachtung und Überwachung, und
- ein umfassendes System der Besteuerung und Finanzierung der neuen internationalen Einrichtungen sowie zur Ausrottung von Armut und zur Gesundheitsfürsorge, zur Beseitigung von Unwissenheit und Ungerechtigkeit, zur Bekämpfung von Rückständigkeit und Mangel an kultureller Schaffenskraft.
- Ebenso notwendig wäre eine demokratisch kontrollierte, weltweite internationale Friedenstruppe, die überall auf der Welt stationiert wäre.

Es wird außerdem große Anstrengungen erfordern, um Mißverständnisse, Vorurteile und falsche Auffassungen von Interessenkonflikten und Feindseligkeiten zwischen Nationen auszuräumen, – durch Kulturaustausch und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, durch neue weltweite und regionale Institutionen dafür und durch eine radikale Neuordnung des Bildungswesens und der Medienpolitik. Neue weltweite Institutionen werden gebraucht. Sie müssen den Handel sowie die Finanz- und Bankverhältnisse in den Beziehungen zwischen Völkern und Nationen regulieren.

Nur dadurch, daß wir beginnen, das Grundgerüst für solch ein UWGS-System zu bauen, wird der Bewegung für umfassende und vollständige Abrüstung ein neuer Schwung verliehen.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Abschlußkonferenz der Nord-Süd-Kampagne

Thesen für eine umwelt- und sozialverträgliche Weltarbeitsteilung

Neben einem umfassenden Schuldenerlaß und einem Kurswechsel in der Entwicklungspolitik ist eine sozial- und umweltverträgliche Wirtschaftsweise in den Industriestaaten die wichtigste Voraussetzung für die Bewahrung des Friedens und die Schaffung menschenwürdiger Lebensumstände für alle.

Vom 12. bis 14. Februar d.J. fand in Bonn die Auswertungs- und Perspektivkonferenz der Nord-Süd-Kampagne des Europarates „Nord-Süd-Politik ist Friedens- und Innenpolitik“ statt (siehe DRITTE WELT 4/1989, S. 45). Die Kampagne, die 1988 in den meisten westeuropäischen Ländern stattfand, wurde in der Bundesrepublik von einem breiten Bündnis getragen, an dem u.a. kirchliche Hilfswerke, der DGB, viele Nichtregierungsorganisationen, der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, kommunale Spitzenverbände und der Bundesjugendring teilnahmen. Ihr Ziel war es, „Ursachen, Zustände und Perspektiven der sich zusätzenden Nord-Süd-Konflikte verständlicher zu machen und Lösungsansätze aufzuzeigen“.

Auf der jetzigen Konferenz, die den Abschluß der Kampagne bildete, verabschiedeten die rund 70 TeilnehmerInnen die folgenden „Thesen zur Umsetzung einer umwelt- und sozialverträglichen Weltarbeitsteilung“.

Präambel

Mit der Anfang der 70er Jahre einsetzenden Weltwirtschaftskrise läßt sich weltweit ein alarmierender Anstieg der Arbeitslosigkeit und Armut beobachten. Trotz kräftiger Wachstumsraten einiger Industrienationen in den letzten Jahren gelang es nicht, diese Entwicklung umzukehren. Eine Entkopplung von Wachstum und Arbeitsmarkt ist nicht mehr zu leugnen.

Die Armut der breiten Bevölkerungsschichten in den Ländern der sogenannten Dritten Welt nimmt weiter zu. Sie ist zentrale Ursache ungebremster Bevölkerungsentwicklung und Umweltzerstörung. Die Zahl der politischen, Armut- und Umweltflüchtlinge wächst. Gleichzeitig wird die Ausländerfeindlichkeit geschürt und das Asylrecht ausgehöhlt.

Parallel dazu verwiesen immer mehr Wissenschaftler auf die ökologischen Grenzen des Wachstums. In immer kürzeren Intervallen

reihen sich Umweltkatastrophen aneinander – der Bedrohung durch Ozonloch, Treibhauseffekt, Waldsterben, Verseuchung der Meere, Atomunfälle usw. kann sich niemand mehr entziehen.

Während zwischen den Blöcken von West und Ost erstmals Abrüstungsschritte erfolgreich ausgehandelt werden konnten, nehmen militärische Auseinandersetzung und Unter-

der Verantwortung für die Durchsetzung einer weltweiten sozialen Gerechtigkeit und internationalen Solidarität. Diese sind Grundlagen für die Bewahrung der Schöpfung, des Friedens und der Schaffung menschenwürdiger Lebensumstände für alle.

Die Unsicherheit über den bisherigen Weg wächst, und die Einsicht breitet sich aus, daß die Fortsetzung des bisherigen Handelns keine Perspektive mehr hat.

Es ist verständlich, daß Forderungen nach Veränderungen Ängste und Abwehrreaktionen auslösen. Diese Reaktionen verstellen aber allzu leicht den Blick auf Chancen, Herausforderungen und die Möglichkeit, die eine umwelt- und sozialverträgliche Weltarbeitsteilung für alle bietet.

Die Konferenz ist sich bewußt, daß die folgenden Thesen Zielkonflikte enthalten sowie erst in Umrissen erkennbare Umsetzungsstrategien. Der in der Nord-Süd-Kampagne begonnene Prozeß der Zusammenarbeit und des Dialogs soll deshalb fortgesetzt werden.



1. Schuldenerlaß umwelt- und sozialverträglich lösen

Die Verschuldung der Entwicklungsländer ist der sichtbarste Ausdruck ungerechter Weltwirtschaftsstrukturen. Ohne eine neue internationale Wirtschafts- und Sozialordnung wird es keinen auf Dauer tragfähigen, ökologisch und sozialverträglichen weltweiten Entwicklungsprozeß geben. Deshalb treten wir für einen umfassenden Schuldenerlaß ein. Er muß dem Umweltschutz und der Wiederherstellung und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage dienen.

Die Doktrin der Strukturanzapfungskredite von IWF und Weltbank mit ihren verheerenden Auswirkungen auf breite Bevölkerungsschichten muß aufgegeben werden. An ihre Stelle müssen Kriterien der Umwelt- und Sozialverträglichkeit treten. Die Einhaltung der neugestalteten Politik ist von den nationalen Parlamenten der Anteilseigner zu überwachen.

drückung im Süden zu. Angeheizt werden diese Konflikte durch steigende Rüstungsexporte aus West und Ost. Die Bundesrepublik hat daran einen stetig wachsenden Anteil.

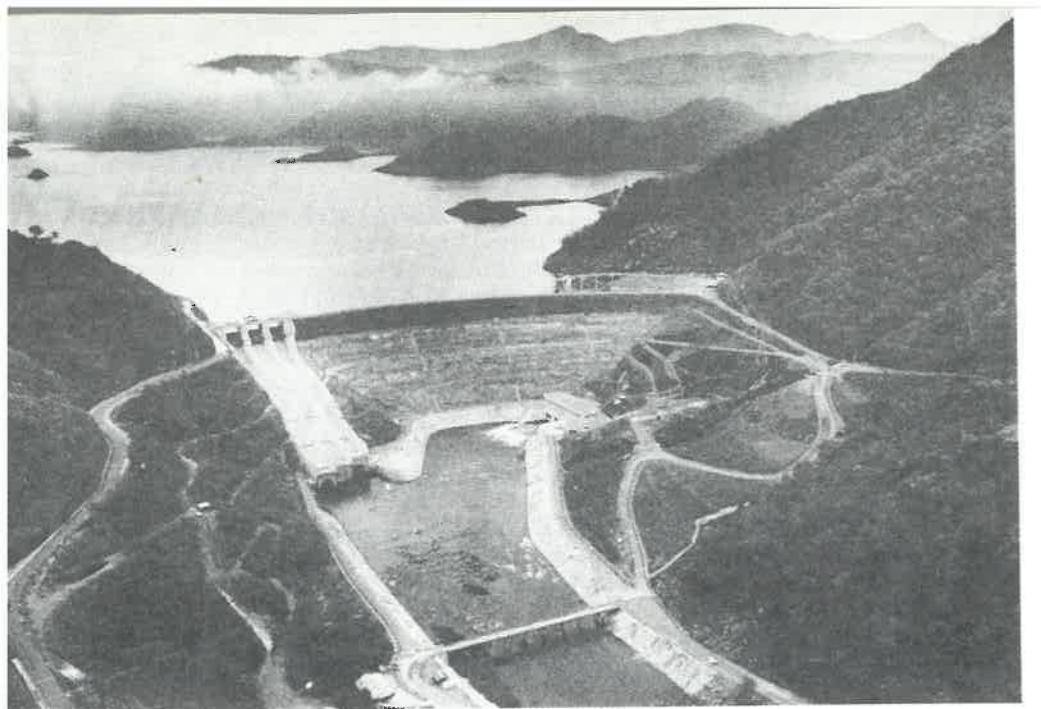
Vor diesem Hintergrund sind jetzt erstmals in der Bundesrepublik Vertreter von Umweltverbänden, Arbeitnehmerorganisationen, Nichtregierungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Wissenschaftler, Politiker und Journalisten auf der Konferenz „Nord-Süd-Politik ist Friedens- und Innenpolitik“ zusammengekommen und haben folgende „Zehn Thesen zur Umsetzung einer sozial- und umweltverträglichen Weltarbeitsteilung“ zusammengestellt.

Die Thesen beruhen auf der Anerkennung

10. Berliner Volksuni
Pfingsten, 12. bis 15. Mai 1989

Perestrojka und Europa

- ▷ Dialektik der Perestrojka und Erneuerung des Marxismus
 - ▷ Sozialistische Marktwirtschaft und Demokratie
 - ▷ Westeuropäische Integration und »Gemeinsames Europäisches Haus«
 - ▷ Fusionskartelle transnationaler Konzerne - Schrumpft die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften?
 - ▷ Europa von Unten: Alternative Produktionskonzepte und europaweite Arbeit kooperativen
 - ▷ Sozialistisch-feministischer Umbau im Westen?
 - ▷ Gesellschaftsutopien in der Frauenbewegung
 - ▷ Neue Aufgaben im christlich-marxistischen Dialog?
 - ▷ Feministische Theologie als Befreiungstheologie im Kontext Europa
 - ▷ Neue Chancen zur Lösung globaler Probleme?
 - ▷ »Der Plan des Volks und der Plan der Bürokraten«: Kämpfe um Ökologie in der Sowjetunion
 - ▷ Ende des Antikommunismus? Über den Abbau von Feindbildern zu einer neuen Zivilgesellschaft?
 - ▷ Eine Reihe zum sowjetischen Film. Vorführung und Diskussion
 - ▷ Martin Buchholz: Kabarett zum 10jährigen Jubiläum der VOLKSUNI
- Mit Referenten aus der Sowjetunion, Westeuropa, der DDR und der Bundesrepublik
- Ein ausführliches Programmbuch (3 DM) erscheint Mitte April und ist in Berlin im Buchhandel erhältlich oder zu bestellen beim VOLKSUNI-Büro, Dominicusstraße 3, 1000 Berlin 62, zuzüglich 1,40 DM Porto (bitte den Betrag in Briefmarken beilegen).



Bundesdeutsches Entwicklungshilfeprojekt Randenigala: künftig die Umwelt- und Sozialverträglichkeit stärker gewichten

2. Strukturanzapassungen auch im Norden gefordert

Die fortgesetzte Orientierung an einem quantitativen Wachstumsmodell hat zur weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit und zu einer fortschreitenden Zerstörung der Umwelt geführt. Andererseits sichert dieses Modell den Industriestaaten bis heute einen ungerechtfertigt hohen Anteil am Verbrauch der Ressourcen unserer Erde.

Das zentrale Entwicklungshemmnis für den Süden stellt deshalb die fehlende Bereitschaft zur Strukturanzapassung im Norden dar. Grundlegende Veränderungen auf allen Ebenen unserer Gesellschaft sind unabdingbar. Nur dadurch eröffnen sich für die breiten Bevölkerungsschichten in Nord und Süd gleichermaßen Perspektiven für ein menschenwürdiges Leben.

3. Selbstbestimmte Volkswirtschaften im Süden aufbauen

Grundlage eigenständiger Entwicklung im Süden ist der Aufbau selbstbestimmter Volkswirtschaften. Nur sie eröffnen die Chance für eine Binnenmarktversorgung. Nur selbstbestimmte Volkswirtschaften können erfolgreich regional kooperieren und gleichberechtigte Partner im internationalen Austausch sein. Die heutigen Formen der Weltmarktinintegration haben dies bisher verhindert und die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten verschlechtert. Entschuldigung, eine sozial und ökologisch verträgliche Strukturanzapassung in Nord und Süd und der Aufbau selbstbestimmter Volkswirtschaften im Süden eröffnen große Chancen für eine gleichberechtigte dauerhafte Entwicklung.

Dieses Ziel ist ohne die Mobilisierung erheblicher Finanzmittel nicht erreichbar. Ein erster konkreter Schritt ist die Erreichung des 0,7-Prozent-Ziel (BSP) in den kommenden drei Jahren. Bis 1995 ist die 1-Prozent-Marke (BSP) anzustreben. Die Mittel der staatlichen Entwicklungshilfe sind in Zukunft – weit stärker

als in der Vergangenheit – zur Armutsbekämpfung und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und ausschließlich als Zuschüsse zu vergeben.

4. Protektionismus und Handelshemmisse zugunsten der Dritten Welt abbauen

Seit Anfang der 80er Jahre sind die Erlöse aus Rohstoffverkäufen erneut dramatisch gefallen. Zur Erlösstabilisierung sind umfangreiche Mittel erforderlich.

Andererseits haben immer mehr Entwicklungsländer in den vergangenen Jahren eigene Verarbeitungsindustrien aufgebaut. Arbeitnehmer in der Bundesrepublik waren und sind darauf in der Regel nicht vorbereitet, da eine vorausschauende Strukturanzapassungspolitik fehlt.

In der Vorbereitung auf den kommenden gemeinsamen Binnenmarkt müssen die Möglichkeiten zum Abbau von Handelshemmisse zugunsten der Entwicklungsländer wahrgenommen werden. Die Besorgnisse der sog. Dritten Welt vor einer „Festung Europa“ müssen sehr ernst genommen werden (z.B. Agrar- und Handelspolitik). Für die Wirtschaft der Bundesrepublik sind die Beseitigung der Exportüberschüsse und der Abbau von Subventionen zu fordern.

5. Globale Verflechtungen innenpolitisch handhabbar machen

Unsere demokratische Grundordnung sieht soziale Verantwortlichkeit nur innerhalb nationalstaatlicher Grenzen vor. Langfristige, gemeinsame Interessen in Nord und Süd (Entwicklung, Bewahrung der Umwelt und Freiheit) finden im politischen Willensbildungsprinzip bei uns kaum Berücksichtigung.

Neben einer verschärften Umweltgesetzgebung und -kontrolle fordern wir die Umgestaltung unseres Steuer- und Abgabensystems, um die gesellschaftlichen Kosten einer umweltschädigenden Produktionsweise in Rechnung zu stellen und die Entwicklung um-

zung entzieht, muß durchbrochen werden. Erforderlich ist daher eine Weiterentwicklung unserer parlamentarischen Demokratie mit dem Ziel, die globalen Verflechtungen als Faktor unserer Innenpolitik handhabbar zu machen. Entsprechende Schritte könnten sein:

- Neudeinition der Verantwortung von Mandatsträgern, die es ermöglicht, Entscheidungen von existentieller Bedeutung für die Zukunft des Nordens und Südens nicht mehr der Lösung von Tagesproblemen und dem Denken in Wahlperioden unterzuordnen.
- Die Internationalisierung von Wirtschaft und Politik erfordert Kompetenzabtretung seitens nationaler Regierungen an noch zu schaffende adäquate Politikstrukturen, die demokratisch legitimiert und kontrollierbar sind. Sie müssen zudem mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet werden.
- Herstellung rechtlicher Verbindlichkeiten internationaler Abkommen in der Bundesrepublik, die dem Erhalt der Weltressourcen und dem Abbau des Nord-Süd-Gefäßes gelten (z.B. Seerechtskonvention, ILO-Konvention, Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten).
- Einführung von Entwicklungsverträglichkeitsprüfungen für alle staatlichen Maßnahmen in bezug auf deren Auswirkungen in den Entwicklungsländern. Die Ergebnisse sind zu veröffentlichen.

6. Änderungen akzeptanzfähig machen

Strukturveränderungen bei uns setzen informierte BürgerInnen voraus. Die bisherige Verkürzung der Nord-Süd-Beziehungen allein auf den Hilfsaspekt muß überwunden werden. Eine Informations- und Bildungsarbeit „von der Wohltätigkeit zur Gerechtigkeit“ ist auf allen Ebenen inhaltlich und finanziell zu fördern. Dies gilt vornehmlich für Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und Universitäten.

Durch die in der Bundesrepublik lebenden Flüchtlinge, ausländischen ArbeitnehmerInnen und StudentInnen bieten sich vielfältige Chancen zur interkulturellen Begegnung, zum Abbau von Vorurteilen und zur Bereicherung des eigenen Lebens. Allen Tendenzen zu verstärkter Ausländerfeindlichkeit und zur weiteren Aushöhlung des Asylrechts muß entschieden begegnet werden. Statt dessen ist eine verstärkte Integration (z.B. durch Einführung des Ausländerwahlrechts) gefordert.

7. Wirtschaft umweltverträglich gestalten

Die stärksten Bedrohungen der Biosphäre gehen nach wie vor von den Industrienationen aus. Mit der Durchsetzung einer sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsweise muß deshalb im Norden begonnen werden.

Neben einer verschärften Umweltgesetzgebung und -kontrolle fordern wir die Umgestaltung unseres Steuer- und Abgabensystems, um die gesellschaftlichen Kosten einer umweltschädigenden Produktionsweise in Rechnung zu stellen und die Entwicklung um-

weltfreundlicher Produktions- und Konsumstrukturen zu fördern. Umweltschädliche Produkte und Produktionsweisen sind durch steigende Belastungen langfristig unrentabel zu machen. Für die Einführung umweltfreundlicher Produkte müssen finanzielle Anreize bereitgestellt werden.

Alle Abfallstoffe müssen im Herstellungsland bearbeitet werden. Eine geordnete Abfall- und Recycling-Wirtschaft ist zu entwickeln. Giftmüllexporte sind zu verbieten. Die Herstellung und der Export von Produkten, deren Anwendung in der Bundesrepublik verboten ist, muß untersagt werden. Importverbot von Tropenholz, sofern es nicht aus nachhaltig ökologischem Anbau stammt. Ähnlich ist zu verfahren bei anderen Rohstoffen, deren Gewinnung zu schwerwiegenden Umweltbelastungen führt. Ausgleichszahlungen sind bei Verzicht auf Exportmöglichkeiten zugunsten des ökologischen Gleichgewichts als Übergangshilfe sinnvoll (z.B. Regenwald).

Von deutschen Unternehmen ist zu fordern, daß ihre Produktionsstätten im Ausland den Schutz von Umwelt und Gesundheit gewährleisten.

Die Umstellung der Fleischproduktion in Europa auf heimische Futtermittel und gleichzeitige Anpassungshilfen für die Umstrukturierung in Entwicklungsländern mit dem Ziel eines schrittweisen Abbaus der Futtermittelexporte sind notwendig. In den Entwicklungsländern werden so Flächen nutzbar für eine Nahrungsmittelproduktion, die an den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung orientiert ist.

8. Gewerkschaftsorganisationen des Südens stärken

Die fortschreitende Internationalisierung der Produktion erfordert die verstärkte Beachtung der weltweiten Dimension der Produktions-, Arbeits- und Lebenszusammenhänge und in der Gewerkschaftsarbeit. Die Verlagerung von Produktionsstätten transnationaler Konzerne (TNK) in Entwicklungsländer ohne ausreichende Arbeits-, Sozial- und Umweltschutzgesetzgebung macht es möglich, derartige Auflagen dort, wo sie bereits durchgesetzt werden konnten, zu unterlaufen.

Die solidarische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern muß sich an der Durchsetzung gleicher Lebenschancen durch innergesellschaftliche und internationale Ausgleich orientieren. Deshalb ist es erforderlich, daß sich Regierungen und Gewerkschaften des Nordens dafür einsetzen, daß Gewerkschaftsrechte als Menschenrechte in den Entwicklungsländern gemäß der ILO-Konvention durchgesetzt und eingehalten werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Gewerkschaften des Nordens den Aufbau von Gewerkschaftsorganisationen in den Entwicklungsländern unterstützen. Dies beinhaltet ideelle und finanzielle Unterstützung bei Arbeitskämpfen. Ebenso müssen sich die Gewerkschaften dem „internationalen Streikbruch“ verweigern, z.B. indem sie kurzfristige Produktionsverlagerungen ablehnen.

Die Organisationen setzen sich die Aufgabe, auf allen Ebenen auf die Verwirklichung von Grundsätzen der Umwelt-, Sozial- und Entwicklungsverträglichkeit Einfluß zu nehmen.

Thesendiskussion

Internationalismus auf neuen Wegen?

ELISABETH SCHNEIDER

Die Unterdrückung der Frauen nicht als Nebensache abtun

Peter Wahl stellt in seinen Thesen fest, daß aufgrund der fortschreitenden Internationalisierung der Traum des „alle Menschen werden Brüder!“ in pervertierter Form, nämlich unter der Vorherrschaft des „marktradikalen Neoliberalismus“ verwirklicht wurde. Zu den von Peter gestellten Fragen möchte ich noch eine hinzufügen: Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Ausgangspunkt war und ist das christlich-abendländische Motto „Macht euch die Erde untertan“, d.h. Vergewaltigung der Natur, sowie Unterwerfung der Frauen. Männlicher Wahrheits- und Universalitätsanspruch als Sicherung von Männerherrschaft, deren zerstörerische Energie nunmehr unübersehbar ist. Der Glaube an die Wissenschaft, die „Fortschritt“ bringt, ist bis heute fast ungebrochen. Trotz des Wissens um die bereits bestehenden Gefahren werden weiterhin neue Techniken eingesetzt, obwohl es Wissenschaftler gibt, die vor unübersehbaren Konsequenzen für Mensch und Natur warnen, wie z.B. bei der Gentechnik. Wachstum und Sachzwänge bestimmen das Handeln von Politikern und Managern.

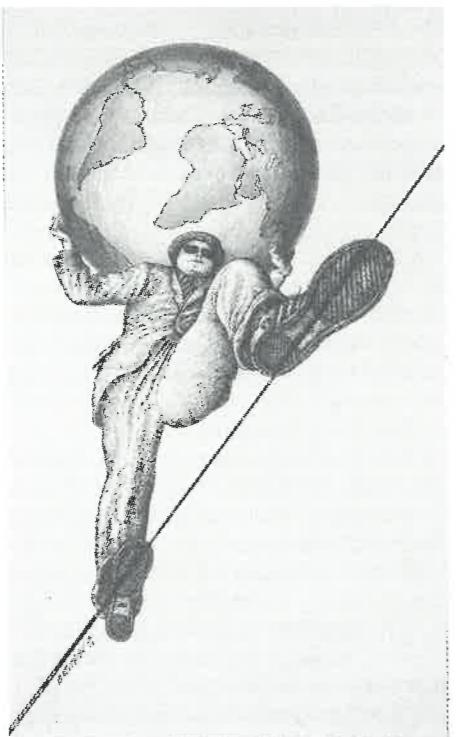
Beispiel FCKW: Das Produkt wird weiterhin in Kühlschränken verwendet, obwohl es möglich wäre, eine andere Methode zu benutzen. Grund: Die Isolierschicht wäre zu dick, die Kühlschränke würden nicht mehr in die Norm der Einbauküchen passen. Dies ist zwar ein Beispiel aus dem Kapitalismus, aber für die sozialistischen Brüder ergäbe sich sicher der gleiche Sachzwang in dieser Situation, ist doch oberstes Ziel, eine Angleichung an die westliche Konsumwelt zu erreichen.

Ziel der Ausbeutung, des „Fortschritts“ und ständigen Wachstums war und ist Macht, Macht insbesondere von weißen Männern.

Herr sein heißt: obenauf sein und auf Unterworfenen herabblicken; Herr sein heißt: Damen beschützen und Weiber gebrauchen; Herr sein heißt: dafür sorgen, daß der eigene Nutzen zum Gemeinwohl erklärt wird. (Aus: „Herrenmenschen“ von Martha Mamoza, Rororo)

Frauen versuchten immer wieder, ihren Anteil an Macht und Mitbestimmung zu erreichen. Bei jeder Revolution kämpften sie mit und verlangten Mitspracherecht, das ihnen aber immer verweigert wurde. In der französischen Revolution wurden zuerst Frauenclubs verboten und die Vorkämpferinnen ermordet. Danach wurden die Linken entmachtet. Die erkämpften Menschenrechte galten dann nur noch für den privilegierten französischen Mann.

Diese Interpretation der Menschenrechte er-



mögliche auch die Beteiligung der französischen Republik am Kolonialismus. Menschliches Leben spielt keine Rolle, wenn es um den Erhalt der Macht geht. Nicht das Leben, der Tod wird HERRLICH, die Helden sterben für das Vaterland, Freiheit oder Tod . . .

Die entreteten Massen (Arbeiterklasse), die im Namen Allahs morden, finden den Beifall von Kommunisten, wenn sie nur ab und zu den amerikanischen Imperialismus beschimpfen. Daß gleichzeitig Frauen jedes elementare Menschenrecht abgesprochen wird, gehört eben zu den „Nebenwidersprüchen“, erst wenn auch Kommunisten umgebracht werden, erscheint es eventuell angebracht festzustellen, daß es sich um reaktionäre Bewegungen handelt (Iran, Libanon).

Es gibt zahllose Veröffentlichungen von arabischen und europäischen Linken über die Islamisierung und den Fundamentalismus. Soweit mir bekannt ist, spielt dabei die Entretung von Frauen, die schließlich der zentrale Punkt dieser Ideologie ist, keine Rolle. Die arabischen Linken geben zu, daß sie sich nicht in der Lage sehen, offensiv gegen die Religion und damit gegen die Unterdrückung

von Frauen, aufzutreten, da der Islam „Teil der Kultur“ sei und die Volksmassen durch Kritik an der Religion nicht zu gewinnen seien, im Gegenteil.

Der Linke kann selbstverständlich patriarchalische Machtausübung, die durch Religion legitimiert wird, nicht glaubhaft bekämpfen, wenn er selbst zwar weiß, daß im Programm seiner Partei zwar irgendwo steht, „Mann und Frau sind gleichberechtigt“, er aber alleine zuständig ist für Politik, seine „Ehre“ nicht zuläßt, daß der Frau etwas anderes als Hausarbeit, Tippen seiner Reden zukommt. Falls es notwendig erscheint, „darf“ sie auch außerhalb des Hauses arbeiten, um das Familieneinkommen und/oder die Volkswirtschaft zu sichern.

Auch im christlichen Abendland sind im Zeichen von Ayatollah Woytila deutlich Zeichen fundamentalistischer Entwicklung festzustellen: Die Liberalisierung des § 218 soll rückgängig gemacht werden, deutsche Frauen sollen wieder für Deutschland gebären, unabhängig von ihrem Willen und ihrer sozialen Lage, und natürlich nur Kinder der deutschen Väter.

Frauen sind nicht die besseren Menschen: Golda Meir, Indira Gandhi oder Maggi Thatcher spielen/spielten ebenfalls eine Supermann-Rolle. Es geht darum, die bei jedem Menschen vorhandenen „weiblichen“ Werte zu entwickeln, wie Respekt vor dem Leben, Mitgefühl, realistische Einschätzung dessen, was für Menschen tatsächlich nützlich und notwendig ist.

Gorbatschow hat die globalen Probleme wieder in die internationale Diskussion gebracht und, was die Abrüstung angeht, auch Lösungsvorschläge unterbreitet. Die Frage ist jedoch, ob die SU oder andere sozialistische Länder eine neue Art der Produktion und des Zusammenlebens entwickeln oder ob sie verstärkt technische, organisatorische und politische „Werte“ aus den kapitalistischen Ländern übernehmen in der Hoffnung, damit den Lebensstandard zu verbessern und ihre Macht zu erhalten. Es fällt mir schwer, an eine wirkliche Demokratisierung zu glauben, solange Frauen auf Familie, Haus, Herd und Kinder verwiesen werden; die Kirche kommt auch wieder dazu.

Die wichtigste Frage: Wie und durch wen soll eine radikale Veränderung der Gesellschaften und des Weltwirtschaftssystems durchgesetzt werden? Die Menschen in der „3. Welt“ – mit Ausnahme einiger asiatischer Schwellenländer – kämpfen einen immer aussichtslosen Kampf um Überleben. Die Regierungen, ob demokratisch oder Militärdiktatur, nehmen Giftmülladungen und gefährlichste Produktionsstätten, den Verkauf von Frauen und Kindern . . . in Kauf in der vergeblichen Hoffnung, einen Ausweg zu finden zwischen den Auflagen des IWF und den Brot- bzw. Volksaufständen ihrer Bevölkerung.

Die Politiker der „2. Welt“, der sozialistischen Länder, können zwar belegen, daß die Analyse des Kapitalismus und Imperialismus noch immer richtig ist, wir erleben seine zerstörerische und men-

schenfeindliche Wirkung, aber obwohl auch die Krisen in den kapitalistischen Ländern wachsen, beherrscht er die Märkte, ein Übergang in den Sozialismus ist auf absehbare Zeit nicht in Sicht.

Die Menschen bei uns, in der „1. Welt“, stellen zwar fest, daß ihr Lebensstandard bedroht ist, daß die Natur nicht auf Dauer straflos vergewaltigt werden kann, daß die Politiker und Führer der Wirtschaft korrupt und unglaublich sind, daß sie keine Lösungen anzubieten haben. Die Reaktion auf diese Tatsachen ist immer häufiger irrationaler Rassismus und Nationalismus nach dem Motto: „Es wird nichts so heiß gegessen wie gekocht wird“, „Es wird schon gut gehen“ . . . Die Lage der Menschen in den Ländern der „3. Welt“ ist bekannt, die Folgerung daraus ist nicht eine Forderung nach Veränderung der Weltwirtschaftsordnung, sondern Haß auf Asylanten. Die ständig wiederkehrende Phrase: Wir können doch nicht die Leute aus der ganzen Welt bei uns aufnehmen.

Was würde passieren, wenn ein Politiker oder eine linke Partei/Bewegung die Abschaffung des Privatautos fordern würde? Wir haben stattdessen – wie auch in der Schweiz – eine Autopartei, die sich zu den bereits bestehenden rechtsradikalen Gruppierungen addiert. Wie steht es mit der internationalen Solidarität und dem Bewußtsein unserer Arbeiterklasse? Welche Rolle spielt die weiße Arbeiterklasse in Südafrika, die zionistische in Israel?

Ich denke, daß wir aufhören müssen mit unserer Flucht vor der Wahrheit, um in der Lage zu sein, Perspektiven zu entwickeln, wie das Überleben der Menschheit und ein lebenswürdiges Leben für alle gesichert werden kann. Ich hoffe sehr, daß wir dazu in der Lage sein werden und daß uns die Zeit bleibt.

Elisabeth Schneider, Frankfurt/M., ist aktiv in der Nahost-Solidarität



Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT

& ENTWICKLUNG

Die neue, monatliche Fach-information für Dritte-Welt-Bewegte und Entwicklungspolitisch Interessierte ● In der Null-Nummer: R. Falk über den EG-Binnenmarkt ● K. Milke über BRD-Banken ● H. Buchwald zum Brady-Plan ● Th. Fues zum Energiesektorkredit für Brasilien ● Infospiegel

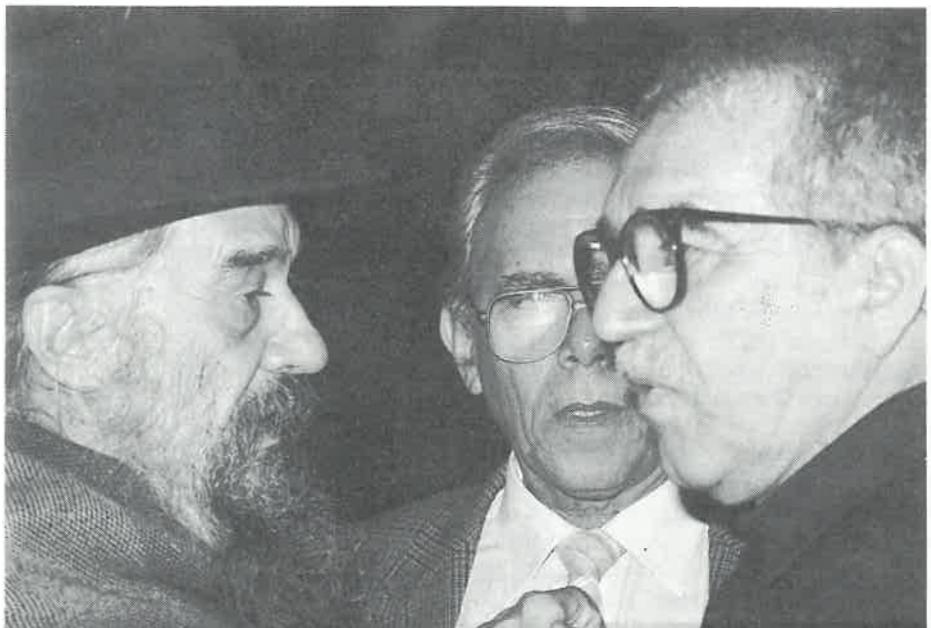
Kostenlose Probeexemplare bei:
ASK, Hamburger Allee 52,
6000 Frankfurt, Tel. 069/709060

KULTUR

HELMUT GROSCHUP / RENATE WURM

Fernando Birris Kino der Befreiung

Der argentinische Filmemacher Fernando Birri gilt als der Vater des „Neuen Lateinamerikanischen Films“. Im Mai d.J. besucht er Westeuropa.



Begegnung beim Filmfestival Ende 1988 in Havanna: F. Birri, J. Garcia Espinoza, G. Garcia Marquez (v.l.n.r.)

Am Beginn des Filmschaffens des Argentiniers Fernando Birri stand die europäische Erfahrung, das Zusammentreffen mit dem Aufbruch der Filmemacher im Italien der 50er Jahre. Die beiden Kubaner Julio García Espinoza und Tomás Gutiérrez Alea, Fernando Birri, der Kolumbianer Gabriel García Márquez und der Brasilianer Glauber Rocha haben sich in den 50er Jahren an der römischen Filmschule „Centro Sperimentale“ getroffen (1).

Für Fernando Birri ist der italienische Neorealismus das „menschlich überzeugendste Werk der ganzen Filmgeschichte“ (2). Er diente den lateinamerikanischen Filmemachern als Schlüssel, der die Türen zum eigenen Haus aufsperrte. Er war aber kein Modell, das es zu imitieren galt. Dies ist eine der Grundüberlegungen Birris, die sein Schaffen nachhaltig bestimmen, aber auch einer der Eckpfeiler der Bewegung „Neues Lateinamerikanisches Kino“, die der Argentinier mit begründete.

Der natürliche Schauspieler und der natürliche Schauplatz bilden das beste Richtmaß, um die moderne Welt filmisch zu interpretieren (3). Es entstand die erste soziologische Filmstudie Lateinamerikas mit dem Film „Tiré Dié“ (Gib 'nen Groschen). So lautet der tägliche Ruf von Kindern aus den Randgebieten von Santa Fé, die unter Lebensgefahr auf den Eisenbahnbrücken neben den Zügen herlaufen und die Passagiere um einen Groschen bitten.

Nach Fertigstellung wurde der Film mittels eines mobilen Kinos in Gegenden gezeigt, in denen es keine Kinos gab. Ein weiterer Pfeiler der Theorie Birris: das Produzieren, das

Verteilen und das Zeigen von Filmen gehören zusammen.

In „Los Inundados“ (Die Überfluteten), den Birri drei Jahre später, 1961, drehte, versuchte er den Dokumentarfilm durch die Mittel der Fiktion zu erweitern und zu vertiefen. Mit „marginalen“ Darstellern, d.h. Künstlern, für die im etablierten Film kein Platz war, entstand ein Film über Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben müssen. Die Bewohner eines Elendsviertels, die durch eine Überschwemmung obdachlos werden, versuchen ihre Situation mit pikarem Humor zu bewältigen. Dieser dokumentarische Spielfilm möchte eine Satire sein, die „ein Nichteinverständnis, eine Hoffnung des Lumpenproletariats aufzeigt und es den Leuten bewußt machen möchte“ (4).

Bewußtseinsbildung zur Überwindung von Ausbeutung und Abhängigkeit ist eines der Anliegen von Birris „Kino der Befreiung“. Seine Vorstellungen und Erfahrungen faßt Birri in einem Manifest zusammen: „Für ein nationales, realistisches, populäres und kritisches Kino“ (5). Dieses Credo schlägt sich auch in seinem späteren Filmschaffen nieder.

Birris bekannteste Filme sind die Porträts von „Rafael Alberti, un retrato del Poeta por Fernando Birri“ (Rafael Alberti, ein Rückblick des Dichters für Fernando Birri), anlässlich des 80. Geburtstages des spanischen Dichters, und von Ernesto Che Guevara nach dem Buch „Mi hijo el Che“ (Mein Sohn Che) von Ernesto Guevara Lynch.

Mit seinem jüngsten Film „Un señor muy viejo con unas alas enormes“ (Ein sehr alter Herr mit riesengroßen Flügeln), nach der gleichnamigen Erzählung von Gabriel García Márquez, realisiert der Regisseur seinen ersten Spielfilm, den er als in der Tendenz „kritisch-magischen Realismus“ kategorisiert. Es ist die Hochzeit zwischen Birri und García Márquez einerseits und der gemeinsame Ausdruck südamerikanischer und karibischer Kultur andererseits.

„Ich wollte einen zeitgenössischen Film machen, in dem die Ironie von García Márquez in den sozialpolitischen Bedingungen der heutigen Karibik verkörpert wird.“ (6) So kommentiert Birri seinen auf den Filmfestspielen von Venedig und Havanna präsentierten Film (7). Beiden Festivals war die widersprüchliche Diskussion über den Film gemeinsam. Die Palette reicht von der Prämierung in Venedig (Preis für die schönste Filmmusik) bis hin zu einer vernichtenden Kritik in Kubas Parteizeitung „Granma“.

Der Vater des „Neuen lateinamerikanischen Films“ deutet die ausgelöste Diskussion als positiven Beitrag im Kontext des lateinamerikanischen Kinos, das sich „in einem Moment totaler Vitalität“ (8) befindet. Dies unterstreicht Birri entgegen allen Behauptungen, der lateinamerikanische Film stecke in einer tiefen Krise.

Birris Kampf richtet sich gegen die Übermacht ausländischer Konzerne auf dem Subkontinent, wo der Geschmack des Publikums jahrelang von fremden Produkten geformt wurde: „Mich interessiert Kino als Waffe und als Schlüssel, um eine neue Dimension der

INTERVIEW MIT FERNANDO BIRRI

Die kulturelle Identität Lateinamerikas erschließen

Welches Selbstverständnis steckt hinter Fernando Birris „Neuem Lateinamerikanischen Kino“? Dieser Frage gingen kürzlich in Venedig Helmut Groschup, Renate Wurm und der Brasilianer Humberto Saccomandi im Gespräch mit dem argentinischen Regisseur auf den Grund.

FRAGE: In der Bundesrepublik Deutschland wird oft von einer Krise des lateinamerikanischen Kinos gesprochen. Was denken Sie über diese Diskussion?

F. BIRRI: Das lateinamerikanische Kino ist ein Projekt. Es ist eine Projektkonzeption des Kinos im Sinne von „Willkommen seien die Krisen, wenn es sich um Krisen der Veränderung handelt“. Denn wir stehen keineswegs einer abgelagerten, bereits für immer etikettierten Kinematographie gegenüber.

Aber wie kann man von Krise im Sinne von Dekadenz und Untergang sprechen, wenn eigentlich von einer Krise im Sinne von Wachstum und Reife gesprochen werden müßte? Die „Stiftung Neues Lateinamerikanisches Kino“, die 1986 gegründet wurde, hat unsere Bewegung wirtschaftlich sehr gestärkt.

Ich verstehe nicht, wie von einer Krise gesprochen werden kann, wenn diese Stiftung eine „Internationale Film- und Fernsehschule der Drei Welten“ (Lateinamerika, Afrika und Asien) hervorgebracht hat. Das Ziel dieser Schule für das Jahr 2000 ist, einen Typ von Cineasten heranzubilden, den man als Kino-Teleasten bezeichnen könnte. Wir wollen den Antagonismus zwischen Cineasten, Techniker und Fernsehregisseur aufheben und so eine neue Konzeption des audio-visuellen Bildes gestalten.

FRAGE: Wie versuchen Sie, Mythen über den lateinamerikanischen Kontinent entgegenzuwirken, wie z.B. dem: „Die Lateinamerikaner sind unfähig zur Demokratie“?

F. BIRRI: Diese Form der Unterstellung entspricht kolonialem Denken. Der Kolonialismus hat die Lateinamerikaner und die Menschen aus der gesamten Dritten Welt unfähig zur Demokratie gemacht. Dieses Vorurteil stützt sich auf die Realität in unseren Ländern. Es ist nicht so, daß der Lateinamerikaner unfähig zur Demokratie ist, sondern

dafür die Machtstrukturen, die uns unterworfen und abhängig gemacht haben, ihr Interesse daran haben, daß es in unseren Ländern keine Demokratie gibt.

Wir alle wissen, daß Revolutionen oder Rassismus nicht wie spontane Phänomene auftauchen. Sie werden durch soziale, wirtschaftliche und politische Prozesse bedingt. Zur Demokratie, aber auch zum Rassismus wird der Mensch erzogen. Erziehung begründet sich aus dem wirtschaftlichen Interesse des Erziehers.

In Lateinamerika erzieht uns, besser „verzieht“ uns, eine Kultur der Herrschaft, an eine Kultur der Dienerschaft zu glauben. So soll eine Kultur möglich gemacht werden, die es erlaubt, all unsere Reichtümer auszubeuten.

Wenn jemand der Meinung ist, daß „der Lateinamerikaner unfähig zur Demokratie ist“, so glaube ich, daß diese Behauptung tief rassistischen Charakter hat, und der Wahrheitsgehalt der Desinformation entspringt, die zugunsten wirtschaftlicher Macht verbreitet wird.

FRAGE: Wie wirkte sich die Zusammenarbeit mit Gabriel García Márquez in deinem neuen Film „Un señor muy viejo con unas alas enormes“ aus?

F. BIRRI: Die Zusammenarbeit mit García Márquez ist eine Form des gemeinsamen Kampfes, denn seine Gegenwart inkorporiert sich im Film in dem Maße, wie sich nach und nach eine Identität der Gefühle bildet. Jeder muß seinen richtigen Platz finden, um gerade eine globale Vorstellung eines Themas umsetzen zu können: in diesem konkreten Fall das Thema einer karibischen Identität.

So hatte ich ein doppeltes Problem, da ich ja ein Mann aus dem Süden Lateinamerikas (Argentinien) bin. Ich mußte kulturelle Schlüssel entziffern, die doch ziemlich fremd für jemanden aus dem Süden sind. Aber in der Musik stieß ich auf einen gemeinsamen Schlüssel, den Tango.

Ich merkte, daß in der Karibik der Tango so ver-



F. Birri als Hauptdarsteller in seinem Film „Ein sehr alter Herr mit riesengroßen Flügeln“

wurzt ist wie in Argentinien, und daß diese Musik einen Teil des kollektiven Unbewußten bildet. So beschloß ich, die musikalische Komposition des Films in drei Hauptthemen zu gliedern: „La Habanera del Angel“, das karibische Leitmotiv, „El Tango del Nuevo Pueblo Viejo“, das Gegenmotiv, und der „Rock der Spinnenfrau“, das fremde Element, das die Leute vom Vergnügungspark mitbringen.

Der Zusammenklang drückt die Musikalität der Karibik aus, welche viel mit unserer Identität zu tun hat, mit dem „uns mit unseren eigenen Augen“ Betrachten, mit dem Verstehen, daß unsere Wirklichkeit nicht auf importierte Parameter antworten kann, obwohl unsere Kultur viele importierte Elemente enthält. Es ist eine hispano-amerikanische, eine afro-karibische und eine noch viel mehr beinhaltende Kultur. In ihr stößt diese Fülle von Elementen aufeinander, aber auf eine gewisse Weise schon „chemisch“ verarbeitet, bereits verändert durch eine Alchimie, die immer noch im Reagenzglas siedet; noch immer verändert sich dieses Produkt, noch immer verflüchtigt es sich.

FRAGE: Dein neuer Film wird als barock und surreal bezeichnet.

F. BIRRI: Unsere Wirklichkeit ist barock und surreal. Das muß man verstehen.

Wir sprechen nicht vom Barock des Bernini oder des Vivaldi, sondern von einem Barock, der sich nach Amerika verpflanzt und in Amerika aus eigener Kraft wächst und sogar den Namen ändert. Bei uns heißt es „Churrigueresco“, nach dem Architekten und Bildhauer namens Churriguera, der die Altäre der Kathedralen von Mexiko, Bolivien und

Im Mai d.J. weilt Fernando Birri in Österreich und der Bundesrepublik. In einer Reihe von Städten wird er seine Filme präsentieren und kommentieren sowie Seminare über das „Neue Lateinamerikanische Kino“ und seine Arbeit an der „Filmschule der Drei Welten“ in Kuba vorstellen. Die Rundreise wird u.a. vom Otto-Preminger-Institut Innsbruck, von Surfilm Köln und vom CON-Filmverleih Bremen veranstaltet.

Voranstaltungstermine und -orte
Österreich: Salzburg (2. Mai), Graz (3.), Wien (4./5.), Innsbruck (6.).
Bundesrepublik: Köln (8.-11.), Dortmund (12./13./16.), Düsseldorf (17.-19.), Münster (20.-22.), Bremen (23.-25.), Braunschweig, Oberhausen

Realität zu schaffen.“ (9) Kreativität als „Waffe“ gegen die „Multinationen und Nationalismen“ durchzieht Birris gesamtes Schaffen und seine Bemühung um eine „Internationale des lateinamerikanischen Films des Widerstandes“.

Diese Absichten auch EuropäerInnen zu vermitteln, weilte der Filmemacher im November letzten Jahres in Westberlin, um am „Internationalen Kongreß für kulturelle Zusammenarbeit – Mittelamerika – Karibik“ seine Arbeit in Workshops und Gesprächen darzustellen. Im Mittelpunkt stand die Diskussion über Massenkommunikation: „Der ‚ungleiche Tausch‘ auf dem Informationsmärkten – Zur Befreiung der Weltbilder von den Bilderwelten“. Im Mai dieses Jahres wird Fernando Birri auch in die BRD und nach Österreich kommen, um hier mit FilmstudentInnen, CineastInnen, aber auch mit Laien Kurse über das Medium Film zu gestalten.

Anmerkungen

1) „Centro Sperimentale di Cinematografia“, Filmschule in Rom; J. García Espinoza, Regisseur und Präsident der Internationalen Filmfestspiele in Havanna; T. Gutierrez Alea, Regisseur; F. Birri, Regisseur und Direktor der „Filmschule der Drei Welten“ in San Antonio de los Baños/Kuba; G. García Márquez, Schriftsteller und Präsident der „Stiftung Neuer Lateinamerikanischer Film“; G. Rocha, Regisseur.

2) Ambros Eichberger, Interview, in: Hier und anderswo, Basel, Frankfurt/M. 1987

3) Dokument aus dem Archiv von F. Birri, zit. nach: Gerry H. Araya, Auskünte über Fernando Birri, in: BFF, Berlin, Nr. 28/1987

4) Fernando Birri, Filmschule Santa Fé, me-edition 8, Bremen 1982

5) Helmut Groschup/Renate Wurm, Interview mit Fernando Birri, in: Sturzflüge, Bozen, April 1989

6) Fernando Birri, Pressekonferenz, Venedig 1988

7) Vgl. Anmerkungen zu diesem Film bei Helmut Groschup, Bilder eines Kontinents, in: DRITTE WELT, Nr. 3/1989, S. 51-52

8) Rainer Braun, Birri: Lateinamerikanisches Kino blüht wie nie zuvor, in: Die Wahrheit, West-Berlin, 8.11.1988

9) Helmut Groschup/Renate Wurm, Interview mit Fernando Birri, in: Sturzflüge, April 1989

Filmographie (Filmregie)

1956/58: „Tire dié!“ (Wirf 'nen Groschen!), Dokumentarfilm, 59 Min.

1959: „La primera fundación de Buenos Aires“ (Die erste Gründung von Buenos Aires), Animationsfilm, 35 Min. „Buenos días, Buenos Aires“ (Guten Morgen, Buenos Aires), Dokumentarfilm, 20 Min.

1961: „Los inundados“ (Die Überfluteten), Spielfilm, 87 Min.

1963: „La pampa gringa“ (Die Erde der Ausländer), Dokumentarfilm, 11 Min.

1967: „Castagnino, diario Romano“ (Castagnino, ein römisches Tagebuch), Dokumentarfilm, 12 Min.

1978: „ORG“ (ORG), Spielfilm, 177 Min.

1983: „Rafael Alberti, un retrato del poeta por Fernando Birri“ (Rafael Alberti, ein Rückblick des Dichters für Fernando Birri), Dokumentarfilm, 120 Min.

1984: „Rte: Nicaragua – Carta al mundo“ (Absender: Nicaragua – Offener Brief an die Welt), Dokumentarfilm, 15 Min.

1985: „Mi hijo el Che“ (Mein Sohn Ché), Dokumentarfilm, 60 Min.

1988: „Un señor muy viejo con unas alas enormes“ (Ein sehr alter Herr mit riesengroßen Flügeln), Spielfilm



Zucker

Zucker hat viele süße Seiten“, verspricht uns die Werbung. 20 gehäufte Teelöffel in Getränken, im Haushalt, versteckt in Konserven und Fertigproduktene konsumieren wir täglich. Das entspricht einer jährlichen Menge von 40-50 kg pro Person.

Auch in der Dritten Welt entdecken die Menschen mehr und mehr eine Vorliebe für die „süße Freude“. Doch Zucker hat einen bitteren Beigeschmack: „Zuckerproduktion und Zuckerhandel – ein Geschäft, bei dem Europa seit Jahrhunderten, von den Tagen der Sklaverei bis zur heutigen gemeinsamen Agrarpolitik, die Dritte Welt in Mitleidenschaft zieht.“ (1)

Mit dem aus Melanesien stammenden Zuckerröhr wurde in Indien bereits vor 4000 Jahren Zucker gewonnen. Rasch breitete sich das „Schilf, das Honig ohne Bienen hervorbrachte“ nach China, Persien und Ägypten aus. Kreuzfahrer machten es im Abendland bekannt, erste Zuckerröhrpflanzungen entstanden auf Sizilien und Madeira. Im Mittelalter galt das exotische Produkt als eine Kostbarkeit. Grammweise boten Apotheker die süßen Kristalle an.

Kolumbus brachte das 2-3 m hohe Rohr in die Neue Welt, wo es im feuchtwarmen Klima Nordostbrasiliens, auf den westindischen Inseln und anderswo ideale Wachstumsbedingungen vorfand. 300 Jahre lang wurde Zucker zum wichtigsten Kolonialprodukt. Millionen von Sklaven wurden aus Afrika geholt, um für das „weiße Gold“ billige Arbeitskräfte heranzuschaffen. Damit bildete die Zuckerindustrie eine tragende Säule im kolonialen Dreieckshandel Europa (Flinten, Schnaps) – Afrika (Sklaven) – Amerika (Zucker, Rum). Die bittersüßen Gewinne dieses Handels gaben den entscheidenden Impuls zur Industrialisierung der Kolonialmächte.

1747 entdeckte der preußische Chemiker Markgraf, daß die Runkelrübe den gleichen Zucker enthält wie das tropische Rohr. Die Kontinentalsperrre Napoleons, die das europäische Festland vom britischen Rohrzucker abschnitt, begünstigte im 19. Jahrhundert den Aufbau einer Rübenzuckerindustrie. Es begann ein Wettstreit zwischen Rohr und Rübe, der bis heute andauert.

Importierte die EG vor 10 Jahren noch 1 Mio t Zucker, so ist sie heute dank großzügiger Subventionen (2) ihrer Zuckerrübenüberschüsse nach Kuba der größte Zuckerausfuhrteur. Rechnet man/frau zur Überschußproduktion der kleinen Schicht europäischer Rübenbauern noch die vereinbarten Lieferungen hinzu, die die Gemeinschaft aufgrund des Zuckerprotokolls von Lomé den AKP-Staaten, ehemaligen Kolonien Englands und Frankreichs, zu garantierten Preisen abkauft,

exportiert die EG 6,5 Mio t Zucker (1984) zu Billigpreisen. Sie schwächt so die Zuckermärkte der Dritten Welt und hat dazu beigebracht, daß die Weltmarktpreise heute nur noch ein Drittel der Erzeugerkosten decken.

Wenig Hilfe bietet den tropischen Zuckerexporteuren das Internationale Zuckerabkommen (ISA), ein 1978 geschlossenes Preisunterstützungsabkommen. Da es die EG und USA zum Schutze ihrer Zuckerlobby nicht unterzeichnet haben, unterliegen sie den dort vereinbarten Preis- und Quotenregelungen nicht.

Müssen die zuckerrohranbauenden Länder mit dem Rübenanbau in Europa konkurrieren, werden sie in den USA mit dem neuen billigeren Zuckerersatz Isoglucose (HFCS), einem Süßstoff aus Mais, konfrontiert. Die Ankündigung Coca Colas, des größten Zuckerverbrauchers weltweit, in seiner Getränkeproduktion auf Maissirup umzustellen, führte zum Preissturz. Dank seiner marktbeherrschenden Stellung kann der Konzern Sirup gegen Zucker ausspielen. Aber auch der wachsende Verbrauch von künstlichen Süßstoffen, aufgrund der hohen Kalorienmenge und der gesundheitsschädigenden Wirkungen des Zuckers, dürfte in den entwickelten Staaten die Zuckernachfrage verringern. Die Folgen sind ein Rückgang der Produktion und sinkende Einnahmen, die die wirtschaftliche Grundlage vieler Zuckerländer bedrohen.

Die Halbiierung der Zuckerimportquote durch die USA Anfang 1987 bedeutete eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe für deren Hauptlieferanten Jamaika, Dominikanische Republik und Philippinen.

Zu den halbkolonialen Abhängigkeiten gehören sich die halbfeudalen Strukturen in den Exportländern selbst. Die Arbeitsbedingungen der saisonal beschäftigten Zuckerarbeiter sind denkbar hart; entlohnt wird nach Leistung, Minimallöhne existieren nur auf dem Papier. Da das anspruchsvolle Zuckerröhr die fruchtbaren Böden rasch auslaugt, Erträge und Grundwasser sinken, werden die Ländereien ausgeweitet. Immer weniger und schlechteres Land verbleibt für die Nahrungsmittelproduktion.

Hunger und Elend sind charakteristisch für die von der Zuckermanokultur geprägten Regionen im Nordosten, dem „Armenhaus“ Brasiliens, unter den haitischen Wanderarbeitern und anderswo. Eine Ausnahme bildet lediglich Kuba, das dank garantierter Ausfuhrmengen in die Sowjetunion und Preisen, die weit über dem Weltmarktpreis liegen, die schlimmsten Folgen der Zuckerkrise vermeiden konnte.

Anders die Philippinen. Auf der Insel Negros, die 2/3 des philippinischen Zuckers erzeugt, verloren Zehntausende Arbeit und Ein-



Zuckerrohrfeld in Haiti: Kinderarbeit gehört dazu

kommen. Wenige Familien können sich täglich noch zwei Mahlzeiten leisten. 70 % der Kinder leiden an Unterernährung, in den meisten Zuckerarbeiterfamilien starb in den letzten Jahren mindestens ein Kind an Hunger. Die Großgrundbesitzer weigern sich, durch die Zuckerkrise brachliegendes Land leihweise zur Nahrungsmittelerzeugung an die Zuckerarbeiter zu verteilen.

Auch die energiepolitische Alternative, Zucker in Treibstoff (Bioethanol) umzuwandeln, die vor allem Brasilien angesichts sinkender Zucker- und steigender Erdölpreise eingeschlagen hat, birgt die gleichen ökologischen und ähnlichen wirtschaftlichen Probleme. Egal, ob Zucker für den Export oder die Kraftstoffgewinnung genutzt wird, sein Anbau konkurriert immer mit der Nahrungsmittelversorgung für den einheimischen Markt.

Angesichts der bestehenden Weltmarktbeziehungen und der katastrophalen Wirtschaftslage ist ein Ausweg aus der Zuckerkrise nur schwer möglich. Eine Umstellung auf Nahrungsmittelproduktion beraubt die Entwicklungsländer einer weiteren Devisenquelle. Und andere Agrarexporte, die in den Zuckerregionen angebaut werden könnten, erzielen ähnlich schlechte Weltmarktpreise wie das „süße Gift“.

Hanne Denk

Anmerkungen

- 1) Das süße Gift – Ein Weihnachtszucker, in: Rundbrief der BUKO-Agrokoordination, Hamburg, Dezember 1987, S. 4.
- 2) Z.B. betrug 1978/79 der EG-Zuckerpreis 110 Mark pro 100 kg, auf dem Weltmarkt lag der Preis nur bei 35 DM. Die Differenz zahlte die EG aus den Taschen ihrer Steuerzahler. Vgl. Richard North, Wer bezahlt die Rechnung, Wuppertal 1988.

INFOS ZUR SOLIDARITÄT

Palästina

Die Anerkennung für Palästina-Staat nimmt zu

Die Zahl der Befürworter einer internationalen Nahostfriedenskonferenz unter Einbeziehung der PLO sowie einer unverzüglichen Anerkennung des palästinensischen Staates nimmt auch in der BRD zu. Die GRÜNEN forderten auf ihrer 11. Bundesversammlung in Duisburg vom 3.–5. März d.J. die unverzügliche Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung, den Botschafterstatus für die Bonner PLO-Vertretung und offizielle Kontakte zur PLO.

Hierfür setzt sich auch das im Februar 1987 gegründete Palästina-Forum, ein Zusammenschluß verschiedener bundesdeutscher demokratischer Organisationen, ein. Eine internationale Nahostfriedenskonferenz unter Beteiligung der PLO, nicht aber eine sofortige Anerkennung des Staates Palästina wurde in einer Resolution des Bundeskongresses der Jungsozialisten vom 2. April d.J. gefordert. Diese Position teilen auch die Sozialistische Internationale sowie verschiedene SPD-Politiker.

Die Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU und FDP lehnt hingegen bislang die PLO als Verhandlungspartner ab, wie eine Bundestagsdebatte vom 11. März d.J. bezeugte. Die BRD bildet hinsichtlich direkter Kontakte zur PLO das Schlußlicht unter den westlichen Staaten. Während das Europaparlament die PLO faktisch anerkannt hat sowie jüngst die EG-Regierungen zur Förderung des Aufbaus des palästinensischen Staates aufforderte, während nahezu alle EG-Staaten und die USA bilaterale Kontakte zur PLO unterhalten, spielt sich bei den etablierten Bonner Parteien kaum etwas ab.

Nicht nur aus aktuellem Anlaß empfohlen wird, daß der vom Namibia-Projekt Bremer, unter Mitarbeit zahlreicher namibischer Autorinnen entstandene Sammelband

N. Mbumba / H. Patemann / U. Katjivena, Ein Land, eine Zukunft. Namibia auf dem Weg in die Unabhängigkeit, terre des hommes / Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1988, 511 S., 34,80 DM.

Die verschiedenen historischen, gegenwartsbezogenen und auf die Zukunft des Landes gerichteten Beiträge geben einen ausgezeichneten Einblick in die Vielschichtigkeit dieses afrikanischen Staates. In einem gelungenen Nebeneinander von wissenschaftlichen Aufsätzen, literarischen Texten, Biographischem und Dokumentarischem erfährt der Leser bzw. die Leserin von der Ausbeutung, dem Kampf des namibischen Volkes, aber auch von seiner unerschütterlichen Hoffnung auf ein befreites Namibia.

Afrikanische Tradition und Kultur sind Themen des ersten Kapitels. Mit der Ideologie und Praxis des Kolonialsystems, Fragen nach Rassenideologie, kolonialem Sendungsbewußtsein, dem Mensch- und Frausein im Kolonialstaat beschäftigt sich das nächste Kapitel. Verschiedene Aspekte des Widerstandes untersucht Kapitel 3. U.a. analysiert es den Weg der namibischen Widerstandsbewegung seit 1915, berichtet vom Überleben im Kolonialismus, dem Leben im Exil und stellt die Geschichte der SWAPO und der namibischen Gewerkschaftsbewegung vor. Die letzten 75 Seiten informieren über die Vorbereitungen zur Unabhängigkeit, erörtern Sanktionsfragen, die Rolle der BRD und zeigen anhand von Beispielen (z.B. Landreform) Entwürfe für eine bessere Zukunft Namibias auf.

Entwicklungspolitik

Umstrittene „Woche für die Dritte Welt“

Im Mai 1990 soll unter dem Titel „Eine Woche für die Dritte Welt/Eine Welt-Woche 1990“ eine bundesweite Medienkampagne stattfinden. Initiatoren sind der NDR, die Deutsche Welthungerhilfe, die kirchlichen Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt sowie das Deutsche Rote Kreuz. Bereits 80 Nichtregierungsorganisationen (NRO) sollen ihre Mitarbeit erklärt haben.

Vorgesehen sind eine umfangreiche Berichterstattung in den Massenmedien, Informations- und Kulturveranstaltungen, Ausstellungen, Preisabschreibungen und Aktionen. Bereits am 29.11.1988 ist ein einheitliches Konzept vorgelegt worden. Hauptpunkte sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd, die Zerstörung der tropischen Regenwälder, „Frieden durch Abrüstung – Frieden durch Gerechtigkeit“ und die Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt.

Vor allem bei den kleineren Organisationen des NRO-Netzwerkes hat das Projekt Skepsis ausgelöst. Sie verweisen darauf, daß die großen Hilfswerke für die Woche problemlos Mittel locker machen, während das Netzwerk finanziell am Rande des Zerfalls steht. Die Tatsache, daß selbst die moderate Nord-Süd-Kampagne im Fernsehen nicht berücksichtigt wurde, gibt zur Befürchtung Anlaß, daß viele Themen ausgespart werden sollen.

Termine

25. April–31. Mai
Tournee der nicaraguanischen Theatergruppe „Teatro Justo Rufino Garay“ in der BRD mit dem Programm „Excenes de mi ciudad“. Kontakt: Exile-Kulturoordination, Hansastr. 55, 4100 Duisburg, Tel. 02 03 - 34 09 07

19.–21. Mai
Seminar „Nicht den Ast absägen. Die tropischen Regenwälder, ihre Gefährdung, ihre Zukunft“ in Bielefeld. Nähere Informationen: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 0 57 33 - 68 00 und 29 77

25.–28. Mai
13. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Hamburg. Thema: Kultur und Widerstand. Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32–34, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40 - 39 31 56

26. Mai
Bundesweiter Bankenaktionstag gegen die Apartmentgeschäfte der Großbanken anlässlich der Jahrestagsversammlung der Dresdner Bank in Frankfurt. Kontakt: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. 0 2 28 - 21 13 55

Mai–Juni
Gastspielreihe des palästinensischen Sängers Muhammed el-Kurd mit dem Programm „Kinder der Intifada“. Kontakt: Kulturbüro 3. Welt, Nernstweg 32–34, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40 - 39 41 33

7.–11. Juni
23. Ev. Kirchentag in West-Berlin unter dem Motto „Abrüstung für Entwicklung“, Friedensdemonstration am 10. Juni

16.–18. Juni
Kongress „10 Jahre Revolution in Nicaragua – 10 Jahre Solidaritätsbewegung“ in Wuppertal. Veranstaltet vom Informationsbüro Nicaragua und den Nicaragua- und Mittelamerikakomitees

1. Juli
Fest zum 10. Jahrestag der nicaraguanischen Revolution in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg, das von der nicaraguanischen Botschaft und dem gesamten Spektrum der Solidaritätsbewegung geprägt wird.

Birgit Sommer von terre des hommes kritisierte, daß das Inhalte-Papier, in das „viel Richtiges“ hineingeschrieben worden sei, für unverbindlich erklärt wurde, es aber „für den linken Rand des entwicklungspolitischen Spektrums die Bedingungen des Mitmachens“ formuliere: „Eingrenzung statt Ausgrenzung“. „Der penetrante paternalismus“ entlarvt sich in einem einzigen Satz: „Diese Wirtschaftsbeziehungen zu den reichen Industrieländern... sind entscheidend für das Wohlergehen vieler Völker der Südhälfte.“

Das Gegenteil sei der Fall. B. Sommer plädierte deshalb für eine kritische Begleitung der Kampagne.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bekanntgeben!

DRITTE WELT-LeserInnenservice, Postfach 510 868, 5000 Köln 51

KURZINFORMATIONEN

Palästina

Die Intifada ist nicht zu bremsen

Mit einer Aufstockung der Polizeipräsenz in Israel um 5000 Mann sowie einer Verstärkung des Militäraufgebotes in den besetzten Gebieten hatte sich Israel für den „Tag des Bodens“, dem 30. März d.J., gerüstet. An diesem Erinnerungstag gedenken die PalästinenserInnen Israels und der besetzten Gebiete alljährlich der sechs Araber, die am 30. März 1976 bei Protesten gegen die Enteignung palästinensischer Bodens getötet wurden.

Die besetzten Gebiete waren für 24 Stunden vollständig abgeriegelt und in vielen Orten war ein Ausgebot verhängt worden. Während die Demonstrationen in Israel weitgehend friedlich verliefen, wurden in der Region um Hebron in der Westbank 18 PalästinenserInnen erschossen.

Israel steht unter dem Druck der USA, sein Vorgehen gegen die aufständische palästinensische Bevölkerung zu mässigen. Einem Mitte März durch Indiskretionen bekannt gewordenen israelischen Geheimdienstbericht zufolge kann die Intifada durch den Einsatz von Gewalt ohnehin nicht mehr gebremst werden. Verhandlungen mit der PLO werden als unausweichlich bezeichnet. Einen ähnlichen Forschungsbericht hatte jüngst das Tel Aviv Institut für strategische Studien vorgelegt.

Unterdessen hat der Palästinische Zentralrat am 2. April d.J. in Tunis einmütig Arafat zum Präsidenten und Faruk Khaddumi zum Außenminister des ausgerufenen Staates Palästina gewählt.

Türkei

Wahldesaster für Özal

Bei den Kommunal- und Provinzwahlen vom 26. März d.J. hat die Mutterlandspartei (ANAP) des Ministerpräsidenten Turgut Özal schwere Verluste erlitten. Nachdem sie bei den Parlamentswahlen vom November 1987 noch 36,3 % und die absolute Mehrheit der Sitze errungen hatte, rutschte

Premier Özal bei der Stimmabgabe in Ankara



te sie nun auf 21,9 % der Stimmen ab. Sie gewann nur noch in zwei der 67 Provinzhauptstädte eine Mehrheit.

Die ANAP erhielt damit die Quittung für die unter ihrer Ägide sich verschärfende Wirtschaftskrise, die sich an einer Außenschuld von 41 Mrd \$ und daraus resultierenden einschneidenden Sparmaßnahmen festmacht. Die Inflationsrate liegt bei 80 %, 20 % der Erwerbsfähigen sind arbeitslos.

Die meisten Stimmen erhielt die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) Erdal Inoniis. Mit 28,2 % eroberte sie 39 Bürgermeisterposten in den Provinzhauptstädten, darunter in den größten, Ankara, Istanbul und Izmir. Die stärksten Gewinne gegenüber 1987 erzielte die konservative Partei des Rechten Weges (DYP) des ehemaligen Ministerpräsidenten Suleyman Demirel, die auf 25,6 % kam.

Auf die islamischen Fundamentalisten der Wohlstandspartei (RP) Necmettin Erbakans entfielen 9,7 % und auf die Demokratische Linkspartei (DSP) des ehemaligen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit 8,7 %. Die neofaschistische Nationalistische Arbeitspartei (MCP) Alparslan Türkes' kam auf 3,6 % der Stimmen.

Obwohl Özal vor der Wahl seinen Rücktritt im Fall einer deutlichen Niederlage angekündigt hatte, lehnte er danach entsprechende Forderungen der Opposition ab. Er nahm lediglich eine Regierungsumbildung vor.

sind die schwersten Kämpfe seit Jahren und griffen erstmals auf den christlichen Teil Beiruts über. 91 Tote und 423 Verwundete, darunter viele ZivilistInnen, waren die blutige Bilanz bis Ende März. Etwa 1/4 Mio der Bevölkerung Beiruts ist bereits aus der Stadt geflüchtet, in der die letzten Reste medizinischer und sozialer Infrastruktur zerstört wurden und die Energieversorgung zusammenbrachen droht.

Auslöser der Kämpfe war die am 6. März d.J. eingeleitete Offensive Aouns, die christliche Oberherrschaft im Libanon zu erreichen.

Aoun hatte die für den Nachschub der muslimischen Kräfte zentralen Häfen blockieren lassen sowie einen „Befreiungskrieg“ gegen die 25 000 Mann starken syrischen Truppen im Libanon, welche die muslimische Regierung al Hoss unterstützen, proklamiert. Die schweren Kämpfe, in die auch die syrischen Truppen aktiv verwickelt sind, stellen eine neue Qualität im libanesischen Bürgerkrieg dar, da sich erneut der Konflikt zwischen den reaktionären christlichen Kräften auf der einen Seite und den meist fortschrittlichen muslimischen Milizen sowie Syrien auf der anderen zuspielt. Damit wird die mehrjährige Phase von kleineren Gefechten zwischen rivalisierenden Milizen unterschiedlicher Couleur abgelöst.

Madagaskar

Ratsiraka trotz hoher Verluste wiedergewählt

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 12. März d.J. wurde der Amtsinhaber von der regierenden Avantgarde der Madagassischen Revolution (AREMA), Didier Ratsiraka, zum dritten Mal für sieben Jahre gewählt. Sein Stimmanteil fiel jedoch von 80 % im Jahre 1982 auf 62 %. Auf den weiter links stehenden Monja jaona von der Nationalen Bewegung für die Unabhängigkeit (Monima), der 1982 einziger Gegenkandidat war, entschieden sich noch 3 % der WählerInnen. Auf Mandady Rakotonirina von der inzwischen zum Liberalismus bekehrten Bewegung für die Proletarische Macht (MFM) entfielen 20 % der Stimmen. Für den konservativen Bewerber des Volkselans für die Nationale Einheit (VITEM), Jérôme Razanabahiny, votierten 15 %.

Die Tatsache, daß die oppositionellen Kandidaten in den Städten zusammen mehr Stimmen als der amtierende Präsident erzielten, deutet auf eine wachsende Unzufriedenheit mit dem Regime hin, das seit 1975 offiziell eine Politik der sozialistischen Orientierung verfolgt. Grund hierfür ist die sich vertiefende Wirtschaftskrise des Landes, das zu den 20 ärmsten Ländern gehört. Allein in den Jahren 1980–86 ging das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner um ein Viertel zurück. Mit über 3 Mrd \$ übersteigt die Auslandsverschuldung das BIP.

Auf Drängen des IWF unternahm die Regierung deshalb Anfang 1988 eine Liberalisierung der Wirtschaft. Die meisten Handelsbeschränkungen wurden aufgehoben, Investitionserleichterungen geschaffen und staatliche Betriebe geschlossen oder privatisiert. Die Staatsausgaben wurden u.a. in den sozialen Bereichen gekürzt.

Mit der wirtschaftlichen ging auch eine politische Liberalisierung einher, wozu u.a. die Aufhebung der Pressezensur gehört. Ein neuer Test für die Demokratisierung des Landes werden am 28. Mai d.J. Parlamentswahlen sein, bei denen sich die Opposition Chancen ausrechnet, die Mehrheit zu erringen.

Äthiopien

Rebellenerfolge in Tigre und Eritrea

Schwere militärische Rückschläge mußte die äthiopische Zentralregierung im Februar/März d.J. in den Nordprovinzen Tigre und Eritrea hinnehmen. Der Volksbefreiungsfront Tigres (TPLF) gelang es, mit einer Ende Dezember 1988 eröffneten Großoffensive, erstmals die Provinzhauptstadt Mekele zu erobern und – nach eigenen Angaben – die Armee zum Rückzug aus ganz Tigre zu zwingen. Rund 7000 Soldaten der Regierungstruppen sollen dabei gefallen oder verwundet worden sein.

Bei der größten Schlacht um Inde Selassie Mitte Februar war es erstmals im äthiopischen Krieg zum gemeinsamen Vorgehen zweier Rebellengruppen, der TPLF und der Eritreischen Befreiungsfront (EPLF), gekommen. Schwere Verluste fügten EPLF-Einheiten Anfang März den Regierungstruppen in der Region Dubti zu, welche auf der Linie zwischen der Hafenstadt Asseb und Addis Abeba liegt. Damit sind auch die beiden lebenswichtigen Verbindungsroute von der Hauptstadt zum Roten Meer, nach Asseb und Massawa, gefährdet.

Mit diesen Rückschlägen wächst der Druck auf die Zentralregierung, mit den Rebellen in Verhandlungen über eine politische Lösung einzutreten. Während die TPLF eine Autonomieregelung für Tigre und den Sturz der Zentralregierung verficht, fordert die EPLF die staatliche Unabhängigkeit Eritreas. Auf eine politische Verhandlungslösung soll im Januar d.J. auch das sowjetische KPdSU-Politbüromitglied Viktor Chebrikow bei einem Treffen mit Präsident Mengistu Haile Mariam in Addis Abeba gedrängt haben.

Kuba

USA scheitern vor UN-Menschenrechtskommission

Nach 40tägiger intensiver Diskussion beendete die UN-Menschenrechtskommission am 10. März d.J. in Genf ihre 45. Sitzungsperiode. Der ruhige Ablauf der Tagung wandelte sich am 9. März mit Tagesordnungspunkt 11, Untersuchungsbericht der Kuba-Delegation gemäß Resolution 1988/106, in eine gespannte Atmosphäre (siehe: AIB 5/1988, S. 12).

Unter Leitung des Senegalesen A. Sene hatten im September 1988 die UN-Botschafter Bulgariens, Irlands, Nigerias, der Philippinen und Kolumbiens eine 10tägige Kuba-Reise unternommen, um die von den USA 1988 vorgebrachten Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Sie sammelten zwar eine Reihe von Zeugenaussagen über Menschenrechtsverletzungen, in dem 55seitigen Bericht der Delegation konnten jedoch keine Beweise dafür erbracht werden.

Nachdem ein Antrag der USA, Kuba zu verurtei-

len, mangels Unterstützung nicht behandelt wurde, beantragten sie zusammen mit Kanada in einer von Großbritannien, Holland und Marokko unterstützten Resolution eine Fortsetzung der Untersuchung und eine erneute Behandlung des Themas im kommenden Jahr. Dies wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt. Angenommen wurde mit 32 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 10 Enthaltungen eine von den lateinamerikanischen Staaten auf Initiative von Mexiko, Panama, Peru und Kolumbien vorgelegte Gegenresolution. Sie lobte den ausführlichen Bericht der Delegation und dankte der kubanischen Regierung für die gute Zusammenarbeit mit der UN-Menschenrechtskommission.

Während die antikubanische Kampagne der USA und ihrer westlichen Verbündeten wiederholt in der Abstimmung scheiterte, wurde der Antrag der südamerikanischen Länder, das Thema endgültig abzuschließen, mit 32 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme (durch Marokko) und 10 Enthaltungen angenommen.

Statt wie in einem Zusatzantrag gefordert, den UN-Generalsekretär zu bitten, weitere Informationen über die in dem Untersuchungsbericht behandelten Fragen einzuholen, wird in der angenommenen Resolution lediglich die Bereitschaft Kubas gewürdigt, mit diesem zusammenzuarbeiten.

Nicaragua

Washington setzt Contra-Hilfe fort

Am 24. März d.J. wurden zwischen US-Präsident George Bush und den Führern beider Parteien des Kongresses Richtlinien einer gemeinsamen Vorgehen zweier Rebellengruppen, der TPLF und der Eritreischen Befreiungsfront (EPLF), gekommen. Schwere Verluste fügten EPLF-Einheiten Anfang März den Regierungstruppen in der Region Dubti zu, welche auf der Linie zwischen der Hafenstadt Asseb und Addis Abeba liegt. Damit sind auch die beiden lebenswichtigen Verbindungsroute von der Hauptstadt zum Roten Meer, nach Asseb und Massawa, gefährdet.

Gleichzeitig verpflichtete sich die Bush-Administration, die diplomatischen Initiativen der Staaten der Region zu unterstützen. Das Abkommen sieht außerdem vor, daß die Hilfe unterbrochen werden soll, wenn die Contras offensive Aktionen unternehmen sollten, und, daß die vier wichtigsten Ausschüsse des Kongresses im November d.J. eine Beendigung der Contra-Hilfe beschließen können, falls sie der Meinung sein sollten, daß die Administration sich nicht an die Vereinbarung hält.

Die Fortsetzung der Contra-Hilfe widerspricht eindeutig der gemeinsamen Erklärung der mittelamerikanischen Staatschefs vom 14. Februar d.J. über die Demobilisierung der Contras und die „Demokratisierung“ Nicaraguas. Darin ist humanitäre Hilfe an die Contras nur erlaubt, um ihre Auflösung zu unterstützen (siehe: DRITTE WELT 4/1989, S. 6). Dennoch wurde eine Fortsetzung der Contra-Hilfe sowohl von Honduras als auch von Costa Rica als vereinbar mit dem Abkommen bezeichnet. Nicaragua kritisierte die Entscheidung der USA, erklärte aber, weiterhin an den getroffenen Vereinbarungen festzuhalten.

Deren Umsetzung ist mittlerweile ins Stocken geraten. Bei einem mittelamerikanischen Außenministertreffen am 1./2. April d.J. wurde zwar Einigkeit über die Entsendung von 160 UN-Beobachtern erzielt. Doch wurden bezüglich der Demobilisierung und Repatriierung der Contras keine Fortschritte erreicht. Der honduranische Außenminister hatte nicht wie vereinbart einen entsprechenden Plan vorgelegt. Er forderte, daß auch „bewaffnete, marxistisch inspirierte Gruppen“ demobilisiert werden müßten. Der nächste Präsidentengipfel wurde von Mitte Mai auf Anfang Juni d.J. verschoben.

Unter Verweis auf seine Ankündigung, künftig der Diplomatie den Vorrang zu geben, forderte Bush am 30. März die Sowjetunion auf, ebenfalls „neues Denken“ zu demonstrieren. Sie solle Druck auf Nicaragua ausüben, ihre Hilfe beenden und Kuba dazu drängen, seine Unterstützung der „Subversion“ in der Region einzustellen. Während seines Kuba-Besuchs schlug der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow am 5. April stattdessen vor, daß alle Staaten ihre militärische Unterstützung der Region beenden sollten, was jedoch von Washington abgelehnt wird.

südostasien informationen

Heft Nr. 1/89

Region der Vielvölkerstaaten

- Debatte: Minderheit – Vielvölkerstaat – Ethnische Konflikte
- Nation und Ethnizität in der Volksrepublik Laos
- Indonesien, ein Sprachenmuseum? Staats- vs. Regionalsprache
- Birma: Kolonialzeitliche Genese der Mobilisierungs- gewalt ethnischer Identität

und wie immer:

Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus zum Teil schwer zugänglichen Publikationen zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien/Osttimor, Philippinen, Birma.

Schwerpunkt des nächsten Hefts:
2/89 Staatsform und Demokratie

südostasien informationen

erscheinen vierteljährlich
Einzelverkauf: 6,- DM
Jahresabonnement:
24,- DM für Einzelpersonen
48,- DM für Institutionen

Herausgeber und Vertrieb:
Südostasien-Informationsstelle
Josephinenstr. 71,
4830 Bochum,
Tel.: (0234) 50 27 48

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



**Kontostand 11.4.1989:
4.208.760,81 DM**

Bisherige UnterstützerInnen:

AIB, Arbeiterkampf, Cuba Si, Ides, IIA-Info, Inprekorr, Konkret, Radio Dreieckland, Radio Z, extraBLATT, Lateinamerika Nachrichten, blätter des izw

DRITTE WELT

WIR VERSCHENKEN BÜCHER

AN ALLE DIE UNS EIN DRITTE WELT JAHRESABO VERMITTELN

**EINFACH DIE ABO-KARTE IN
DER HEFTMITTE AUSFÜLLEN**

z.B.



z.B.

	<p>DAS PROJEKT BEFREIUNG José Maria Sison, Politiker, Wissenschaftler und Schriftsteller ist führender Kopf der politischen Linken auf den Philippinen. Im Gespräch mit Rainer Werning berichtet er über Volkskampf und Befreiungsbewegung und über die aktuelle Situation.</p>
	<p>DIE SCHULDENFALLE Mit eindrucksvollen Zahlen und Hintergrundinformationen legt Herbert Schui seine These zur US-Zinspolitik und der Schuldenkrise in der Dritten Welt dar.</p>

**PRÄMIENWUNSCH EINTRAGEN
ODER DIE VOLLSTÄNDIGE
PRÄMIENLISTE ANFORDERN**

UND AB GEHT DIE LUZIE...